

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

203 · September 2007

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 805

Essay

MATHIAS IVEN

Berlin – Rostock – Wien. Dem Philosophen und Physiker
Moritz Schlick zum 125. Geburtstag 807

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

LOTHAR BISKY, JÜRGEN SCHEELE

Die digitale Spaltung der Gesellschaft 816

HARALD PÄTZOLT

Eine radikale programmatische Wende der Linken? 826

Die Linke im 20. Jahrhundert

FRITZ KLEIN

Schicksalsjahr 1917: Wilson oder Lenin
Weichenstellung der Weltgeschichte 836

PETER BRANDT

Vorbildliches Leben nach dem »Prinzip links«
Hermann und Gerda Webers Erinnerungen 851

FRIEDRICH W. SIXEL

Die Zeit um 1968 in der BRD
Eine Erinnerung 860

Standorte

ANDREAS FISAHN

Soziale Rechte – Normierungen im Grundgesetz
und im Entwurf der EU-Verfassung 869

Konferenzen & Berichte

- MARTIN GÜNTHER, JOHANN STRESE
Sozioökonomische Probleme im Leben von Jugendlichen
Impression einer studentischen Konferenz
vom 21.4. bis 26.4.2007 in Moskau 878

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 882

Bücher & Zeitschriften

- Werner Fuchs-Heinritz, Alexandra König:
Pierre Bourdieu. Eine Einführung
- Boike Rehbein:
Die Soziologie Pierre Bourdieus
(NICO KOPPO) 884
- Achim Reichardt:
Nie vergessen. Solidarität üben!
(ULRICH VAN DER HEYDEN) 888
- Bernd Witte (Hrsg.):
Benjamin und das Exil
(GERHARD WAGNER) 890
- Christoph Jünke:
Sozialistisches Strandgut.
Leo Kofler – Leben und Werk (1907-1995)
(JÜRGEN MEIER) 891
- Klaus Meier, Evelin Wittich (Hrsg.):
Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung –
Beiträge und Diskussionen.
Seminar des Gesprächskreises Nachhaltigkeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
(SANDRA THIEME) 893
- Summaries 896
- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 898

VorSatz

In dem Interview »fehlt ... nur der Hinweis auf eine bedauerliche Erscheinung, die sich erst unter dem Kaczyński-Regime in Polen breit macht: das ist die direkte, vor allem aber im Fernsehen unterschwellige Anti-Deutschen- und Anti-Russen-Hetze, die gefährliche Ausmaße annimmt und beim sogenannten Mann auf der Straße zu Äußerungen führt wie: Es wird wieder zum Krieg mit Deutschland und Russland kommen. ... Festzustellen bleibt aber auch: Der Durchschnittspole ist höflich und hilfsbereit wie immer ...«

In Polen macht sich also etwas breit? Kein Wunder, gibt es dort ja offensichtlich auch keine freigewählte Regierung, sondern nur ein Regime. Unter dem der Durchschnittspole wie immer höflich und hilfsbereit ist. Mit diesem nationalistischen Gerülpse belästigt uns nicht ein Medium, bei dem es uns nicht überrascht hätte, sondern die Leserbriefredaktion der »Sozialistischen Tageszeitung« (Neues Deutschland, 6. August 2007; verfaßt von einem ihrer Berliner Leser, der bisher häufig Gast an den immer weniger wohlfeil ausfallenden Gestaden der westpreußischen Ostsee war und nun erlebt hat, daß sich in Polen etwas »breitmacht«: Germanophobie).

Zu bemängeln, daß die ND-Redaktion vor allem jenen Teil ihrer Leserschaft zu Wort kommen läßt, der »UTOPIE kreativ« ablehnt, weil die Zeitschrift des praktizierten Antistalinismus überführt ist, grenzte an Heuchelei, denn keine Tageszeitung kommt ohne diese Art der Leserbindung aus. Aber daß nun dort auch noch dem Zwilling Bruder des Stalinismus, dem Nationalismus, eine Plattform geboten wird, weckt üble Erinnerungen an die polenfeindliche SED-Propaganda der achtziger Jahre.

Selten waren damals Partei und Klasse so sehr eins gewesen wie in dieser Frage. Diese Einheit hatte sich sogar als so unverbrüchlich erwiesen, daß die friedliche Revolution des Herbstes 1989 als Feierabendrevolution ausgekämpft wurde. Wir sind doch keine Polacken.

Vom »Durchschnittspolen« abgesehen – der ist wie immer höflich und hilfsbereit; schließlich weiß er, was sich gegenüber dem deutschen Gast geziemt – macht sich unter dem sogenannten Mann auf der Straße (der mit dem »Durchschnittspolen« nichts gemein hat) die Angst vor Krieg breit. Das kann unser ND-Leserbriefschreiber nun überhaupt nicht verstehen. Wer gibt den Polen das Recht, immer noch an ihre Opfer aus vier Teilungen, aus Krieg und Besatzung zu erinnern? Und was hat der deutsch-sozialistische Tourist damit zu tun?

An all diesem Unsinn ist nur das »Kaczyński-Regime« schuld. Wer erinnert sich schon daran, daß nachdem die Bundesrepublik 1990 –

vierzig Jahre nach der DDR – die Oder-Neiße-Grenze anerkannt hatte, in Polen eine prodeutsche und proeuropäische Stimmung entstanden war? Weil Helmut Kohl, um seine europäischen Ambitionen nicht zu diskreditieren, den jahrzehntelang von der CDU/CSU gepöppelten Vertriebenenverbänden das Maul gestopft hatte. Und: Wer möchte sich schon eingestehen, daß mit der Abwahl Kohls die zuvor gedemütigten Vertriebenenverbände wieder freie Bahn erhielten? Weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Die Regierung Schröder-Fischer befreite ab 1998 zwar die deutsche Industrie von Klagen, die der aus den USA wegen der Ausbeutung von Zwangsarbeitern drohten – darunter wohl auch vom sogenannten Mann auf der Straße aus Polen, jedoch nicht vom höflichen und hilfsbereiten »Durchschnittspolen«. Aber darum, daß Erika Steinbach und ihr Revanchistenclan forderten, den Beitritt Tschechiens und Polens zur EU an deren Schuldeingeständnis gegenüber den Vertriebenen samt allen Weiterungen zu binden, kümmerte sich diese Regierung allenfalls mit laschen Dementis. (Um richtig mißverstanden zu werden: Ich meine »Vertriebene«; die wenigsten dieser Menschen waren »Umsiedler«.)

In Tschechien und Polen schlug – wirklich über Nacht – die prodeutsche Stimmung in die alte angstbesetzte Feindschaft um: I don't understand German, war noch die freundlichste Lüge, die man wegzulächeln hatte, wenn man als Deutscher erkannt worden war. Nicht das »Kaczyński-Regime«, sondern die deutsche Politik unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und Vizekanzler Joseph Fischer hat die erneute Vergiftung des Verhältnisses zwischen Polen (sowie Tschechen) und Deutschen sehenden Auges zugelassen.

Es sind die alten erprobten Techniken des Nationalismus – stets ein anderes Volk der nationalistischen Verhetzung zu bezichtigen –, die hier der Kaschubei-Fan aus Berlin zu Hilfe nimmt: Brunnenvergiftung – als Beitrag zum 1. September? Volksverhetzung ist in Deutschland zur Zeit übrigens – noch – ein Straftatbestand.

P. S. Die Kaczyński-Regierung, soeben in eine selbstinitiierte Krise gekippt, muß man nicht mögen. Doch ein »Regime« ist sie wirklich nicht. Regime waren in Polen totalitäre Herrschaften, die im »Neuen Deutschland« einst als Höhepunkte von Sozialismus und Demokratie gefeiert wurden. Den Polen unvergeßlich bis heute ist das Folterregime unter Bolesław Bierut, Jakub Berman und Hilary Minc.

PP. S. Wollte ich die Reihe unserer Freunde in der Linken weiter verlängern, würde ich fragen, wieviel von ihnen nach 1998 in Interviews für tschechische oder polnische Medien das Versagen der nicht-revanchistischen Kräfte in Deutschland angeprangert haben oder wer von ihnen in dieser Zeit in Tschechien und Polen kontroverse Diskussionen geführt hat? Doch da dieses Blatt ohnehin über hinlänglich Freunde verfügt, verzichte ich auf die sich selbst beantwortende Frage.

PPP. S. Nicht von einem einzigen linken Politiker war übrigens Protest gegen den Ausflug der Leserbriefredaktion des »Neuen Deutschlands« in die antipolnische Hetze zu hören. Denn über all das reden wir nicht. Wir begehen in diesem Monat schließlich den Weltfriedenstag – und der hat mit Polen ja nun wirklich nichts zu tun, oder?

JÖRN SCHÜTRUMPF

MATHIAS IVEN

Berlin – Rostock – Wien

Dem Philosophen und Physiker Moritz Schlick
zum 125. Geburtstag

1882 – In München fand die erste deutsche Elektrizitätsausstellung statt, Robert Koch entdeckte den Tuberkulosebazillus, Friedrich Nietzsches *Fröhliche Wissenschaft* erschien. Karl Millöckers Operette *Der Bettelstudent* und Richard Wagners *Parsifal* wurden uraufgeführt. Charles Darwin und Ralph Waldo Emerson trug man im April zu Grabe. Es war aber auch das Jahr, in dem die Schriftsteller James Joyce und Virginia Woolf, Leo Perutz und Leonhard Frank geboren wurden, das Jahr, in dem die Komponisten Zoltán Kodály und Igor Strawinsky, die Philosophen Eduard Spranger, Erich Becher und Nicolai Hartmann, der Maler Edward Hopper sowie die Physiker Hans Geiger und Max Born das Licht der Welt erblickten. – Es war eine Zeit der Entdeckungen und radikalen Umwälzungen, in die Moritz Schlick am 14. April 1882 hineingeboren wurde. Sein Geburtshaus stand in Berlin, in der Prenzlauerstraße 49.¹

Als dritter und jüngster Sohn evangelischer Eltern wuchs Moritz in einer wohlbehüteten, gutbürgerlichen Welt auf. Die Familiengeschichte der Schlicks reicht bis weit ins 17. Jahrhundert zurück. Aus der *Stammliste* geht hervor, dass als »Stammvater« des Geschlechtes Johann Michael Schlick zu gelten hat, »der vor 1732 als Bürger und Obersteiger in St. Andreasberg stirbt«. Als »Urheimat« werden das Erzgebirge oder das Vogtland vermutet.² – Mehr als einhundert Jahre nach dem Tod von Johann Michael ließ sich dessen Ur-Urenkel Friedrich Ernst Schlick (1817–1877), der Großvater von Moritz, in Berlin nieder. Im Adressbuch von 1844 findet sich der Eintrag »Schlick, F. E., Kaufmann und Hornwarenfabrikant, Rosenthalerstr. 60« – der Grundstein für die fast ein Jahrhundert lang existierende Firma war gelegt. Bis zum Sommer 1877, als der Sohn Albert (1846–1918) das Unternehmen übernahm, wechselte der Standort innerhalb Berlins mehrfach. Und auch das Geschäftsfeld unterlag gewissen Wandlungen: 1846 bezeichnete sich Schlick noch als »Inhaber e. Handlung überseeischer u. inländischer roher Produkte f. Drechsler, Kammacher, Bürstenbinder etc.«, später wurde nur noch als »Elfenbeinhdlg. u. Dampfschneideanst[alt]« firmiert, 1910 mit dem Zusatz »Spezialität Klaviatur-Beläge, Billardbälle«.³

Albert Schlick heiratete 1874 die aus Ranzow auf Rügen stammende Agnes Arndt (1849–1915). Im Jahr darauf wurde der erste Sohn geboren, der bereits im März 1880 starb. Hans, der zweite Sohn, kam im August 1878 zur Welt, Moritz vier Jahre später. Rückblickend auf die erste Zeit schrieb Schlick: »Von den Ereignissen der

Mathias Iven – Jg. 1960, Dr. phil., seit 2002 Mitarbeiter an der Moritz Schlick Gesamtausgabe (MSGa). Herausgeber und Autor mehrerer Bücher, im Erscheinen: Moritz Schlick. Die frühen Jahre (1882-1907). Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Eine Tugend gibt es, die liebe ich sehr ...«. Hermann Hesse in seinen Briefen«, Heft 143; (September 2002). Adresse des Autors: m.iven@web.de

Erst in jüngster Zeit erfährt die Lebensleistung des 1882 in Berlin geborenen Moritz Schlick eine entsprechende internationale, vor allem aber interdisziplinäre Würdigung. Erst jetzt wird klar, welchen Beitrag er für die Entwicklung der Philosophie, speziell für die Vermittlung von Natur- und Geisteswissenschaften geleistet hat. So erwarb er mit seinem Hauptwerk, der 1918 erschienenen »Allgemeinen Erkenntnislehre« nicht allein die Achtung von Philosophen. Es waren in erster Linie Physiker wie Albert Einstein, Max von Laue, Max Born oder sein Doktorvater Max Planck, die in seinen Überlegungen die geisteswissenschaftliche Fundierung ihrer Theorien sahen.

1 Heutiges Grundstück
Karl-Liebknecht-Straße 34.

2 Vgl. Stammliste des
Oberharzer Geschlechtes
Schlick, Leipzig 1927.

3 Vgl. dazu die Adress-
bücher der Stadt Berlin
(<http://adressbuch.zlb.de/>).

4 Moritz Schlick: Lebens-
lauf I, S. 1/2 (Nachlass
Schlick, Inv.-Nr. 82, C.1 a).

5 Im Zuge des Aufbaus
der Karl-Marx-Allee wurde
das Grundstück in der da-
maligen Elisabethstraße völ-
lig überbaut und wäre heute
ungefähr zwischen dem
U-Bhf. Schillingstraße und
der Kongresshalle am Ale-
xanderplatz anzusiedeln.

6 Alle Zeugnisse sind er-
halten und befinden sich in
Schlicks Nachlass (Inv.-Nr.
83, C.8-1 bis 8-3).

7 Das am 10. Oktober
1836 als Luisenstädtische
Stadtschule mit drei Klassen
und 63 Schülern eröffnete
Gymnasium befand sich in
der Sebastianstraße 26. Die
Umbenennung in Luisen-
städtisches Realgymnasium
erfolgte zu Ostern 1882.
Während des Zweiten Welt-
krieges wurde die Schule
am 3. Februar 1945 zerstört
und das Grundstück neu
gebaut (heute Sebastian-
straße 23/24).

8 Moritz Schlick: Lebens-
lauf I, S. 2–4.

9 Ebenda, S. 4 u. 6.

frühesten Kindheit ist mir sehr wenig in der Erinnerung geblieben. Während der ersten sechs Lebensjahre war ich körperlich recht gesund und auch geistig rege; doch kann ich mich nicht besinnen, irgend welche speciellen Neigungen besessen zu haben. Mit demselben Interesse, mit dem ich dem Treiben der Arbeiter in der väterlichen Fabrik zusah, wo das schöne weiße Elfenbein zerschnitten und zersägt wurde, lauschte ich auch den Worten des Kinderfräuleins, das mir die Verse der Märchenbücher so oft vorlesen mußte, bis ich sie auswendig konnte. Im sechsten Jahre erkrankte ich sehr schwer an Scharlach und Diphtherie zugleich. Als ich endlich wiederhergestellt war, hatte doch meine Konstitution einen recht schweren Stoß erlitten, an dessen Folgen ich noch heute zu leiden habe.«⁴

Schlicks Einschulung fiel in das *Dreikaiserjahr* 1888. Drei Jahre lang besuchte er das in Berlin-Mitte gelegene *Königstädtische Gymnasium*.⁵ Das erste Zeugnis bescheinigte ein »lobenswertes Betragen« und wies ihn unter seinen 28 Mitschülern als Klassenbesten aus.⁶ 1891 – der Vater hatte ein Grundstück erworben und ein größeres Fabrikgebäude bauen lassen – zog die Familie in die Oranienstraße 107 (heute Nr. 106). Ein Schulwechsel wurde nötig und Moritz besuchte zukünftig das *Luisenstädtische Realgymnasium*.⁷

Anfangs fiel ihm auch hier, dieses Mal unter 50 Schülern, der 1. Platz zu. Es blieb jedoch nicht dabei. Seine krankheitsbedingte körperliche Schwäche hielt ihn vom regelmäßigen Schulbesuch fern: »Ich war blutarm, litt an Kopfschmerzen und Mattigkeit und mußte sehr oft den Unterricht versäumen [...] vom Turnen, Singen und Zeichnen war ich meist dispensiert. Trotzdem sehr viel für meine Gesundheit gethan wurde, trotz der Badereisen, die jährlich ein- oder zweimal unternommen wurden, und deren jede vier bis sieben Wochen dauerte, besserte sich mein Zustand anfangs nicht, besonders hatte ich unter Kopfschmerzen zu leiden, die oft in die fürchterlichste Migräne ausarteten.«⁸

In seiner freien Zeit begann er mit dem Klavierspiel, fand den Weg zur Malerei, Literatur und Wissenschaft. »Ich las allerlei und machte mich besonders über die paar Tropfen Wissenschaft her, die ich aus mir zugänglichen Büchern herauspressen konnte. Allein die rein passive Thätigkeit befriedigte mich nicht recht, denn ich wollte durch die Beschäftigung nicht bloß unterhalten sein, sondern hätte auch gern etwas Greifbares zu stande gebracht. So baute ich allerhand physikalische, besonders elektrische Apparate, doch meist nahm ich sie wieder auseinander, ehe sie noch fertig geworden, um dann das Material zu neuen Zusammenstellungen zu verwenden. [...] Von den Wissenschaften zogen mich stets Mathematik und Physik am meisten an [...] Vor allem interessierte mich die Mechanik.«⁹

Am 22. September 1900 wurde ihm von der *Königlichen Prüfungskommission* die Reife bescheinigt. Er verließ unter Befreiung von der mündlichen Prüfung und Zuerkennung einer Prämie (es handelte sich um ein Exemplar von Ernst Machs *Mechanik*) das *Luisenstädtische Realgymnasium* und immatrikulierte sich am 17. Oktober 1900 an der philosophischen Fakultät der *Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin*.

Schlick belegte Lehrveranstaltungen zur Physik und Mathematik, er beschäftigte sich mit Chemie und Philosophie. »Was mich zum

Studium der Physik trieb [...] war also niemals das Interesse am einzelnen Faktum, am einzelnen Gesetz, niemals die Freude am Registrieren und sorgfältigen Festhalten der Naturerscheinungen, sondern dies alles war immer nur Mittel zum Zweck [...] Mit einem Wort, ich wandte mich der Physik aus philosophischem Bedürfnis und in philosophischem Geiste zu.«¹⁰ Von Berlin ging er für je ein Semester nach Heidelberg und Lausanne, kehrte zurück und wurde 1904 mit einer Arbeit auf dem Gebiet der klassischen Strahlenoptik von Max Planck promoviert.¹¹

Er setzte seine Studien noch eine Weile im physikalischen Institut der Universität Göttingen fort, hatte jedoch mit der von ihm bis dato vernachlässigten experimentellen Arbeit nur wenig Glück: »Denn im Laboratorium herrscht der Kampf mit der Tücke des Objekts. [...] Ausser dem Verständnis für das Technische, welches ich besaß, bedarf es auch beträchtlicher Geschicklichkeit, die mir schon mehr mangelte, und besonders einer unerschütterlichen Geduld, an der es mir gar sehr fehlte. Wochenlang auf die Fertigstellung irgend eines Apparateiles durch eine säumige Firma warten zu müssen, erschien mir unerträglich, und ich floh aus dem Laboratorium in meine philosophische Studierstube und ins Freie.« Ende 1906 erfolgte die endgültige Abkehr von den *exakten* Wissenschaften: denn »da sowohl meine nicht besonders feste Gesundheit wie meine Neigung zur Beschaulichkeit der intensiven Anspannung aller Arbeitskräfte im Wege standen, so musste ich alle wesentlichen Energien auf das eigentliche Ziel, die Philosophie, konzentrieren, und die Naturwissenschaft musste zurücktreten«.¹²

Dieser Entschluss veranlasste Schlick, sich seine bereits einige Jahre zurückliegenden Aufzeichnungen wieder vorzunehmen. Es galt, etwas für die philosophische Zunft *Vorzeigbares* zu produzieren. »Der Schaffensdrang strebte allmählich nach sichtbarer Befriedigung und ich raffte zunächst die Ergebnisse meines bisherigen dilettantischen Nachdenkens über die Frage zusammen, die mir auch heute noch als die größte erscheint, die Frage nach dem menschlichen Glücke.« Im Herbst 1907 erschien bei C. H. Beck in München Schlicks erstes Buch: *Lebensweisheit. Versuch einer Glückseligkeitslehre*. »Das Buch stellt«, so beschrieb er es späterhin selbst, »den Versuch der Begründung eines individuellen Eudämonismus dar. Es fasst alles Handeln auf als ein Reagieren auf die Reizung gewisser im Menschen vorhandener angelegter Triebe und sucht zu zeigen, dass im Leben des Individuums und der Gattung jene Triebe sich so gestalten müssen, daß »sittliches« und glückbringendes Handeln zusammenfällt. Auf diese Weise entwickelt es in Form einer Güterlehre einen besonderen Begriff der höchsten Sittlichkeit gegenüber manchen überlieferten Wertungen.« – Zu Schlicks Lebzeiten blieb es bei dieser einen Auflage. Vor allem die »naive selbstkonstruierte Psychologie, die Stillosigkeit der Darstellung«, aber auch »die Primitivität, Banalität und Grobschlächtigkeit vieler Gedanken, die zudem, wenn auch selbstgefunden, so doch meist nicht neu waren«, ließen das Buch als Ganzes zwar »verfehlt« erscheinen, jedoch fühlte sich Schlick niemals genötigt, »den wesentlichen Kern«, »das Fundamentale seines Standpunktes« aufzugeben.¹³

10 Moritz Schlick: Lebenslauf II, S. 6 (Nachlass Schlick, Inv.-Nr. 82, C.2a).

11 Moritz Schlick: Über die Reflexion des Lichtes in einer inhomogenen Schicht, Berlin 1904.

12 Moritz Schlick: Lebenslauf II, S. 8.

13 Ebenda, S. 9.

Noch bevor die *Lebensweisheit* erschien, heiratete Schlick. In Heidelberg hatte er Blanche Guy Hardy (1879–1964) kennengelernt, die einer in Ashburnham (Massachusetts, USA) ansässigen Pfarrersfamilie entstammte. Anfang 1905 kam sie nach Heidelberg, um am damaligen Lehrerinnenseminar ihre Deutschkenntnisse zu vertiefen. Bereits kurz nach ihrer Ankunft lernten sich die beiden kennen. Die Hochzeit fand im Oktober 1907 in Ashburnham statt.

Nach den Flitterwochen ließ sich das Paar in Zürich nieder. Einerseits gab es für die Wahl des Ortes nach Schlicks eigenem Bekunden einen eher profanen Grund: maßgebend war die Landschaft. Andererseits jedoch wollte er an seine früheren Studien anknüpfen: »Meine Beschäftigung galt hier hauptsächlich dem Studium der Psychologie, dessen Notwendigkeit ich so deutlich empfunden hatte. Ich hörte einige Vorlesungen an der Universität, und verdanke besonders der persönlichen Freundlichkeit G[ustav] Störings viele Anregungen; in der Hauptsache aber benutzte ich die grossen und kleinen Lehrbücher der Psychologie. Dabei stimmte die übergroße Verschiedenheit der Ergebnisse und Methoden, die sich bei vergleichender Lektüre der Standardwerke aufdrängte, den Leser oft nachdenklich und gab den Anstoß zur Ausbildung bestimmter Überzeugungen von der Rolle und Brauchbarkeit der Begriffe verschiedener Wissenschaftsklassen zur Bezeichnung der Wirklichkeit.«¹⁴

14 Ebenda, S. 9/10.

Rostock – Nach der Geburt des Sohnes Albert (1909–1999) und mehreren gescheiterten Habilitationsversuchen eröffnete sich für Schlick in Rostock die Möglichkeit zum Einstieg in eine akademische Karriere. Bereits im Februar 1910 begannen die Umzugsvorbereitungen; im Sommer wurde das Haus in der Orléansstraße 23 (heute Dehmelstraße) renoviert und zu Beginn des Wintersemesters zogen die Schlicks nach Rostock.¹⁵

15 Weiterführend dazu Björn Henning: Moritz Schlick – Die Rostocker Jahre, Universität Rostock 2006.

16 In: Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Philosophie und Soziologie 34/1910, S. 386–477.

17 Moritz Schlick: Habilitationsakte, Universitätsarchiv Rostock (UAR, PD 55/1.0).

Schlick reichte im Februar 1911 an der philosophischen Fakultät der Rostocker Universität seinen Aufsatz »Das Wesen der Wahrheit nach der modernen Logik«¹⁶ als Habilitationsschrift ein. Am 16. Mai wurde das Habilitations-Kolloquium abgehalten. Vor allem Franz Erhardt, Ordinarius für Philosophie, war von den wissenschaftlichen Fähigkeiten Schlicks überzeugt und prophezeite in seiner Beurteilung, »daß von Herrn Dr. Schlick auch für die Zukunft gediegene Arbeiten erwartet werden können«.¹⁷ Vier Wochen später erteilte das Großherzogliche Ministerium in Schwerin Schlick die *venia legendi* und am 29. Juni hielt er seine Antrittsvorlesung unter dem Titel »Die Aufgaben der Philosophie der Gegenwart«.

Zum Wintersemester 1911/12 bot Schlick die ersten Lehrveranstaltungen an. In den nun folgenden Jahren beschäftigten ihn vor allem erkenntnistheoretische, naturphilosophische und ethische Fragen. Daneben veröffentlichte er bis zum Jahre 1917 drei Aufsätze und schrieb mehr als dreißig Rezensionen, vor allem zu erkenntnistheoretischen Werken.

1917 erschien einer der einflussreichsten Texte Schlicks: die naturphilosophische Studie *Raum und Zeit in der gegenwärtigen Physik*. In dieser Schrift beschäftigte er sich als einer der ersten Philosophen sehr kenntnisreich mit der Einsteinschen Relativitätstheorie (seit 1915 stand er mit Einstein in brieflichem Kontakt) und argumen-

tierte vor allem gegen die positivistischen und neukantischen Raum-Zeit-Interpretationen.¹⁸ – Das Buch wurde umgehend in mehrere Sprachen übersetzt und lag 1922 bereits in der vierten überarbeiteten Auflage vor.

Nach vielerlei kriegsbedingten Verzögerungen hielt Schlick im November 1918 endlich ein Exemplar der bereits zwei Jahre zuvor abgeschlossen und seinem Vater gewidmeten *Allgemeine Erkenntnislehre* in den Händen. In seinem Hauptwerk¹⁹ entwickelte er auf knapp 400 Seiten in drei Abschnitten systematisch seine Auffassungen zum Wesen der Erkenntnis, zu den Denkproblemen (speziell zum Verhältnis zwischen Psychologischem und Logischem) und zu den Wirklichkeitsproblemen (hier behandelte er die Setzung und Erkenntnis des Wirklichen sowie die Gültigkeit der Wirklichkeitserkenntnis). Das Erkennen, als grundlegende Kategorie betrachtet, sah Schlick dabei als eine Zurückführung des zu Erkennenden auf etwas bereits Erkanntes.

Jedoch auch an Schlick ging der Weltkrieg nicht spurlos vorbei: Nachdem er anfangs immer wieder zurückgestellt wurde,²⁰ war er schließlich im März 1917 zur *Flugzeugmeisterei, Kommandantur Adlershof-Johannisthal, Abteilung D* einberufen worden. (Noch im Februar hatte die Fakultät beim Großherzog von Mecklenburg-Schwerin den Antrag gestellt, Schlick den Titel »Professor« zu verleihen. Dem wurde am 1. Mai 1917 stattgegeben.) Schlick versuchte, sich mit der Situation zu arrangieren: »halb Soldat, aber doch in Zivil, halb Flieger, aber doch auf der Erde, halb Arbeiter, aber doch zu gelehrt für einen gewöhnlichen Arbeitsmann«, war er mit Versuchen befasst, denen er »weniger rein wissenschaftliches als technisches Interesse« entgegenbrachte.²¹ Schaut man sich die einzelnen Aufgabefelder der Flugzeugmeisterei an, so dürfte Schlick auf Grund seiner physikalischen Kenntnisse höchstwahrscheinlich in der Instrumentenabteilung gearbeitet haben oder zur Prüfung von Luftgeschwindigkeitsmessern herangezogen worden sein. Er wohnte nicht weit entfernt vom Flugplatz, seine Anschrift lautete: »Grünau (Mark), Cöpenicker Str. 10, Gartenhaus«.

Am 9. November 1918 erreichte die Revolution Berlin. In Adlershof übernahmen revolutionäre Truppen die Kontrolle des Flugplatzgeländes.²² Ende des Monats – in den Betrieben streikten Tausende von Arbeitern – resümierte Schlick: »Seit Wochen lebt man in einer Traumwelt, die zugleich schön und schrecklich ist. Für einen Philosophen eher schön, denn es geht jetzt wohl manches in Erfüllung, wonach man gestrebt hat – aber freuen kann man sich natürlich nicht, denn unablässig sitzt einem die schwarze Sorge im Nacken. Es ist schwer für mich, zu erwachen, denn meine ganze Tätigkeit jetzt gehört mit in die Traumwelt – diese ewigen kleineren Arbeiten, Geschäfte, Besorgungen, Fahrten und Gänge – mein Bruder noch nicht zurück, mein Vater für immer hinweg,²³ der Flugplatz in voller Auflösung. Wir toben durch die Zimmer unserer Baracken, stellen alles auf den Kopf und benehmen uns wie die Kinder.«²⁴ Schlicks Militärdienst endete am 30. November. Die Kriegszeit hatte ihn verändert. Er war, so empfand es seine Frau, »ein ganz anderer Mensch geworden«.²⁵

Zurück in Rostock nahm Schlick seine Lehrtätigkeit sofort wieder auf. Erwähnenswert ist hier vor allem die Tatsache, dass er – aus-

18 Für weiterführende inhaltliche Angaben zu den Hauptwerken vgl. u. a. Fynn Ole Engler: Moritz Schlick, in: *Klassiker der Philosophie des 20. Jahrhunderts* (Hrsg. Nida-Rümelin und Özmen – Neuausg. im Erscheinen).

19 Die zweite, überarbeitete Aufl. erschien 1925.

20 Noch vor Ausbruch des Krieges wurde am 30. Juni 1914 Schlicks Tochter Barbara geboren (gest. 1988). Ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn, am 5. Februar 1915, verstarb Schlicks Mutter.

21 Vgl. Moritz Schlick an Gerda Tardel, 6. Juni 1917.

22 Dazu Günter Schmitt: *Als die Oldtimer flogen. Die Geschichte des Flugplatzes Johannisthal, Berlin 1980*, S. 185 ff.

23 Dieser starb am 14. Oktober 1918.

24 Moritz Schlick an Gerda Tardel, 27. November 1918.

25 Blanche Schlick an Albert Schlick, 25. August 1918.

26 Vgl. Geschichte und System der Pädagogik, Bl. 1 (Nachlass Schlick, Inv.-Nr. 7, A.12).

27 Vgl. Rostocker Zeitung, 209. Jg., Nr. 130, 15. Mai 1919.

28 Moritz Schlick an Albert Schlick, 13. Oktober 1917.

29 Moritz Schlick an Albert Schlick, 22. Februar 1920.

30 Erich Becher an Moritz Schlick, 24. September 1921.

31 Moritz Schlick an Hans Reichenbach, 27. Januar 1922.

32 Moritz Schlick an Albert Einstein, 13. August 1922.

33 Edgar Zilsel: Moritz Schlick, in: Die Naturwissenschaften 11/1937, S. 161.

34 Moritz Schlick: Vorrede, S. 3 (Nachlass Schlick, Inv.-Nr. 8, A.14a).

schließlich vor Kriegsteilnehmern – im Zwischensemester 1919 das Thema »Geschichte und System der Pädagogik« behandelte. Auch Schlick sah – zumindest in seinem Bereich – die Möglichkeiten für eine demokratische Umgestaltung. Mit der Überzeugung, dass Bildung »der wichtigste Zweck menschlicher Betätigung« sei,²⁶ engagierte er sich in der *Vereinigung fortschrittlich gesinnter Akademiker* (schon bald umbenannt in Vereinigung für Hochschulreform). Deren Ziel war es u. a., »die Umgestaltung der Hochschule in eine der neuen Zeit entsprechende Form« zu organisieren.²⁷

Bei all diesen Verpflichtungen, zu denen noch zahlreiche Vorträge in Volkshochschulen kamen, sehnte sich Schlick nach Veränderung. So hoffte er schon Ende 1917, dass sein »Aufenthalt in Rostock nicht mehr allzu lange zu währen braucht«,²⁸ und Anfang 1920 bat er Einstein, ihn am Züricher Polytechnikum zu empfehlen, um so endlich der »Rostocker Schläfrigkeit« zu entkommen.²⁹

Im Jahr darauf trat eine neue Situation ein: Nachdem Karl Jaspers im Verlaufe der Berufungsverhandlungen einen Lehrstuhl an der Heidelberger Universität vorgezogen hatte, erging an Schlick am 1. Oktober 1921 der Ruf der Universität Kiel, hier zukünftig als Ordinarius und Direktor des Philosophischen Seminars zu wirken. Schlick, der sich in Kiel nur ein Zimmer zur Untermiete nahm, schien zu ahnen, dass das nur ein kurzes Zwischenspiel sein sollte, schließlich hatte Erich Becher bereits im September 1921 die »streng vertrauliche« Frage an ihn gerichtet, ob er »voraussichtlich einen Ruf auf eine Wiener ordentliche Lehrkanzel annehmen« würde.³⁰ Und schon im Januar 1922 war endgültig klar, dass er sich der wissenschaftlichen Herausforderung stellen und nach Wien übersiedeln würde.³¹ Dabei war es vor allem der Initiative des Mathematikers Hans Hahn zu verdanken, dass Schlick gegen den Widerstand des konservativen akademischen Flügels als Nachfolger des bereits 1914 verstorbenen Friedrich Jodl berufen wurde.

Der Abschied fiel Schlick dennoch nicht leicht. In einem Brief an Einstein hieß es: »Es wird mir doch recht schwer, nach Wien zu gehen, nicht nur, weil die Zukunft in Oesterreich so dunkel aussieht, sondern auch, weil ich mich zuletzt unter den Kollegen und Studenten hier überaus wohl gefühlt habe.«³²

Wien – In seinem ersten Wiener Semester bot Schlick neben »Übungen zur Moralphilosophie« eine Vorlesung zu »Schopenhauer und Nietzsche« sowie eine »Einführung in die Naturphilosophie« an. Dabei stellte er der »Einführung« eine Art »Vorrede« voran, die – in fast autobiographischer Weise – die wesentlichsten Punkte seines Philosophierens darzustellen versuchte. Schlick, der von Edgar Zilsel als ein auf Ausgleich bedachter, »zurückhaltender, jeder Art von Propaganda durchaus abgeneigter und eher beschaulicher Denker«³³ beschrieben wurde, äußerte sich darin u. a. zur politischen Dimension geisteswissenschaftlichen Arbeitens. So hieß es in seinem Redemanuskript: »Die polit. Grenzen [...] bestehen nicht + bestanden nie für d. geistigen Beziehungen des wiss. und künstl. Austauschs, nicht f. d. persönlichen Herzens-Beziehungen von Forscher zu Forscher, von Lehrer zu Schüler.«³⁴ Ebenso bedeutungsschwer war aber auch eine Formulierung, die bereits auf ein zentrales Anliegen des

späteren Wiener Kreises verwies. Die Einheit des Wissens betonend sagte er: »Kein Gegensatz zwischen N[atur] u. G[eist]. Unterschied nur praktisch-methodisch, nicht prinzipiell im Wesen der Dinge, sondern in Betrachtungsweise gegründet. Selbst geschichtl. Vorgänge = Naturprozesse.« In der geistigen Tradition von Ludwig Boltzmann und Ernst Mach stehend, widmete sich Schlick ab 1922 in insgesamt sieben Veranstaltungen und einem grundlegenden, 1925 veröffentlichten Artikel³⁵ den Fragen der Naturphilosophie, die er nicht etwa als eine »Philosophie der Natur«, sondern als die »Philosophie der Naturwissenschaft« verstand.³⁶ Schlicks Credo: »Fast [alle] Phil[osophie] [ist] Naturphil[osophie]«.³⁷

Beginnend im Wintersemester 1923/24 wurde von Schlick privatim ein wöchentliches Kolloquium zu Wittgensteins *Logisch-philosophischer Abhandlung* veranstaltet: Vorläufer der Treffen des später so genannten »Wiener Kreises«. In den folgenden Jahren diskutierten hier u. a. Hahn, Rudolf Carnap, Otto Neurath, Friedrich Waismann, Herbert Feigl und Hans Hahn. Auch Viktor Kraft, Felix Kaufmann, Rozalia Rand und Kurt Gödel nahmen neben anderen an diesen Treffen teil, die durch eine »offene und undogmatische Haltung bei den Diskussionen« geprägt waren. »Jeder war stets bereit, seine Ansichten zu überprüfen oder durch andere überprüfen zu lassen. Der gemeinsame Geist war der der Zusammenarbeit, weniger der des Wettbewerbs. Das gemeinsame Ziel war, im Ringen um Klarheit und Einsicht zusammenzuarbeiten«.³⁸

Solch ein Geist der Zusammenarbeit konnte jedoch nicht verhindern, dass es zunehmend inhaltliche Divergenzen gab. Schlicks eigene Vorbehalte gegen die Bildung einer »Schule« kamen hinzu. Vor allem grenzte er sich immer stärker gegen die physikalistisch-rationalistischen Bestrebungen von Carnap und Neurath ab.

Als im November 1928 der *Verein Ernst Mach* – mit Schlick als Obmann – gegründet wurde, formulierte man als eine Zielstellung: »Der Wiener Kreis begnügt sich nicht damit, als geschlossener Zirkel Kollektivarbeit zu leisten. Er bemüht sich auch, mit den lebendigen Bewegungen der Gegenwart Fühlung zu nehmen, soweit sie wissenschaftlicher Weltauffassung freundlich gegenüberstehen und sich von Metaphysik und Theologie abkehren.« Und die Kampfansage des Vereins gipfelte in der Formulierung: »Die Vertreter der wissenschaftlichen Weltauffassung [...] machen sich mit Vertrauen an die Arbeit, den metaphysischen und theologischen Schutt der Jahrtausende aus dem Wege zu räumen.«³⁹

1929 – Schlick war gerade auf dem Weg zur Übernahme einer Gastprofessur in Stanford – erging ein Ruf der Bonner Universität an ihn. Nach langem Zögern entschloss sich Schlick schließlich, in Wien zu bleiben. Der *Verein Ernst Mach* bedankte sich dafür bei ihm mit der Programmschrift *Wissenschaftliche Weltauffassung. Der Wiener Kreis* (federführend waren Hahn, Carnap und Neurath). Schlick antwortete nach seiner Rückkehr aus Amerika darauf: »Diese Gesinnung ehrt mich und bereitet mir eine grosse Freude, die nicht einmal dadurch verringert wird, dass ich mir nur eines sehr geringen eigenen Verdienstes um die gemeinsame Arbeit bewusst bin; denn dies Verdienst besteht allein darin, dass ich mich bemühte, die Gelegenheit zum Austausch und zur Anregung der Gedanken unseres Krei-

35 Moritz Schlick: Naturphilosophie, in: Dessoir (Hrsg.): Lehrbuch der Philosophie, Bd. 2: Die Philosophie in ihren Einzelgebieten, Berlin 1925, S. 393-492.

36 Moritz Schlick: Naturphilosophie, S. 3 (Nachlass Schlick, Inv.-Nr. 161, A.121 a).

37 Ebenda, S. 4.

38 Rudolf Carnap: Mein Weg in die Philosophie, Stuttgart 1993, S. 34.

39 Wissenschaftliche Weltauffassung. Der Wiener Kreis (Hrsg. Verein Ernst Mach), Wien 1929; hier zit. nach: Der Wiener Kreis. Texte zur wissenschaftlichen Weltauffassung (Hrsg. Stöltzner und Uebel), Hamburg 2006, S. 10 u. 26.

40 Moritz Schlick an den Verein Ernst Mach, 15. Oktober 1929.

41 Moritz Schlick an Ludwig Wittgenstein, 24. Oktober 1929.

42 Seit Ende 1924 gab es schriftlichen Kontakt, zu einer ersten persönlichen Begegnung kam es – arrangiert durch Wittgensteins Schwester Margaret Stonborough erst im Februar 1927.

43 Ludwig Wittgenstein: Vorlesungen 1930–1935, Frankfurt/M. 1989, S. 43 (13. Oktober 1930).

44 Moritz Schlick: Selbstdarstellung, in: Ziegenfuß, Jung: Philosophen-Lexikon. Handwörterbuch der Philosophie nach Personen, Berlin 1949/50, Bd. II, S. 463.

ses zu geben.«⁴⁰ Wittgenstein gegenüber äußerte er sich allerdings mit Blick auf den Inhalt der Programmschrift eher distanziert: »Dass während meiner Abwesenheit meine Freunde gute Absichten in etwas unüberlegter Weise ausgeführt haben, wissen Sie. Ich hoffe aber, dass der Sache selbst dadurch kein Schaden zugefügt worden ist.«⁴¹ – Diese Formulierung bezog sich auch auf den erhofften Erfolg der ab Ende 1928 gemeinsam mit Philipp Frank herausgegebenen Reihe *Schriften zur wissenschaftlichen Weltauffassung*.

Der zunehmende Einfluss von Ludwig Wittgenstein,⁴² die Wende Schlicks hin zur Sprachphilosophie scheint in erster Linie in den für die Zeitschrift *Erkenntnis* geschriebenen Beiträgen aus den dreißiger Jahren auf. Schlick schloss sich darin u. a. vorbehaltlos Wittgensteins Bestimmung der Aufgabe der Philosophie an, die von diesem in einer seiner Vorlesungen so beschrieben wurde: »Was wir in Wirklichkeit tun, ist, daß wir unsere Begriffe in Ordnung bringen und klarstellen, was sich tatsächlich über die Welt sagen läßt. Uns ist nicht klar, was sich sagen läßt, und wir versuchen, dieses Durcheinander aufzuräumen. Diese Tätigkeit des Aufräumens, das ist die Philosophie.«⁴³ Und bei Schlick war in einer letzten, in den dreißiger Jahren geschriebenen Selbstdarstellung dazu zu lesen: »Die Philosophie ist keine Wissenschaft, obwohl sie alle Wissenschaften durchdringt. Während nämlich diese aus Systemen wahrer Sätze bestehen und Erkenntnis enthalten, besteht die Philosophie in der Aufsuchung des Sinnes der Sätze und schafft Verständnis, das zur Weisheit führt.«⁴⁴

In Abgrenzung zu anderen Mitgliedern des Wiener Kreises, vor allem aber ganz im Gegensatz zu Wittgenstein, der die Ethik dem Bereich des Unsagbaren zuordnete, festigte sich bei Schlick zu dieser Zeit auch die Ansicht, dass eine empiristische, auf einem psychologischen Fundament stehende Ethik als »Tatsachenwissenschaft« durchaus möglich sei. Seine nicht unwesentlich von den Entwicklungen innerhalb der Psychologie zu Beginn des 20. Jahrhunderts geprägte Auffassung von der Ethik als einer psychologisch begründeten Lust- und Glückseligkeitslehre fasste Schlick in den 1930 erschienenen *Fragen der Ethik* zusammen: Der Empirismus führt zu dem Ergebnis, dass man nicht von absoluten Werten sprechen kann, sondern dass nur die wertenden Verhaltensweisen zum Gegenstand von Untersuchungen gemacht werden können. Zwangsläufig musste das die Begründung eines neuen, auf lustvermehrenden Motiven beruhenden Eudämonismus nach sich ziehen.

Ende der zwanziger Jahre wurde Schlick zu Vorträgen nach Cambridge und Oxford eingeladen. Es folgten Einladungen der *University of Michigan* und der *University of Texas*. Im Sommersemester 1929 hielt er Vorlesungen an der *Stanford University*. 1931/32 war er als *Mills Professor of Philosophy* in Berkeley tätig. Es fand ein Kurs mit ihm am *College of the Pacific* in Stockton statt und er reiste nach London, wo er im November 1932 am *King's College* drei Vorträge zum Thema »Form and Content« hielt (Grundlage für ein groß angelegtes, jedoch unvollendet gebliebenes Werk). – Wie schon zuvor in Rostock war Schlick auch in Wien mit Vorträgen in der allgemeinen Volksbildung aktiv. So sprach er u. a. in der Wiener Urania und in der Ethischen Gemeinde, zu dessen Vorstand er zählte. Einer der

letzten öffentlichen Auftritte fand am 7. Februar 1936 im kleinen Festsaal der Wiener Universität statt. Im Rahmen der »Volkstümlichen Universitätsvorträge« sprach Schlick zu dem Thema »Weltall und Menschengestalt«. In seinen letzten Jahren befasste er sich vorrangig mit geschichtsphilosophischen und übergreifend kulturtheoretischen Überlegungen. So wunderte es nicht, dass es am Schluss seines Vortrages hieß: »Die wahren Gründe der Bescheidenheit und des Stolzes, der Freude und des Leidens, des Wertes und Unwertes des Menschen sind nicht zu suchen in der theoretischen, erkenntnismässigen Beschaffenheit der Welt, sondern einzig und allein in der Art und Weise, wie er die Herrschaft benutzt, die ihm über seine Welt gegeben ist.«⁴⁵

1936 – Am Morgen des 22. Juni betrat Moritz Schlick das Gebäude der philosophischen Fakultät der Wiener Universität. Er war auf dem Weg zur letzten Vorlesung des Semesters. Schon nach wenigen Schritten brach er, getroffen von vier tödlichen Schüssen, auf den Stufen der zum Dekanat führenden Treppe zusammen.

Die damals 25 Jahre alte Philosophiestudentin Hilde Spiel berichtete darüber: »Als die schreckliche Nachricht laut wurde, sah man in der Aula, auf den Gängen und Treppen der Universität Studenten, die im Augenblick zu Tränen erschüttert waren. Wer Schlick gekannt hatte, war von einer großen Traurigkeit ergriffen. Ein Lehrer von höchster Gerechtigkeit, ein Mensch von unbeschreiblicher Güte und Herzensreinheit war seinen Studenten entrissen. Nicht oft wird ein Gelehrter so sehr zum menschlichen Vorbild seiner Schüler wie Moritz Schlick. Wer seine Vorlesungen besuchte, war vom ersten Tag an tief berührt von der klaren und bescheidenen Art, mit der er vortrug, von der milden, verständnisvollen Kritik, die er an anderen Richtungen übte. Nicht allein die Ethik, welche sein Wort vermittelte, sondern vor allem anderen seine aufrichtige und integre herrliche Persönlichkeit gab den Studenten das richtige Gefühl für gut und böse.«⁴⁶

Die Tat des 1903 geborenen Johannes Nelböck, ob politisch motiviert oder die Aktion eines geistesgestörten Psychopathen (als er die Schüsse abgefeuert hatte, rief er: »So, Hund, du verfluchter, jetzt hast du es!«)⁴⁷, erregte und entzweite die Wiener Öffentlichkeit. Verurteilten die einen den ehemaligen Studenten Schlicks, so sahen die anderen darin eine erste Tat zur »wirklich befriedigenden Lösung der Judenfrage«. Vor allem aber schien für jene ein Mann beseitigt worden zu sein, dessen philosophische Überlegungen »die pure Negation« allen Denkens waren.⁴⁸

Jahrzehnte später blickte Hilde Spiel auf das Attentat zurück und kommentierte: »Alles Unheil, das ganze tragische Geschehen, das Wien bevorstand, warf seine Schatten voraus, als Moritz Schlick im Juni 1936 [...] von einem verblendeten Studenten ermordet wurde. Danach war alles möglich geworden. Und alles, was möglich war, trat ein.«⁴⁹

45 Moritz Schlick: Weltall und Menschengestalt, S. 21 (Nachlass Schlick, Inv.-Nr. 18, A.70 a).

46 Hilde Spiel: Moritz Schlick und die Studentenschaft, in: Neue Freie Presse (Wien), 24. Juni 1936.

47 Zitiert nach: Vier Schüsse auf der Stiege, in: Illustrierte Kronen Zeitung (Wien), 23. Juni 1936.

48 Prof. Dr. Austriacus (d. i. Johann Sauter): Der Fall des Wiener Professors Schlick – eine Mahnung zur Gewissensforschung, in: Schönere Zukunft (Wien), 12. Juli 1936.

49 Hilde Spiel: Glanz und Untergang. Wien 1866 bis 1938, München 1994, S. 160.

Weitere Informationen zu Schlick, zur aktuellen Forschung, zu seinem Nachlass und zu der seit 2006 im Springer Verlag Wien erscheinenden Moritz Schlick Gesamtausgabe (MSG) – finden sich auf der Website der Moritz-Schlick-Forschungsstelle an der Universität Rostock unter www.Moritz-Schlick.de.

LOTHAR BISKY, JÜRGEN SCHEELE

Die digitale Spaltung der Gesellschaft

Kommunikation und Information sowie deren technologische Voraussetzungen und Determinanten erweisen sich zunehmend als bestimmende Faktoren im sich vollziehenden Wandlungsprozess *moderner* Gesellschaften. Dem Zugang zur technologischen Infrastruktur digitaler Kommunikation kommt eine ähnlich große Bedeutung zu wie der Herrschaft über informationelle Knoten und Schnittstellen im Kommunikationsnetzwerk. Der Zugang zum Internet als Zugang zu Kommunikation und Information von Gesellschaften berührt daher Grundfragen demokratischer Beteiligung. Ein »Breitband-Internet für alle« ist, wie zu zeigen sein wird, eine demokratische Notwendigkeit. Den Bedingungen der sozialen und territorialen Exklusion in der Netzwerkgesellschaft und ihrer Aufhebung gilt vorliegender Artikel.

Mit dem Begriff »digitale Spaltung« wird generell die ungleiche Verteilung des Zugangs zu digitalen Informations- und Kommunikations-Technologien in der Gesellschaft bezeichnet. Im Fokus der wissenschaftlichen und medialen Diskussion der vergangenen Jahre stehen dabei im speziellen ungleiche Zugangsmöglichkeiten zum Internet. Die Herkunft des Begriffs »Digital Divide« selbst ist bislang nicht hinreichend geklärt. Nach dem was man liest, wurde er in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in den USA geprägt.¹ Das macht Sinn, sind doch die USA der Ausgangspunkt und entscheidende Motor in der Entwicklung des Netzes und seines Wandels vom ursprünglich staatlichen nationalen Militärnetz der 1970er Jahre über das internationale Wissenschafts- und Grassroots-Netzwerk der 1980er Jahre zum globalen Ökonomie- und Gesellschaftsnetz seit den 1990er Jahren.²

Die spezifischen sozialen und technologischen Mechanismen der Exklusion, die sich mit dem digitalen Netz entfalten, werden unter dem Begriff des Digital Divide – der Unterscheidung zwischen Information-Haves und Information-Have-Nots, der Zuordnung in Onliner und Offliner, Nutzer und Nichtnutzer – inzwischen weltweit diskutiert. In der wissenschaftlichen Diskussion scheint der Befund selbst relativ unstrittig. Die Spaltung der Bevölkerung in wohlhabende besser Informierte und weniger wohlhabende schlechter Informierte wird allgemein konstatiert: Selbiges gilt nicht für die Interpretation des Befunds in Hinsicht auf Strategien zu seiner Überwindung.

Im Folgenden werden wir die These vertreten, dass die digitale Spaltung der Gesellschaft bereits in einem erheblichen Ausmaße besteht, dass sie ursächlich sozial bedingt ist, in ihr die alte soziale Frage wieder aufscheint, und dass sie nur durch geeignete Maßnah-

Lothar Bisky – Jg. 1941, Prof. Dr. sc. phil., Kultur- und Medienwissenschaftler, Vorsitzender der Partei DIE LINKE und medienpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag.

Der vorliegende Text ist eine bearbeitete Fassung einer Vorlesung von Lothar Bisky an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg vom 25. Januar 2007.

1 Vgl. Herbert Kubicek, Stefan Welling: Vor einer digitalen Spaltung in Deutschland? Annäherung an ein verdecktes Problem von wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Brisanz, in: Medien & Kommunikationswissenschaft, 48. Jg., Nr. 4/2000, S. 501.

2 Rainer Rilling: Internet, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus.

men politischer Regulierung überwunden werden kann. Dazu sollen erstens die soziale Dimension der digitalen Spaltung beschrieben, zweitens deren räumliche Dimension skizziert und drittens Strategien zu ihrer Überwindung vorgestellt werden.

Die soziale Dimension der digitalen Spaltung

Aus den USA liegen bereits mehrere empirische Studien zum Problem einer sich verstärkenden Differenz in der Nutzung des Netzes durch unterschiedliche sozio-demographische Gruppen vor. Sie belegen für den Zeitraum bis 2002, dass ein Digital Divide in sozialer Hinsicht besteht und dass sich dieser ausgeweitet hat. Aufgezeigt werden kann das anhand der Parameter: Einkommen, Bildung, Rasse/Ethnie, Region, Alter, Haushaltstyp und Behinderung.

Verlierer der Digitalisierung in den USA sind demnach insbesondere Schwarze und Hispanics, generell Haushalte mit niedrigen Einkommen, darüber hinaus Haushalte in vorwiegend ländlich geprägten Regionen, des Weiteren Personen mit niedrigerem oder ohne Bildungsabschluss sowie ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen.³

Zur Verdeutlichung des Ausmaßes der digitalen Kluft in den USA sei auf Zahlen aus der im April 2003 veröffentlichten Studie »The Ever-Shifting Internet Population« des *Pew Research Center for the People and the Press*, einem nach Eigenangaben unabhängigen Meinungsforschungsinstitut im Presse- und Medienbereich, verwiesen: Demnach nutzten 42 Prozent aller US-Amerikaner im Jahr 2002 das Internet nicht. Unter diesen Nichtnutzern waren 40 Prozent Weiße, 46 Prozent Hispanics und 55 Prozent Schwarze. Wird nun, um die soziale Dimension des Digital Divide zu beleuchten, der Faktor Einkommen hinzugezogen, so ergibt sich folgendes Bild: Unter den Haushalten mit einem jährlichen Einkommen von weniger als 20 000 Dollar waren als Nichtnutzer auszumachen: 68 Prozent Weiße, 75 Prozent Schwarze und 72 Prozent Hispanics. Das heißt, in dieser Einkommenskategorie lag der Nichtnutzungsgrad mit 26-30 Prozent über dem des Landesdurchschnitts. Ein erster deutlicher Beleg also für den sozial bedingten Mechanismus der Exklusion von digitaler Kommunikation.⁴

Nun ist für die Beurteilung des Verbreitungsgrads und der Akzeptanz einer so jungen Technologie wie das Internet nichts so alt wie statistische Daten von gestern. Einige wenige aktuellere Zahlen aus dem Februar–April 2006 veröffentlicht das *Pew Research Center* auf seinen Internetseiten. Sie zeigen einerseits, dass die Nutzerzahlen gegenüber der Erhebung von 2002 stark angestiegen sind: Im Landesdurchschnitt nutzen nun 70 Prozent aller Erwachsenen das Internet, darunter 72 Prozent Weiße, 58 Prozent Schwarze und 56 Prozent Hispanics.⁵

Die aktuelleren Zahlen zeigen aber auch, dass der soziale Selektionsmechanismus offensichtlich nicht still gestellt ist. Werden die Haushalte mit einem jährlichen Einkommen von weniger als 30 000 Dollar betrachtet – die oben genannte Kategorie unter 20 000 Dollar ist in der jüngeren Erhebung nicht ausgewiesen –, so nutzten im Jahr 2006 nur 49 Prozent dieser Haushalte das Internet. Das sind 21 Prozent weniger als im Landesdurchschnitt und etwa genauso viel wie im Jahr 2002 (20 Prozent).⁶ Ob bei Betrachtung der untersten

Band 6/II: Imperium bis Justiz, Hamburg 2004, S. 1447.

Jürgen Scheele – Jg. 1963, Dr. phil., Politikwissenschaftler, Referent für Medienpolitik der Linksfraktion im Bundestag.

3 Vgl. Andreas Greis: *Cybergeography. Zur Morphologie des Digital Divide*, in: Rupert M. Scheule, Rafael Capurro, Thomas Hausmanning (Hrsg.): *Vernetzt gespalten. Der Digital Divide in ethischer Perspektive*. (Schriftenreihe des International Center for Informations Ethics.) München 2004, S. 38 f.

4 Amanda Lenhart, John Horrigan, Lee Rainie, Katherine Allen, Angie Boyce, Mary Madden, Erin O'Grady: *The Ever-Shifting Internet Population: A new look at Internet access and the digital divide*. (The Pew Internet & American Life Project.) Washington, April 16, 2003, S. 6-8.

5 Demographics of Internet Users. Pew Internet & American Life Project, November 30 – December 30, 2006. Tracking Survey: http://www.pewinternet.org/trends/User_Demo_4.26.07.htm (Download: 10. 5. 2007).

6 Vgl. Lenhart et al., a. a. O., S. 6.

7 Wochenbericht des DIW 19/2006, S. 289-294.

Einkommensgruppen eine Fortführung der zumindest bis zum Jahr 2002 nachgewiesenen Ausweitung des Digital Divide bestätigt wird, ist anhand der verfügbaren Datenlage gegenwärtig (noch) nicht zu verifizieren. Sicher ist aber, dass die aktuellen Zahlen zumindest auf eine Persistenz der digitalen Kluft in den USA verweisen.

Wie sieht die Situation in Deutschland aus? Auch für dieses Land liegen inzwischen einigermaßen gesicherte empirische Daten vor. An jüngeren Untersuchungen sind hier insbesondere zu nennen: die »ARD/ZDF-Offline-Studie 2006«, der »(N)Onliner Atlas 2007« der *Initiative D21* – einem Netzwerk aus Wirtschaft und Politik, das sich der (nicht völlig uneigennütigen) Förderung der Informationsgesellschaft verschrieben hat und u. a. 2002 zusammen mit Bundeskanzler Schröder das später gescheiterte Green-Card-Projekt zur Gewinnung von hochqualifizierten IT-Kräften initiierte– sowie schließlich die repräsentative Querschnittsbefragung des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* (DIW Berlin) aus dem Sommer 2005, deren Ergebnisse im Mai des vorigen Jahres veröffentlicht wurden. Im Weiteren beziehen wir uns vorwiegend auf die DIW-Untersuchung, da sie stärker auf die hier interessierenden sozio-ökonomischen Merkmale, die den Zugang zu Computern und Internet im Sinne ihrer materialen Grundvoraussetzung bedingen, abzielt.⁷

In Deutschland nutzten 2005 in der Gruppe der über 16-Jährigen 62 Prozent einen Computer und 53 Prozent das Internet. Obgleich die Nutzerzahlen, die hier sowohl die private als auch die berufliche Nutzung umfassen, seit Mitte der 1980er Jahre (bzw. bezogen auf das Internet seit Anfang der 1990er Jahre) deutlich angestiegen sind, ist der Verbreitungsgrad beider Technologien weiterhin eng mit der Höhe der Schulbildung verbunden. Mehr noch, diese Korrelation hat sich in den vergangenen Jahren noch verstärkt: Mit Ausnahme des Abstands zwischen Personen mit Abitur zu Personen mit Fachabitur, der abgenommen hat, haben die Abstände dieser zu der Gruppe der Realschulabsolventen, zu der Gruppe der Hauptschulabsolventen und schließlich zu der Gruppe ohne Schulabschluss zugenommen. Ruft man sich in Erinnerung, welche Bedeutung PC und Internet im Berufsleben oder für das Recherchieren von Stellenangeboten und das Schreiben von Bewerbungen heute haben, so muss diese Entwicklung in den bildungs- und damit auch arbeitsmarktfernen Gruppen aufmerken lassen.

Werden die Nutzeranteile unter dem Gesichtspunkt des Faktors Alter betrachtet, so überrascht nicht, dass die älteste Generation, die vor 1939 Geborenen, den geringsten Anteil von PC- und Internetnutzern aufweist (15 Prozent und 7 Prozent), und die jüngste, die nach 1980 Geborenen, die sogenannte Internetgeneration, umgekehrt den höchsten. In den verschiedenen dazwischen liegenden Geburtskohorten ist der Nutzungsanteil sowohl im Privaten als auch im Beruflichen mit abnehmendem Alter ansteigend. Doch auch hier gilt, dass in der sogenannten Internetgeneration immer noch ein Anteil von 17 Prozent das Internet weder beruflich noch privat nutzt.

Unterschiede in der Nutzung von PC und Internet sind auch anhand des Faktors Geschlecht zu konstatieren. Männer nutzen beides zu einem erheblich höheren Prozentsatz im beruflichen Bereich als

Frauen. Gleichzeitig liegen Männer und Frauen bei der privaten Computer- und Internetnutzung nahezu gleichauf. Das DIW folgert aus diesem Befund noch vorsichtig – doch wie wir meinen nachvollziehbar –, dass die geringeren Quoten in der beruflichen Nutzung bei Frauen eine Folge von deren niedriger Erwerbsquote seien. Und, so darf hinzugefügt werden, sie sind auch eine Folge der Arbeit in »frauentypischen« Berufszweigen, die, wie Erziehung, Pflege, Lehre und andere Dienstleistungen, wenig PC-vermittelt sind.

Wird als Determinante der Computer- und Internetnutzung das Merkmal der Nationalität herangezogen, so ist auffällig, dass Deutsche und Nicht-Deutsche bei der Computernutzung mit 62 Prozent zu 61 Prozent nahezu gleichauf liegen, gleichzeitig aber bei der Nutzung des Internet eine deutliche Differenz von 53 Prozent zu 38 Prozent besteht. Der Abstand ist hier vor allem dem Umstand geschuldet, dass Nicht-Deutsche in sehr viel geringerem Ausmaß als Deutsche auch privat über einen Zugang zum Internet verfügen. Und das, so darf man annehmen, ist nicht nur Ausdruck einer niedrigeren Erwerbsquote, sondern auch einer generell schlechteren Einkommenssituation von Migrantinnen und Migranten in Deutschland.

Die Bilanz ist also ernüchternd. Der »(N)Onliner Atlas 2007« resümiert entsprechend: »Trotz weiter sinkender Preise – besonders bei den DSL- und Kombi-Flatrates – ist die Internetnutzung auch 2007 noch eine Kostenfrage. Wie in der Vergangenheit sind daher mit steigendem Nettoeinkommen auch höhere Onliner-Anteile verbunden. In Haushalten mit weniger als 1 000 Euro ist weiterhin nur ein starkes Drittel der Personen Online; diese Gruppe verzeichnet zudem kaum Zuwächse. Zwar sind hier Wechselwirkungen z. B. mit der Haushaltsgröße zu berücksichtigen, doch besitzt das Merkmal Einkommen nach wie vor einen relevanten »eigenen« Einfluss. Das Durchschnittseinkommen liegt bei den Onlinern bei 2 312 €, bei den Offlinern bei 1 589 €.«⁸

Und die Aussichten, dass sich die bestehende Kluft perspektivisch schließen würde, sind nicht nur, wie gezeigt, in den USA gering, sondern werden ähnlich für Deutschland prognostiziert: Dazu sind die Zuwachsraten, bezogen auf die entsprechenden Parameter hier wie dort, zu niedrig.⁹

Auch aus diesem Grund hat sich die Forschung in jüngster Zeit stärker den Nichtnutzern und ihren Motiven zugewandt. Die »ARD/ZDF-Offline-Studie 2006« benennt beispielsweise für Deutschland folgende Zahlen und folgende Offliner-Typologie: 7,84 Millionen sind »Ablehnende« mit Vorbehalten gegen das Internet, 6,93 Millionen »Distanzierte« ohne Bedarf am Internet, 4,38 Millionen »Erfahrene«, sprich ehemalige Internetnutzer, 4,16 Millionen »Desinteressierte« ohne Interesse am Internet und 2,95 Millionen »Nutzungsplaner«, die die Anschaffung eines Internetzugangs erwägen.¹⁰ Die Angaben beziehen sich auf Personen über 14 Jahre. Finanzielle Gründe für eine Nichtnutzung sind der Studie zufolge signifikant, aber nicht allein ausschlaggebend. Sie bilden, addiert man die diesbezüglichen Statements, in der Rangfolge der Ablehnungsgründe die zweitwichtigste Gruppe.¹¹ An erster Position stehen diejenigen, die einen Bedarf verneinen bzw. eine Alternative zur Nutzung des Internets sehen. Das heißt, es gibt unter den Offlinern eine starke Gruppe – eine Untersuchung spricht von einem Anteil von ca. 60 Prozent¹² –, die das Inter-

8 (N)Onliner Atlas 2007, S. 15.

9 Vgl. Kubicek/Welling 2000, S. 505 f.; Herbert Kubicek: Fighting a Moving Target: Hard Lessons from Germany's Digital Divide Programs, in: IT & Society, Volume 1, Issue 6, Fall/Winter 2004. (www.itandsociety.org) S. 4.

10 Maria Gerhards, Annette Mende: Offliner: Vorbehalte und Einstiegsbarrieren gegenüber dem Internet bleiben bestehen, ARD/ZDF-Offline-Studie 2006, in: Media Perspektiven, Nr. 8/2006, S. 418 f.

11 Ebenda, S. 422.

12 Ulrich Riehm, Bettina-Johanna Krings: Abschied vom »Internet für alle«? Der »blinde Fleck« in der Diskussion zur digitalen Spaltung, in: Medien & Kommunikationswissenschaft, 54. Jg, 2006/1,

S. 60.

net aus freiem Entschluss nicht nutzt.

13 Ebenda, S. 78 und 90.

Aus letztgenanntem Befund nun von einer »Nichtanerkennung der Nichtnutzung« als dem »blinden Fleck« in der Diskussion über ein »Internet für alle« zu sprechen, wie das kürzlich geschehen ist,¹³ halten wir medienpolitisch für falsch. Tatsächlich geht es nicht, wie wir im Folgenden darlegen werden, um eine Zwangsbekehrung zur Interneternutzung, sondern um die Bereitstellung der technologischen Infrastruktur und finanziell tragbarer Zugangsmöglichkeiten für alle im Sinne einer Daseinsvorsorge, deren je konkrete Nutzung oder Nichtnutzung immer dem einzelnen überlassen bleibt.

Die räumliche Dimension der digitalen Spaltung

Die digitale Spaltung wurde in den voran stehenden Ausführungen bislang als solche zwischen Individuen und Gruppen innerhalb von Gesellschaften beschrieben. Zeigte sich dort das Internet als ein Kommunikationsmedium, das die bestehenden Ungleichheiten der gesellschaftlichen Arbeitsteilung auf der Ebene sozialer Akteure reproduziert, so sollen nun seine Bedingungen in räumlicher Dimension reflektiert werden.

14 Rilling, a. a. O., S. 1452.

Eine Vermessung der digitalen Kluft im globalen Maßstab ergibt zunächst – und niemanden wird das wirklich verwundern –, dass die Karte des Zugangs zum Netz nahezu deckungsgleich mit jener der industrialisierten Welt ist.¹⁴ Laut *Internet World Stats*, das ist ein Forum für die internationale Marktforschung, nutzen aktuell 16,9 Prozent der Weltbevölkerung das Internet, die Hälfte davon lebte in Nordamerika oder Europa, etwa ein Drittel in Asien, 8,7 Prozent in Lateinamerika und 3 Prozent in Afrika.¹⁵ Der »Internet Report 2006« der *International Telecommunication Union* (ITU) erfasste mit Stand vom 31. Dezember 2005 die Top-20-Ökonomien mit Breitband-Netzzugang: Demnach beträgt der weltweite Durchschnittswert in der Durchdringung dieser Technologie 3,3 Prozent. An der Spitze stehen die Länder Korea und Niederlande mit einem Wert von 25,2 Prozent; die USA und Deutschland sind mit 16,6 Prozent und 12,9 Prozent im oberen Bereich platziert; am unteren Ende der Skala werden die Türkei und Mexiko mit 2,2 Prozent sowie Brasilien mit 1,8 Prozent aufgeführt.¹⁶

15 Vgl. World Internet Usage and Population Statistics: <http://www.internetworldstats.com/stats.htm> (Download: 14. 5. 2007).

Zu beachten ist hier, dass der Bericht unter »Breitband« bereits Datenübertragungsraten ab 256 kbit/s (in eine oder beide Richtungen) definiert – eine Geschwindigkeit, die heute für die Übertragung großer Datenmengen oder den Austausch von Multimedia-Inhalten über das Internet als unzureichend angesehen wird und bei Breitbandanschlüssen z. B. in Deutschland aktuell um ein Vielfaches überschritten wird. Zu beachten ist auch, dass nur die Top-20-Ökonomien genannt sind. Die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas finden in der Verteilung der Zugangsmöglichkeiten zum »Breitband«-Internet im globalen Maßstab nicht statt.

16 ITU Internet Report 2006: digital.life. Summary. December 2006 (<http://www.itu.int/osg/spu/publications/digitalife/docs/digitalife-summary.pdf>) S. 23.

Die unterentwickelte Welt ist im Internet nur marginal vertreten. Hier reproduzieren sich die Auswirkungen der ungleichen internationalen Arbeitsteilung, von Zentrum und Peripherie, von Entwicklung und Unterentwicklung, auf der Ebene digitaler Kommunikation. Das gilt vor allem und eindrucklich für die Länder Afrikas – mit Ausnahme Südafrikas. Der Trierer Bischof Reinhard Marx, nicht

verwandt mit seinem älteren Namensvetter aus Trier, zog aus diesem Grund im Februar 2006 den eindringlichen Vergleich: »Die Stadt New York ist insgesamt stärker im Internet vertreten als Afrika insgesamt«.¹⁷

Räumliche Ungleichverteilungen bestehen nicht nur im globalen Maßstab, sondern auch innerhalb der Länder der Europäischen Union. Deutschland nimmt hier zusammen mit Luxemburg und Großbritannien einen oberen Mittelplatz im Nutzungsgrad des Internet (69-73 Prozent) ein, führend sind die skandinavischen Länder (Nutzungsgrad: 80-88 Prozent) und an letzter Position (Nutzungsgrad: 25-38 Prozent) stehen die Balkanländer Mazedonien, Bulgarien, Rumänien sowie die Südländer Portugal, Italien, Griechenland und Zypern.¹⁸

Räumliche Ungleichverteilungen bestehen zudem innerhalb Deutschlands selbst. Werden die Nichtnutzer nach Bundesländern betrachtet, so liegen die ostdeutschen Länder (ausgenommen Berlin mit dem bundesweit niedrigsten Offliner-Anteil) und das Saarland mit 10-24 Indexpunkten über dem Bundesdurchschnitt. Erfolgt die Betrachtung nach Postleitzahlengebieten, so steigt der Offliner-Anteil mit der Zugehörigkeit zu ländlichen Regionen. Ähnliches gilt für die Breitbandnutzung – hier mit der Besonderheit, dass die nach der Vereinigung Deutschlands durchgeführte Glasfaserverlegung im Osten die Breitbandverbreitung lange gehemmt hat.¹⁹

Die Nutzung multimedialer Internetdienste setzt heute das Vorhandensein einer leistungsfähigen Infrastruktur, sprich Breitband-Internet, voraus. Sowohl im internationalen als auch im nationalen Maßstab verbreitet sich das Netz aber gerade dort am schnellsten, wo eine rege Wirtschaftstätigkeit bereits existiert. Nach ökonomischen Effizienzkriterien ist der Wert einer Netzwerkverbindung abhängig von der Anzahl der zu erreichenden Teilnehmer und ihrer Kaufkraft.²⁰ Die Überwindung von räumlichen Zugangsbarrieren ist daher ein ökonomisches Problem, kein technisches.

Rein technologisch stehen unterschiedliche Breitbandlösungen zur Verfügung. Neben dem auf der Telefonanschlußleitung aufsetzenden DSL und der Hochgeschwindigkeitsvariante VDSL sind zu nennen: Kabelinternet, ergo das digital ausgebaute TV-Kabelnetz, Richtfunk (WIMAX), das sich besonders interessant für Orte in ländlichen Regionen erweisen könnte, und – eingeschränkt, weil für einen Rückkanal wieder auf das Telefonnetz zurückgegriffen werden muss – Satellit. Versorgungsdefizite ergeben sich daraus, dass sich Investitionen in ein leistungsfähiges Kommunikationsnetz in dünn besiedelten Landesteilen und – insbesondere im Falle der Entwicklungsländer – in kaufkraftschwachen Räumen privatwirtschaftlich nicht lohnen.

Man sollte sich in Erinnerung rufen: Bezogen auf Deutschland, aber auch viele andere Länder besteht der entscheidende Unterschied zwischen der Entfaltung des Internet und der Entfaltung von vorangegangenen *historischen* Technologien wie Telefon, Radio und Fernsehen darin, dass sie nicht in staatlicher Regie erfolgt, sondern unter allein privatwirtschaftlichen Prämissen.

Strategien zur Überwindung der digitalen Spaltung

Die Teilhabe an den durch das Internet möglichen Anwendungspro-

17 heise online.

10. 2. 2006. (www.heise.de/newsticker/meldung/print/69464; Download: 9. 1. 2007); vgl. auch Rilling, a. a. O., S. 1454.

18 (N)Onliner Atlas 2007. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland. Nutzung und Nichtnutzung des Internets, Strukturen und regionale Verteilung. (<http://www.nonliner-atlas.de>), S. 67.

19 Ebenda, S. 34, 37 u. 58.

20 Rilling, a. a. O., S. 1452.

tenzialen – zu nennen sind insbesondere die Wachstumsbereiche E-Consumes und E-Commerce, E-News und E-Information, E-Politics und E-Government – allen in Form eines »Breitband-Internet für alle« zu ermöglichen, wurde einleitend als demokratische Notwendigkeit bezeichnet. Durch die empirischen Befunde zur sozialen und räumlichen Dimension der digitalen Spaltung, sowohl in nationaler als auch in internationaler Perspektive, wird diese Notwendigkeit noch untermauert. Aus unserer Sicht bestehen zu ihrer Überwindung prinzipiell drei Möglichkeiten:

Die *erste* Möglichkeit nennen wir die neoliberale oder US-amerikanische Variante. Sie läuft darauf hinaus, den Digital Divide durch das freie Spiel der Marktkräfte regeln zu lassen. Paradigmatisch für diese Variante steht die Äußerung des Vorsitzenden der *Federal Communications Commission* (FCC) Michael Powell aus dem Jahr 2001. Er wurde mit den Worten zitiert, ebenso wie ein Digital Divide bestehe auch ein »Mercedes divide«: »I'd like to have one; I can't afford one« – bei Einführung einer neuen Technologie könne, das sei charakteristisch für ein auf den Gesetzen des Marktes basierendes Wirtschaftssystem, nicht jede und jeder sofort in gleichem Ausmaß partizipieren.²¹

Dass der Markt allein die Aufhebung der digitalen Kluft nicht bewirkt, belegen die empirischen Befunde. Nicht ausgemacht ist damit allerdings, ob er dies – ließe man ihn, wie von den Vertretern des Neoliberalismus gefordert, vollkommen dereguliert und möglichst rein agieren – nicht zukünftig bewerkstelligen kann. Dem wiederum widerspricht alle Erfahrung: Das US-amerikanische Modell des Kapitalismus mit seinen Working Poor, fehlender Kaufkraft der Unterschichten und unzureichender sozialer Daseinsvorsorge zeigt sich zu einer solchen sozialpolitischen Integration nicht in der Lage. Von seinen Grundbedingungen her, die in zunehmendem Maße – hervorgerufen durch die einseitige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre – auch in Deutschland anzutreffen sind, erlaubt es einer großen Zahl von Menschen finanziell nicht, an den Potenzialen des Internet zu partizipieren.

Die *zweite* Möglichkeit nennen wir die neokorporatistische oder deutsche Variante. Sie läuft darauf hinaus, die digitale Spaltung unter den Bedingungen der Förderung des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu überwinden. Dieser Argumentation zufolge hat breitbandige Kommunikation positive Effekte auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, Branchen und der deutschen Wirtschaft insgesamt. Werde die Informations- und Kommunikations-Industrie (IuK) als maßgeblicher Antrieb auf dem Weg zur Wissensgesellschaft und zu einer wissensbasierten Ökonomie nicht heute gefördert, drohe künftig ein Zurückfallen hinter Konkurrenten im internationalen Wettbewerb. Standortpolitik ist demnach Unternehmenspolitik zur Förderung der IuK-Branche und entsprechender Arbeitsplätze in Deutschland. Neokorporatistisch ist sie deshalb, weil sie die Interessenvermittlung lediglich zwischen Staat und Wirtschaft organisiert und andere Interessen außen vor lässt.

Dass Standortpolitik die Aufhebung der digitalen Kluft nicht bewirken wird, ist aus zwei Gründen ersichtlich. Einerseits kann die sozialpolitisch wünschenswerte Verbilligung des Internetzugangs

21 Zit. nach Gernot Gehrke, Thomas Tekster: Zwischen Digitaler Teilung und Integration. Neue Befunde zum Stand der Nichtnutzung von Internet und Online-Diensten. Zum Hintergrund der Debatte um Teilung und Integration. ECMC 2004. (http://www.digitale-teilung.de/doc/analyse/digitale-ti_zum_hintergrund_der_debatte_um_teilung_und_integration.pdf; Download: 20. 12. 2006) S. 6.

nach dieser Maxime nur durch die Intensivierung von Wettbewerb auf den IuK-Märkten erfolgen. Wie gezeigt wurde, ist es im ländlichen Raum und in weniger entwickelten Regionen aber gerade das ökonomische Kriterium mangelnder Rentabilität, das erforderliche Investitionen in die digitale Infrastruktur entweder verhindert oder sie aufgrund der Höhe dieser Investitionen in privatwirtschaftlicher Trägerschaft – das heißt, ohne Umverteilung zwischen dicht und dünn besiedelten Räumen bzw. kaufkraftstarken und kaufkraftschwachen Regionen – nur zu hohen Endkundenpreisen möglich macht.

Andererseits findet Standortpolitik ihre Grenzen dort, wo der Wettbewerb durch monopolartige Strukturen selbst eingeschränkt ist. Gerade im Bereich der digitalen Infrastruktur ist das in einem erheblichen Maße der Fall. Beispielsweise besteht bei den TV-Kabelnetzanbietern, die sich durch den digitalen, rückkanalfähigen Ausbau ihrer Netze seit kurzem auch als Anbieter von Breitband-Internet positionieren, eine Aufteilung des Marktes nach Regionen ähnlich wie im Stromgeschäft. Ist aber im je konkreten Fall kein Zugang zu alternativen Technologien gegeben, hat das für die Verbraucherinnen und Verbraucher zur Folge, dass sie sich Preiserhöhungen nicht erwehren können. Ähnliche Folgen wird die von der Bundesregierung beschlossene Herausnahme des im Entstehen begriffenen Hochgeschwindigkeitsnetzes (VDSL) der Deutschen Telekom AG aus der Regulierung zeitigen. Sie bedeutet nichts anderes als einen Ausschluss von Wettbewerbern und die Gewährung einer Monopolrente zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Die *dritte* Möglichkeit nennen wir die *gesellschaftliche* oder die Variante einer europäischen Linken. Eine solche Position besteht bislang noch nicht. Sie müsste unseres Erachtens zumindest vier Punkte umfassen:

1. Der Aufbau einer digitalen Infrastruktur ist zu einem Schwerpunkt der europäischen Entwicklungszusammenarbeit zu machen. Die Länder der EU sollten den Entwicklungsländern in ausreichender Höhe Mittel zur Anschubfinanzierung des Aufbaus einer digitalen Infrastruktur zukommen lassen. Aus historischen Gründen würden wir eine Konzentration auf die Länder Afrikas und Lateinamerikas einschließlich des Karibik-Raumes empfehlen. Zu finanzieren ist das über die längst überfällige Erhöhung der Entwicklungshilfe der EU-Länder auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts. Das 0,7 Prozent-Ziel sollte nicht 2015, wie von den zuständigen Ministern in den EU-Ländern beschlossen, sondern bereits 2010 umgesetzt werden.

2. Das Prinzip der Netzneutralität ist im europäischen Rahmen gesetzlich zu verankern. Netzbetreibern muss es untersagt werden, spezielle Vereinbarungen mit Unternehmen und Inhalteanbietern für eine schnellere Übertragung ihrer Daten abzuschließen. Der freie Zugang und die freie Wahl der Zugangsgeschwindigkeit ist allen Interessierten unterschiedslos zu gewähren. Der Zugang zu bestimmten Inhalten darf nicht blockiert werden (ausgenommen: Kinderpornographie). Missbräuchliche Marktmacht muss durch eine effiziente Anti-Trust-Gesetzgebung eingeschränkt werden. Dies sind Minimalvoraussetzungen eines gleichrangigen und zumindest auf der Ebene der technologischen Struktur *demokratischen* Zugangs zur digitalen Kommunikation.

3. In Deutschland ist mittelfristig die Infrastruktur für ein »Breit-

band-Internet für alle« bereitzustellen. Dies kann auf zweierlei Art erfolgen. Entweder die Netzinfrastruktur wird in staatlichen Besitz überführt – für die Telefonfestnetz-Infrastruktur und die TV-Kabelnetze bedeutete das eine Wiederverstaatlichung –, womit ein staatliches Monopol entstünde, das – wie im Falle des Straßennetzes – gratis oder zu einer geringen Gebühr bereitgestellt werden könnte. Oder aber es erfolgte eine Subventionierung von privatwirtschaftlich agierenden Infrastrukturanbietern zum flächendeckenden Ausbau und der Versorgung ländlicher Räume mit Breitband-Kommunikation. In Verbund mit einer strikten Regulierung könnte so eine Umverteilung zwischen dicht und dünn besiedelten Gebieten sowie ein gewisses Maß an Preisregulierung erreicht werden. Letzteres ist angesichts der Erfahrungen mit den Beihilfeverfahren der EU-Kommission gegen das öffentlich-rechtliche Fernsehen und die Bereitstellung von DVB-T in Deutschland allerdings keineswegs die rechtlich weniger komplexe Gestaltungsvariante.

4. Bildungs- und Medienkompetenzinitiativen wie »Schulen ans Netz«, »Frauen ans Netz« oder »Senioren ans Netz« sind weiter zu fördern und auszuweiten. Dies ist erforderlich, um die sozial Unterprivilegierten, aber auch die scheinbar Desinteressierten an die Welt der digitalen Kommunikation heranzuführen. Generell ist der Bildung im digitalen Zeitalter eine höhere Bedeutung beizumessen, als es heute geschieht. Sie ist zugleich sozial gerecht auszugestalten. Nur so lassen sich einigermaßen gleiche Zugangschancen auch zum Medium Internet herstellen. Und, das ist in diesem Zusammenhang ausdrücklich hervorzuheben, zu den Grundbedingungen von Demokratie gehört aus *gesellschaftlicher* Perspektive auch ein soziales Anrecht auf Bildung für alle Bürgerinnen und Bürger. Alle Bestrebungen zur Privatisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens sind daher zurückzuweisen. Dort, wo diese bereits eingeführt sind, ist das rückgängig zu machen.

Eine *gesellschaftliche* Variante als Projekt der europäischen Linien zu organisieren, erscheint uns als eine entscheidende Aufgabe, um den Herausforderungen des »informationellen Kapitalismus« (Castells) partizipativ zu begegnen. In diesem sind die Quellen ökonomischer Produktivität, kultureller Hegemonie und politisch-militärischer Macht in zunehmendem Maße abhängig von der Gewinnung, Speicherung, Verarbeitung und Erzeugung von Information und Wissen. Zwar ist die Abhängigkeit von den letztgenannten Faktoren für ökonomische Akkumulation und politische Macht nichts historisch Neues. Doch erst jetzt werden Information und Wissensproduktion durch technologische, gesellschaftliche und kulturelle Parameter unmittelbar zur Produktivkraft. Die Erzeugung und Steuerung von Wissen, Information und Technologie sind eine wesentliche Bedingung für die Organisation der gesamten Gesellschaftsstruktur. Information ist zum entscheidenden Rohstoff geworden, aus dem alle gesellschaftlichen Prozesse und sozialen Organisationen gebildet sind. Zugang zu Information wird ebenso wie Einsatz und Auswahl von Information darüber entscheiden, von wem und wie das elektronische Kommunikationsnetzwerk beherrscht wird. Es ist zu konstatieren, dass die künftige Welt des Netzes von zwei unterschiedlichen Gruppen bewohnt werden wird: »den Interagierenden

und den Interagierten«.²² Zu ersteren zählen die, die in der Lage sind, Kommunikationskreisläufe aktiv auszuwählen; zu letzteren jene, die aufgrund von Zugangsbeschränkungen an der gesellschaftlichen Kommunikation nicht teilhaben können. Die Entscheidung darüber, wer zu den Interagierenden und wer zu den Interagierten in der Informationsgesellschaft gehört, »wird weitgehend den Rahmen für das Herrschaftssystem und für die Prozesse der Befreiung in der informationellen Gesellschaft bestimmen.«²³

den 2003, Teil 1, S. 424.

23 Ebenda, S. 428.

Literatur

- Bichof Marx: Internet darf nicht ausgrenzen, in: heise online, 10. 2. 2006. (www.heise.de/newsticker/meldung/print/69464; Download: 9. 1. 2007)
- Castells, Manuel: Das Informationszeitalter, Teil 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2001; Teil 2: Die Macht der Identität, Opladen 2002; Teil 3: Jahrtausendwende, Opladen 2003.
- Demographics of Internet Users. Pew Internet & American Life Project, February 15 – April 6, 2006, Tracking Survey. (www.pewinternet.org/trends/User_Demo_4.26.06.htm; Download: 11. 1. 2007)
- Digitale Spaltung in Deutschland: Geringere Bildung – seltener am PC, in: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 19/2006, 73. Jg./10. Mai 2006, S. 289-294.
- Gehrke, Gernot; Tekster, Thomas: Zwischen Digitaler Teilung und Integration. Neue Befunde zum Stand der Nichtnutzung von Internet und Online-Diensten. Zum Hintergrund der Debatte um Teilung und Integration. ECMC 2004. (http://www.digitale-teilung.de/doc/analyse/digitale-ti_zum_hintergrund_der_debatte_um_teilung_und_integration.pdf; Download: 20. 12. 2006)
- Gerhards, Maria; Mende, Annette: Offliner: Vorbehalte und Einstiegsbarrieren gegenüber dem Internet bleiben bestehen. ARD/ZDF-Offline-Studie 2006, in: Media Perspektiven, Nr. 8/2006, S. 416-430.
- Greis, Andreas: Cybergeography. Zur Morphologie des Digital Divide, in: Scheule, Rupert M.; Capurro, Rafael; Hausmanninger, Thomas (Hrsg.): Vernetzt gespalten. Der Digital Divide in ethischer Perspektive (Schriftenreihe des International Center for Informations Ethics), München 2004, S. 37-50.
- ITU Internet Report 2006: digital.life, Summary, December 2006. (<http://www.itu.int/osg/spu/publications/digitalife/docs/digitalife-summary.pdf>)
- Konert, Bertram: Deutschland und die digitale Welt: Faktoren der Teilung – Faktoren der Integration, in: Gehrke, Gernot (Hrsg.): Digitale Teilung – digitale Integration. Perspektiven der Internetnutzung (ECMC working paper, Vol. 5), München 2004, S. 15-29.
- Kubicek, Herbert: Fighting a Moving Target: Hard Lessons from Germany's Digital Divide Programs, in: IT & Society, Volume 1, Issue 6, Fall/Winter 2004, S. 1-19. (www.itandsociety.org)
- Kubicek, Herbert; Welling, Stefan: Vor einer digitalen Spaltung in Deutschland? Annäherung an ein verdecktes Problem von wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Brisanz, in: Medien & Kommunikationswissenschaft, 48. Jg., Nr. 4/2000, S. 497-517.
- Lenhart, Amanda; Horrigan, John; Rainie, Lee; Allen, Katherine; Boyce, Angie; Madden, Mary; O'Grady, Erin: The Ever-Shifting Internet Population: A new look at Internet access and the digital divide (The Pew Internet & American Life Project.), Washington, April 16, 2003.
- (N)Onliner Atlas 2007. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland. Nutzung und Nichtnutzung des Internets, Strukturen und regionale Verteilung. (<http://www.nonliner-atlas.de>)
- Riehm, Ulrich; Krings, Bettina-Johanna: Abschied vom »Internet für alle«? Der »blinde Fleck« in der Diskussion zur digitalen Spaltung, in: Medien & Kommunikationswissenschaft, 54. Jg, 2006/1, S. 75-94.
- Rilling, Rainer: Internet, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 6/II: Imperium bis Justiz, Hamburg 2004, S. 1445-1459.

HARALD PÄTZOLT

Eine radikale programmatische Wende der Linken?

Der Mensch ist verpflichtet die Situation zu verstehen, in der er sich befindet (Eric Voegelin). Die deutsche Linke ist dies auch.

Ich denke, dass sich die Situation für uns hier in Deutschland gleich mehrfach verändert hat. Um diese Veränderungen zu verstehen und dann die richtigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, ist es notwendig zu erkennen, dass es dabei nicht allein um sogenannte objektive Veränderungen der Bedingungen unseres Lebens geht, sondern um Veränderungen unserer gesellschaftlichen Ordnung. Ich weise darauf hin, dass unsere gesellschaftliche Ordnung nicht unabhängig davon existiert, wie wir die Situation, in der wir uns befinden, jeweils reflektieren. Unsere Wahrnehmungen, Erfahrungen und Symbolisierungen derselben sind ein Teil dieser Ordnung. Und wenn das so ist, dann können wir annehmen, dass sich eine Änderung der Situation, von der ich sprechen will, dadurch vollzieht, dass sich unsere Deutungsmuster verändern, weil die alten nicht mehr funktionieren. Wie immer man diesen Vorgang bezeichnen mag – die einen nennen es in Anlehnung an die Biologie *frame shift*, die andern philosophisch *Seinssprung* oder etwas bescheidener *Einstellungswandel* –, entscheidend ist, ob er stattfindet und dass er beschrieben und analysiert wird.

Ich werde die Veränderung unserer Situation beschreiben, indem ich erstens zeige, dass eine Epoche der Gleichheit, die ein halbes Jahrhundert andauerte, nun zu Ende gegangen ist. Und dass zweitens eine weitaus länger währende Epoche, nämlich die des fossilistischen Kapitalismus, ihr absehbares Ende in 30 bis 50 Jahren finden wird. Wie gesagt, ich rede von veränderten Wahrnehmungen, kollektiven Erfahrungen und deren Symbolisierungen, die allerdings fundamentaler Natur sind.

Für die Linken in Deutschland sind diese Vorgänge von großer Wichtigkeit. Die Linke, wenn ich einmal den Singular gebrauchen darf, ist schließlich ein Teil der gesellschaftlichen Ordnung, nicht allein als Akteur der politischen Ordnung, sondern auch als Agent zur Generierung relevanter Deutungen der Situation, in der sich die Linken wie alle andern Menschen in Deutschland aktuell befinden.

Der unmittelbare Anlass zu meinen Überlegungen ist die Neugründung der Linken als sozialistische Partei in Deutschland im Sommer dieses Jahres 2007. Mein entschiedener Eindruck ist, dass sich dieser Vorgang programmatisch noch auf der Grundlage unveränderter Situationswahrnehmung, alter Deutungsmuster und Erfah-

Harald Pätzolt – Jg. 1956,
Dr. phil., Diplom-Philosoph;
Mitarbeiter im Parteivorstand
der LINKEN.
Foto: privat

rungen vollzieht. Das betrifft die eine wie die andere oben benannte Veränderung der Situation, in der wir uns heute in Deutschland befinden.

Unnötig zu betonen, dass ich jeweils konkrete historische Situationen diskutieren werde und dass, wenn ich vom »Ende der Gleichheit« spreche, damit kein Urteil über vergangene Epochen und keine Prognose über künftige geliefert werden. Meine Absicht ist allerdings, darauf hinzuwirken, dass die Linke von der Wahrnehmung der veränderten Situation her als Linke eine programmatische Neuorientierung vornimmt und dass sie, von diesem Verstehen der Situation aus, in der wir uns befinden, zu einer angemessenen und erfolgreichen politischen Strategie für die nächsten Jahre findet.

I. Das Ende der Gleichheit

Was ist eigentlich passiert?

Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: »Das abgehängte Prekariat«; Rede vom mangelnden Aufstiegswillen; Eva Herrmann: Natürliche Rolle der Frau; Christa Müller: Reproduktion asozialer Milieus; Kurt Beck: Waschen und Rasieren; Kinder als Opfer familialer Gewalt.

Kurz: Wir haben eine sogenannte Unterschichtendebatte um die Existenz, die Quantität und Qualität entsprechender soziokultureller Milieus und deren Reproduktion. Diskutiert wird zugleich die Natur der Frau und deren Frauenrolle. Es werden massiv Fragen des Kindeswohls und entsprechender Verantwortlichkeiten gestellt. Und es wird Hygiene wieder zu einem in diesem Kontext diskutierten Thema.

Ich denke, dass damit eine Tatsache öffentlich geworden ist und damit akzeptiert, nämlich die des Endes der Gleichheit in diesem Land. Man mag soziologisch und/oder mit Sorge um die politische Korrektheit über Begriff und tatsächliche Existenz einer Unterschicht streiten. Entscheidend ist für mich dabei allein, dass sich in der Wahrnehmung dieser massenhaften Existenz sozial und kulturell ausgegrenzter Menschen eine Verschiebung ergeben hat.

Es sei daran erinnert, dass Arnold Gehlen vor 50 Jahren noch schrieb: »Es gibt zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit keine im Stich gelassene Armut mehr.«

Und noch gestern war es geläufige, gültige Mittelschichtenrhetorik zu behaupten: *Jeder* kann private Altersvorsorge betreiben. *Jeder* kann seinen Kindern eine gute Bildung zukommen lassen. Wohl wird man diese Sätze, so oder ähnlich, auch heute noch hören können. Aber sie haben ihre ursprüngliche Evidenz und Trivialität, eben ihre Allgemein-Gültigkeit verloren.

Und darauf kommt es an.

Nun scheint es also klar: Es gibt Unterschicht(en).

Ist der Akt, dies öffentlich auszusprechen, ein Tabubruch? Wieso denn? Wo doch alle seit Jahrzehnten darüber reden? Das ist eben die Eigenart solcher Veränderungen (im öffentlichen Bewusstsein, würde man früher gesagt haben). Es mag der Bruch mit den alten Deutungsmustern durch eine Serie von Tabubrüchen wie die oben aufgeführte offenbar werden. Man kann es so beschreiben, dass der Schein der nivellierenden Mittelstandsgesellschaft als ein solcher entlarvt worden ist. Dass eine Fassade eingestürzt ist. Das alles ist

nicht wichtig. Wichtig scheint mir einzig die Tatsache selbst, dass ein altes Deutungsmuster nicht mehr funktioniert und durch ein neues ersetzt werden muss. Das »abgehängte Prekariat«, die »Unterschicht« – das sind alles Versuche, der neuen gesellschaftlichen Ordnung einen begrifflichen oder symbolischen Ausdruck zu geben. Welches der dann einmal gültige Ausdruck sein wird, ist vorläufig offen. Das hängt nicht zuletzt davon ab, wie sich die Menschen auf die neue Situation einstellen, wie sie sich darin, also zueinander verhalten werden.

Das trifft auch auf die Linke zu.

Was ist anders?

Anders ist zunächst die *Qualität der Armut*. Armut ist heute kein Attribut einer bloßen *Menge* Leute mehr. Denen bin ich auch bisher überall begegnet. Von denen wusste ich, dass sie sich teilweise versteckten. Nun aber gibt es das Subjekt »Abgehängtes Prekariat«. War bisher gängiges und gültiges Argument zur Beschreibung der Lage der Armen: »Die wollen ja nicht (aufhören zu saufen, sich bilden, lesen, aufstehen, waschen, aufräumen, Kinder erziehen, arbeiten)!«, so weiß man heute: *Die können nicht wollen*. Das macht einen, *den* Unterschied.

Noch, scheint es, sind *die* »an sich« hier in Deutschland. Irgendwie noch nicht mit klarer soziokultureller Gestalt. Nicht Masse, nicht Klasse. Aber: *Die* schaffen eigene Welten, *die* reproduzieren sich. Dieses *Die* »lebt«.

Anders scheint auch die *Qualität der Entfremdung* von *Denen*. Galt bisher die Vorstellung, dass es zwar die Menge Armer gibt, aber aus dieser Menge jede und jeder prinzipiell wieder in die Gesellschaft zurückzuholen war, es damit auch keinen Grund für die Annahme einer endgültigen Teilung der Gesellschaft, also für eine tatsächliche, nicht nur temporäre Ungleichheit gab, so spricht die Mehrheitsgesellschaft heute von den Exkludierten als dauerhaft Anderen, Fremden. Hartz IV ist heute zum kommunikativen Code für das geworden, was Friedrich Schiller im »Wallenstein« so ausdrückte: »Der Bauer ist auch ein Mensch – so zu sagen«. Dies » ... so zu sagen« macht die Distinktion.

Schließlich scheint sich auch eine andere *Qualität der Stigmatisierung* zu entwickeln. Dabei ist es vielleicht nicht so sehr jeder einzelne Prozess der Distinktion als vielmehr das Muster, was den Unterschied macht. Soziologische Typenbildungen gehen einher mit Skandalisierungen und einer regelrechten Inszenierung der Unterschicht durch die privaten Massenmedien.

Was zunächst wie ein Paradoxon aussieht, dass nämlich Ingroup-Outgroup-Prozesse seitens der Mehrheitsgesellschaft – prekarisiert oder nicht, jedenfalls noch nicht abgehängt – gerade darum so exzessiv befördert werden, weil es eben »keinen klar und eng umrissenen Bereich der sozialen (und räumlichen) Exklusion« gibt, dem ein »unversehrter Inklusionsbereich« gegenübersteht (Konietzka & Sopp), erweist sich möglicherweise bald als genau der Prozess der Entwicklung von neuen Deutungen, womit sich die neue gesellschaftliche Ordnung der Ungleichheit auf einige Zeit stabilisieren wird.¹ Es gibt parallele Vorgänge in andern europäischen Ländern, so in den

1 Heinz Bude, Andreas Willisch (Hrsg.): Das Problem der Exklusion, Hamburger Edition, HIS Verlag Hamburg 2006.

Niederlanden, wo der Vorgang, freilich mit ethnischem Hintergrund, als »kultureller Fundamentalismus« und »Neuer Realismus« beschrieben wird.²

Ende der Fortschrittsillusion?

An dieser Stelle böte es sich an, weitere Veränderungen der Situation des heutigen Menschen, die uns hier in Deutschland wie alle Menschen in den hoch entwickelten Industrieländern und den sogenannten Schwellenländern betreffen, zu diskutieren. Das will ich nicht tun. Es sei nur darauf verwiesen, dass Autoren wie Heinz Bude und Andreas Willisch von der mit dem Ende der Epoche der Gleichheit eng verknüpften »Desillusionierung des modernen Fortschrittsglaubens« sprechen.³ Es ist, so will es scheinen, nicht mehr nur vom Ende der fordistischen Idee eines wachsenden Wohlstandes für alle mit steigender Produktivität zu reden, sondern auch vom Ende der Idee, man könne im Postfordismus die »Überflüssigen« irgendwie integrieren.

Das ist der Zusammenhang. Mit dem Ende der Fortschrittsillusion ist eben auch unsere gesellschaftliche Ordnung, die eine Ordnung des Fortschritts aller, also der Gleichheit, war, am Ende.

Wenn dem aber so ist, dann stellt sich damit die Frage nach der *Humanitas*, nach den Bedingungen der Menschlichkeit, neu (d. h. die Frage nach dem menschlichen Verhältnis) und, wie wir sehen werden, auch die Frage nach der menschlichen Natur.

Ein Lied

Sie werden kommen, der Tag ist nicht fern / Aus den verwahrlosten
Städten / Und reißen uns nachts in London und Bern / Aus den
Schlaraffia-Betten. / Wir werden erwachen – wie immer zu spät – /
Wenn sie in der Türfüllung stehen / Um erbleichend das schärfste
Küchengerät / In ihren Händen zu sehen.

O le o he! Seemannsbraut ist die See. / Sind wir erst einmal an
Bord / Treibt uns die Sehnsucht fort.

Sie werden mit langen Stangen aus Stahl / Die glänzenden
Schränke zerhaun / Um für den nächsten Cholerafall / Sich Kinder-
särge zu bauen. / Sie schleppen die toten Säuglinge mit / Und all ihre
Infektionen / Und öffnen mit einem gewaltigen Tritt / Die Türen der
Fernsehstationen.

O le o he! Seemannsbraut ist die See. / Sind wir erst einmal an
Bord / Treibt uns die Sehnsucht fort.

Gebt uns, schreien sie, die Bilder her, / Die unsere Träume besetzen
/ Die Augen sind voll, die Bäuche sind leer, / Wir waren die Al-
lerletzten. / Sie wurden im Radio Barbaren genannt, / Verbrecher,
vertierte Verführer, / Sie stecken die Galerien in Brand / Mit Werken
von Goya und Dürer.

O le o he! Seemannsbraut ist die See. / Sind wir erst einmal an
Bord / Treibt uns die Sehnsucht fort.

Schon leben sie unter den Städten versteckt / In Tunneln und U-
Bahn-Schächten. / Tagtäglich wird eine Erschießung vollstreckt / Im
Namen von Ausnahmerechten. / Europas Armee an der Küste hält
stand / Verteidigt die Reiche der Reichen / Bis zu den Augen im Dün-
ensand / Bis zu den Bergen aus Leichen. (Wenzel/Menschling)

2 Halleh Ghorashi, siehe <http://www.perlentaucher.de/artikel/3773.html>.

3 Heinz Bude, Andreas Willisch (Hrsg.), a. a. O., Einleitung.

Die Barbarei ist längst eine Tatsache. Die Linke aber blickt nicht Richtung Strand und nicht Richtung U-Bahn-Schacht, sondern ruft sich selbst mutig zu: Sozialismus oder Barbarei. Die Linke ist blind. Das ist meine Betrübnis.

Zwischenschritt 1

Wie wird diese Veränderung unserer Situation reflektiert?

Natürlich gibt es Diskurse über die Krise der Weltwirtschaft, die Globalisierung und ihre Folgen. Prominente Ökonomen wie Joseph Stieglitz, James K. und John K. Galbraith fordern neue Regeln der Globalisierung, der Wirtschaften, der Unternehmen.

Es gibt den Diskurs um Klima, Rohstoffe und Energie.

Seit dem Anschlag auf das World Trade Center in New York (9/11), dem wahren *Fin de siècle*, einem Augenblick, in dem mit dem universellen Erschrecken zugleich, im Moment, die Frage nach der Möglichkeit einer Weltmoral praktisch beantwortet wurde, wissen wir, dass wir wieder am Anfang der Menschheitsgeschichte stehen, nämlich vor der überall auf der Welt offenen Frage: Wie lässt sich verlässlich verhindern, dass der Mensch den Menschen umbringt?

Es gibt auch die politischen Diskurse (siehe etwa Angela Merkel und neuerlich Davos) um die Frage, wie ein neuer, verlässlicher globaler Ordnungsrahmen geschaffen werden kann.

Aktuell fällt meine Beurteilung der Aussichten, durch diese Diskurse zu brauchbaren Lösungen zu kommen, sehr pessimistisch aus. Das führt bisher alles zu nix. Das liegt vielleicht daran, dass die Politik einschließlich die der Linken (Ausnahmen: Chavez & Co.) sich als weitgehend unfähig zur *Konfrontation* mit den anderen, nicht politischen, Mächten erweisen.⁴ Als unfähig zur Abwehr der Übergriffe anderer gesellschaftlicher Bereiche auf die Politik.

Dennoch gibt es Tendenzen, neue Ordnungsrahmen zu schaffen. Good Governance, die zunehmende Setzung nichtstaatlichen Rechts usw. Aber, da hat Joseph Stieglitz wohl Recht, es ist noch ganz unklar, ob die Veränderung der Situation eher krisenhaft oder kontrolliert verlaufen wird.⁵

DIE LINKE

Die Diagnosen der Situation liegen bei den an diesen Diskursen Beteiligten nicht sehr weit auseinander. Man weiß, was schief läuft.

Merkwürdigerweise liegen auch die Grundsätze der empfohlenen Therapien nicht sehr weit auseinander. Es sind fast alles Top-down-Strategien. Werte und Prinzipien plus darauf basierende Regeln und Ordnungsrahmen. Das ist Rationalismus pur. Das heißt, man versucht die Probleme, die wir gerade dadurch heute haben, dass wir, dem Fortschrittsgedanken folgend, eine entsprechende gesellschaftliche Ordnung geschaffen hatten, mit dem Instrumentarium eben dieses Fortschrittsdenkens, nichts anderes ist der Rationalismus, zu lösen.

Ein schönes Beispiel dafür bietet DIE LINKE. Programmatisch basiert die Neugründung einmal auf der Theorie der sogenannten »Freiheitsgüter«, eigentlich auf einer politischen Ethik.

Der Mensch soll haben, was er zum Leben braucht. Es ist die alte Frage: Die Freiheit und das Leben. Aber wir wollen nicht Freiheit

4 Siehe die Texte von Heinz Dieterich oder Michel Husson: Für eine Strategie sozialer Transformation, in: Soz. Hefte Nr. 12, Dezember 2006.

5 Interview mit Joseph Stieglitz, in: Stern, 5. Oktober 2006.

oder Gleichheit oder Freiheit *und* Gleichheit. Wir wollen die Identität beider. Nach Michael Brie ist dies der Versuch, »egalitären und libertären Sozialismus« zu verbinden.

Es ist dies zweifellos eine Ordnungsvorstellung für eine andere Welt als die, die wir heute vorfinden. Man könnte es auch eine Utopie nennen, wäre da nicht ein entscheidender Mangel: Es fehlen die Ausführungsvorschriften. So bleibt es bei einer grandiosen Idee, der eine weniger grandiose Idee beigesellt wird, nämlich die, dass die Situation heute noch irgendwie zu retten sei, dass durch gewisse politische Steuerungen eine passable gesellschaftliche Ordnung zu erreichen sei, die der heutigen, wie ein Ei dem andern, gleicht, nur ohne deren negative Seiten. Das ist der Inhalt der sogenannten »Eckpunkte«, des Reformprogramms, eines Ordnungsrahmens, der die reale, heute bestehende gesellschaftliche Ordnung nicht wirklich transzendiert, sie damit nicht verlässt und eben auch so die neue, mit der Idee der Freiheitsgüter antizipierte, Ordnung nirgendwo erreicht.

Mögliche dramatische programmatische Wende?

Angesichts der sich verändernden Situation bietet ein solches Herangehen der Linken wenig Aussicht auf Erfolg.

DIE LINKE scheint aus der Teilhabe an Regierung/Reformpolitik nicht länger legitimiert. Nicht weil sie in der Regierung so schrecklich viel falsch gemacht hätte, sondern wegen der generellen Unfähigkeit jeder Regierung heute zur Konfrontation. Aber auch jede Form von Revolutionarismus dürfte ohne Legitimation sein. Um das zu verstehen, müssen wir den »blinden Fleck« der Linken etwas genauer betrachten: Vielleicht ist diese Art von Politik mit Blick auf die Unterschicht, die Armut »unwirklich«, ohnmächtig. Warum das so ist, hängt damit zusammen, dass wir als Linke die Fortschrittsillusion geteilt haben. Und dass wir keine Antwort auf die Frage nach den Bedingungen der Menschlichkeit in veränderter Situation gefunden haben.

Das war in der Zwischenkriegszeit anders. In den 20er und 30er Jahren waren für die Linke in Deutschland und Österreich gerade Fragen wichtig, die heute erneut ins Zentrum öffentlicher Debatten rücken: Gesundheit, Körperlichkeit, Hygiene, Erziehungs- und Fortpflanzungsberatung; Armutshilfe; Bildung und Kultur; Wohnung.

Solidarität und Hilfe hatten als Begriffe einen ganz andern Inhalt, als sie heute haben. Sie waren Bestandteil der linken politischen Praxis. Die *direkte* Zuwendung war politisches wie menschliches Gebot, war massenhaft unmittlere politische Praxis. Es liegt mir fern, hier irgendetwas romantisch zu verklären. Natürlich war die Sozialstruktur damals eine andere, über die Frage, ob der Klassenbegriff und der der Klassengesellschaft der Realität adäquat sei, hätte man nur gelacht. Es ging natürlich um die Verbesserung der Lage des Proletariats und eben auch um Hilfe für das Lumpenproletariat (welches freilich, wie mein Freund, der Psychologe Hans Scherner, richtig sagt, dem Proletariat, Kommunisten wie Sozialdemokraten, immer eher peinlich war). Vor allem aber fasziniert heute noch die Tatsache, wie sich progressive wissenschaftliche, technische und soziale (psychologische, medizinische, pädagogische, ökonomische, architektonische, soziologische usw.) Ideen auf eine geradezu selbst-

verständliche Art und Weise mit einem linken politischen Engagement verbanden. Intellektuelle, Schriftsteller von Rang, lasen selbstverständlich in Arbeiterbildungsvereinen, Mediziner und Sozialhygieniker bauten bis heute prägende kommunale Einrichtungen auf, Wohnungsgenossenschaften und andere Formen der Gemeinwirtschaft entwickelten sich. Theater und andere Künste fanden nicht nur ihr Publikum, sondern auch zu neuen Formen in den »roten Vierteln« der Großstädte. Pädagogische Einrichtungen und psychologische Praxen von wegweisender Neuheit wurden von Leuten initiiert und getragen, deren politische Gesinnung fraglos eine linke war.

Nazidiktatur und Krieg haben all dem bei uns ein Ende bereitet. Und in beiden deutschen Staaten erschöpfte sich der im Nachkriegsdeutschland zweifellos vorhandene Impetus, daran anzuknüpfen, rasch. Die Wohlstandsgesellschaft dort sorgte für ein Ende der Not und hier, im Osten, war die Sache für die Führung mit der Beseitigung der klassischen proletarischen und kleinbürgerlichen Existenznöte (Hunger, Krankheit, Alter, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit) spätestens zu Beginn der 70er Jahre auch erledigt. Und nicht nur für die Führung, möchte ich hinzufügen.

Eine neue Situation trat für die Linke mit der Wende 1989 ein. Über die westdeutsche Linke dieser Zeit möchte ich nichts sagen. Die ostdeutsche Linke (Reformsozialisten wie Kommunisten) zeichnete sich nicht gerade durch ein Übermaß an Kreativität und Visionen aus. Wir waren bis 89 nicht und auch danach nie in der politischen Offensive. Wenn wir so etwas wie Handlungsfähigkeit zurückerobern konnten, dann im Widerstand, in der Solidarität mit den Opfern der Vereinigung. Das war gewiss großartig und fast als heroisch zu bezeichnen. Aber die eklatante Schwäche der Linken verkörperte ein Mann, der, sicher ein Linker, als Visionär bei der PDS so fremd war wie sonstwo in Deutschland: Rudolf Bahro. Mit dem konnten wir, außer ihm öffentlich Respekt zu zollen, nichts anfangen.

Die Kümmerer. Wann ist uns das abhanden gekommen? Es war nie im Programm der PDS. Schon das 93er Programm kannte nicht die Sorge um den konkret Einzelnen, den Schwächsten. Die »Eckpunkte« handeln davon an keiner Stelle. Diese Behauptung wird manchen Leser empören. Diese Empörung aber wäre ganz überflüssig. Ich behaupte ja nicht, dass sich die Partei PDS oder heute die Linkspartei nicht an der Basis, in Kommunen, vielfach um die Menschen in Not kümmert. Nein, wir waren die Kümmerer, sind es, wo die Mitglieder das machen, immer noch. Aber irgendwann war es der Partei selbst nicht wichtig, *was* die eigenen Leute in der »Volksolidarität« taten, sondern nur, *dass* sie da sind. Sie sollten Einfluss nehmen auf diese Organisationen und Kompetenz in die Politik der Partei einbringen. Mehr nicht. Vorfeldarbeit und Bündnisarbeit hieß das. Die Legende von der Stärke der Linkspartei im Osten wegen ihrer Vorfeldorganisationen wird selbst in neuester wissenschaftlicher Literatur kolportiert (Gero Neugebauer).

Zwischenschritt 2

Noch einmal zu dem »blinden Fleck« zurück. Nicht immer ist, so mag es scheinen, dieser verstellte Blick auf den Einzelnen und dessen Nöte für die Linke relevant. Wozu das, wenn doch die soziale

Frage gelöst scheint? Dennoch zeigt die Geschichte des real existierenden Sozialismus mit aller Klarheit, dass genau diese Blindheit, nun als kollektive Verabredung und strukturell verfestigt, den mentalen Grund der Inhumanität, der Illiberalität bildeten.

Das bedarf einer kurzen Erläuterung.

Nach wie vor konstituieren die zwei großen Ordnungserfahrungen und deren symbolische Ausdrucksformen die westlichen Kulturen: Demokratie und Diktatur. Es gibt in Deutschland für das 20. Jahrhundert zwei große Erfahrungen gesellschaftlicher Ordnung, die dem Einzelnen seine Existenz scheinbar zu sichern vermochten, wenn der Einzelne massenhaft, also das Volk, in wirtschaftliche Not zu geraten, in den Abgrund ungesicherter Existenz zu stürzen drohte. Und beide großen Ordnungserfahrungen waren totalitärer Natur. Die dritte, sehr junge Ordnungserfahrung, die der Demokratie, der Republik, führte in der Zwischenkriegszeit innerhalb eines Jahrzehnts genau in diese katastrophale Krise. Sie stand bis weit in die Nachkriegszeit genau nicht dafür, den Menschen letzte soziale Sicherheit zu geben.

Man sollte sich über das kollektive Gedächtnis der Deutschen keinerlei Illusionen machen. Die Menschen waren in der Krise immer bereit, ihren Preis der Freiheit, auch der anderer, für ihre existenzielle Sicherheit zu zahlen.

Das zeigt sich natürlich auch in den besseren Zeiten der Prosperität, ob in der Diktatur oder in der Demokratie. Besonders tragisch aber ist, welchen Anteil die Linke an dieser Geschichte hat:

»Es ist eine tragische Wahrheit der sozialistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts, dass, indem sie die als Arbeiterklasse angesprochenen Menschen nicht als die wahren Subjekte der Politik behandelte, sondern zu deren Objekten, zur (zu) mobilisierenden ›Masse‹ degradierte, sie der vollständigen Degradation durch den Faschismus und der anders gearteten jedoch in ihrer Spezifik gleichermaßen tragischen Degradation durch den Stalinismus auslieferten.«⁶

»Ich bin überzeugt davon, dass die Kommunisten, wären sie zugrunde gegangen anstatt sich zugrunde gerichtet zu haben, wegen ihres Versagens gegenüber den Schwächsten zugrunde gegangen wären.«⁷

Es ist, so scheint es, an der Zeit, aus dieser Geschichte die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Beschluss

Es ist also die bedingungslose Zuwendung zu den Schwächsten der Gesellschaft, den einzelnen Menschen hier und heute, also ein moralischer Imperativ, zum ersten Satz eines politischen Programms der neuen Linkspartei zu machen.

André Brie hat es, etwas klarer als ich es hier vermochte, unlängst so ausgedrückt: »Es geht erstens um eine Partei, die zu absolut praktischer Politik mit und für sozial benachteiligte Menschen in der Lage ist.«⁸

Wie, mögen sich manche jetzt fragen: Dazu der ganze Aufwand? Um uns zu sagen, wir sollten uns mehr um die Armen im Lande kümmern? Nun, wenn dies *politisches Programm* würde, sollte sich der Aufwand schon gelohnt haben. Es geht mir aber noch um etwas mehr und um anderes.

6 Walter Baier: »Integraler Sozialismus« und »Plurale Linke«, Manuskripte 2007.

7 Erwin Riess: Herr Groll erfährt die Welt, Espresso Verlag Berlin 1996.

8 Die Einwände: Es sind eher als rationale Einwände, als Argumente daher kommende psychologische Abwehrreaktionen. Die erste: Es gehe um Politik, nicht um Caritas, die Entscheidungen fielen auf Bundesebene usw. Die zweite: Die Selbstermächtigung zurückgesetzter Eliten durch vorgefundenes Elend sei eine schreckliche Gefahr, so was habe zur Erschießung Schleyers geführt. – Mögliche Auflösung des Konflik-

tes zwischen Lafontaine und seinen innerparteilichen Widersachern: Es ist kein Zufall, dass der Konflikt auf genau den Feldern ausgetragen wird, die oben aufgezählt werden: Wohnung, Soziales, Bildung, Kinder, öffentlicher Dienst. Die einen sagen: die konkrete Situation eines städtischen Wohnungsbauunternehmens interessiert nicht, nur Handeln aus Prinzipien sichert Glaubwürdigkeit, Stimmen, Einfluss. Die anderen sagen: Die Situation auf dem kommunalen Wohnungsmarkt muss perspektivisch gesichert werden, da helfen Prinzipien nicht weiter. Beiden gemeinsam ist, dass sie ohne jeden Zweifel in ihren Perspektiven keinen Platz für die aktuell in Wohnungsnot Befindlichen oder Obdachlosen haben. Der Konflikt würde zu einem schwachen herab gestuft, wenn die Frage der akuten Hilfe als prioritär verstanden und akzeptiert werden würde. Es ist, man sieht es sofort, eine Frage der Legitimation des jeweiligen politischen Handelns. Wer, in Regierung oder Opposition, sich entschieden, nicht aktionistisch, darauf konzentriert, akute Notlagen zu bearbeiten, dem gestattet man dann wohl auch, sich über mittel- und langfristige Lösungen sozialer Probleme Gedanken zu machen.

II. Das Ende des fossilistischen Kapitalismus

Ich habe eingangs vom Ende des fossilistischen Kapitalismus als der zweiten großen Veränderung der Situation gesprochen, die zu verstehen wir als Linke verpflichtet sind.

Das Faszinosum dieser Veränderung besteht meines Erachtens darin, dass wir herausgefordert sind, uns einerseits von unserm Jahrhundert langen Denken in den Kategorien Kohle und Öl, Wachstum und Überfluss zu verabschieden und andererseits erstmals seit Generationen einen solchen stofflich, produktivkraftseitig bedingten Epochenwechsel zu denken.

Wenn ich es richtig sehe, dann besteht eine weit reichende Übereinstimmung darin, dass wir in den nächsten drei Dekaden das »Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen« (Elmar Altvater) erleben werden. Damit ist, kurz gefasst, gemeint, dass die bisherige kapitalistische Produktionsweise auf der Nutzung fossiler Energieträger beruht und diese Ressourcen überschaubar knapp werden und damit nicht länger die Basis menschlicher Entwicklung bilden werden. Der Kampf um die noch vorhandenen fossilen Rohstoffe ist in vollem Gange, die Eroberung anderer Märkte für Kapitalverwertung ebenso. Und es findet (neben der globalen Vollendung dieser »alten« Entwicklung in China, Indien usw.) der Übergang zu einer weltweit nicht mehr auf fossilistischer Basis beruhenden Gesellschaft des Wissens und der Information, der »Energien der Zukunft« statt.

Das scheint unbestritten. Unbestritten ist auch, dass mit dieser Umwälzung, die nur noch mit der industriellen Revolution selbst vergleichbar scheint, zwei überlebenswichtige Fragen verbunden sind: *Erstens*: Wird sich dieser Prozess krisenhaft und katastrophal entwickeln oder kann er gesteuert und kontrolliert werden, friedlich und »geordnet« ablaufen? Und *zweitens* geht es um die alte Frage »Wer gewinnt und wer verliert?« Als Linke, als Sozialisten, fragen wir *drittens* nach dem Charakter der nichtfossilistischen Produktionsweise. Wird diese kapitalistisch oder sozialistisch sein?

Das also scheint der archimedische Punkt, auf den hin sich die Politik der Eliten, aber zunehmend auch der Gegeneliten weltweit, auch die deutsche Politik heute bereits orientiert. Würde es uns gelingen, als Linke die Erfahrungen, Symbolisierungen, die Ideen und praktischen Entwicklungen geistig zu erfassen, dann könnte dies auch für die neue Partei DIE LINKE programmatisch der Maßstab sein: ob sich unsere Politik in Wort und Tat als Beitrag zur Beantwortung der drei letztgenannten Fragen verstehen lassen wird oder nicht.

Hier ist eine für uns völlig neue Form des Kümmerns gefragt, die dem technisch, kulturell und sozial Neuen nachspürt wie Trüffeln. »Links« war in Umbruchszeiten und Epochenwenden nie allein eine politische Kategorie. Und die ratlose Frage »Was ist heute links?« müssen wir auf neue Art zu stellen lernen. Welche sozialen, technischen, kulturellen Innovationen sind links? Sie gewinnen dieses Prädikat aus dem Kontext, von den drei Fragen her, dem Beitrag, den die Menschen mit ihren Projekten zu deren Beantwortung leisten. Energiegenossenschaften; Die Arche in Berlin; LINUX; neue alte Dorfkerne; öffentliche Räume; Sabbaticals; ökologische Landwirtschaft; Alphabetisierung; kostenlose medizinische Hilfe; Theater,

wo längst die Kohle ausgegangen ist. Und? Was noch? Wer? Wer noch?

Eine programmatische Wende? Ein vielleicht etwas zu pathetisches Wort. Aber die radikale Hinwendung zu den Schwachen als das *Alpha* und eine klare Sicht auf den Epochenwechsel und das darin entstehende Neue als das *Omega* wären ein programmatischer Sprung von der Art: »Hic Rhodos hic salta!« Oder, um das Zitat von André Brie fortzusetzen und zugleich abzuschließen: »Zweitens (geht es – H. P.) um eine Partei, die sich nicht im Pragmatismus erschöpft, sondern unter widrigen Umständen fähig ist, zu geistigen, kulturellen und politischen Alternativen beizutragen, die über den Markt und den Kapitalismus hinausweisen.«

FRITZ KLEIN

Schicksalsjahr 1917: Wilson oder Lenin

Weichenstellung der Weltgeschichte

Historiker der ehemaligen Bundesrepublik und der DDR waren sich selten einig in ihren Urteilen über allgemeine Fragen der Geschichte. Zu den wenigen Ausnahmen gehörte die Antwort auf die Frage, welches die Zäsur sei, mit der die Zeitgeschichte beginne, die jüngste, mit der Gegenwart unmittelbar verbundene Epoche der Geschichte. Auf beiden Seiten nannte man das Jahr 1917. Die Begründungen freilich waren verschieden. Wurde 1917 im Westen als Epochenjahr betrachtet, weil der Kriegseintritt der USA deren Eintritt in die europäische und Weltpolitik markierte, in der Amerika fortan eine maßgebliche, oft dominierende Rolle spielen sollte, so war 1917 für die Historiker der DDR das Jahr der Oktoberrevolution in Russland, Beginn der Epoche des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus, wie die Formel lautete.

Die jüngst erlebte neue Weltenwende hat die Formel obsolet gemacht. Sie zwingt zu neuem Nachdenken auch über Geschichte. Hat es überhaupt Sinn, so könnte man im Zuge solchen Nachdenkens sicher fragen, eine Betrachtung über das Jahr 1917 als Betrachtung einer Weltenwende anzustellen, deren Dramatik personifiziert ist durch die Alternative Wilson oder Lenin? Ich meine ja und will versuchen, einige Überlegungen dazu anzustellen.

Der Erste Weltkrieg – die Urkatastrophe der Jahrhunderts: die Formel George Kennans ist abgenutzt durch immerwährende Wiederholung. An sie sei gleichwohl erinnert, weil sie einfach richtig ist. Neuere Forschungen haben das traditionelle Bild von der überschäumenden Begeisterung relativiert, mit der sich 1914 die Jugend der kriegführenden Länder in das blutige Abenteuer stürzte, das die alte Welt so gründlich zerstören sollte. Dennoch ist festzuhalten, dass es diese Begeisterung in einem nie wiederholten, für den kritischen Betrachter im Nachhinein schwer verständlichen und immer wieder erklärungsbedürftigen Umfang gegeben hat. Sie hielt nicht lange an, wich zunehmender Ernüchterung im Jahre 1915 und schlug um im Laufe des Jahres 1916 in einen Zustand wachsender Kriegsmüdigkeit. In diesem Jahr traten Veränderungen im fortschreitenden Prozess der »Katastrophe« ein, die etwas genauer zu betrachten sind, will man die Vorgänge von 1917 vollständig verstehen.

So leicht und so schnell, wie man anfangs dachte, wird der Krieg nicht zu gewinnen sein. Diese Einsicht bestimmte das Denken der verantwortlichen Politiker und Militärs. Der verzweifelte Versuch beider Seiten, vor Verdun und an der Somme, das Patt des Schützengrabenkampfes mit gigantisch gesteigertem Einsatz an Waffen,

Fritz Klein – Jg. 1924,
Prof. Dr. habil., Historiker,
Arbeitsgebiete: Vorkriegs-
imperialismus, Geschichte
des Ersten Weltkrieges,
Krieg-Frieden-Problematik,
zuletzt in UTOPIE kreativ:
Weltgeschichte im Revolu-
tionsquadrat, Heft 33/34
(Juli/August 1993)
Foto: privat

Munition und Menschen zu überwinden, scheiterte in monatelanger, massenhafter Menschenschlächtereier von bisher nie gekannten Dimensionen. Sehr viel größere, viel tiefer in viele Bereiche des zivilen Lebens eingreifende Anstrengungen zur Ausbeutung auch der letzten Reserven an Menschenkraft und ökonomischen Ressourcen mussten überall unternommen werden. Der energischeren und rücksichtsloseren Bündelung aller Anstrengungen dienten Veränderungen in den Strukturen und der Zusammensetzung der obersten Führungspositionen.

Kabinettsumbildungen gab es in Großbritannien und Frankreich, am weitestgehenden in London, wo der »Knock-out«-Politiker Lloyd George Ministerpräsident wurde, während Briand in Paris nur einige Minister wechselte. In beiden Fällen charakteristisch: die Heranziehung von Politikern der Arbeiterpartei. Briand berief Albert Thomas zum Rüstungsminister, Lloyd George begann seine Tätigkeit als Ministerpräsident mit der Organisierung einer Konferenz mit Repräsentanten der zuvor schon im Kabinett vertretenen Labour-Partei, die der erheblichen Verstärkung der Unterstützung der Regierungspolitik galt. Auch in Russland wechselte, im Laufe des Jahres sogar zweimal, das Amt des Ministerpräsidenten. Zum Zuge aber kamen nicht Vertreter des »Progressiven Blocks«, einer Gruppe von reformorientierten, gemäßigt kritischen Politikern, deren Einfluss in der öffentlichen Meinung zunahm. Der Zar stützte sich auf Politiker einer harten, reaktionären Richtung. Die Ermordung Rasputins im Dezember: ein Menetekel der Agonie des herrschenden Systems. In Deutschland erhofften sich viele vom Wechsel in der Obersten Heeresleitung die notwendige Wende. Hindenburg und Ludendorff traten an deren Spitze und griffen energisch, vor allem Ludendorff, auch in viele Bereiche des wirtschaftlichen und politischen Lebens ein.

Unter dem Eindruck der wachsenden Schwierigkeiten der Kriegführung, sowie der zunehmenden Kriegsmüdigkeit unter den Soldaten an den Fronten und der Bevölkerung in den Heimatländern, wachsender Sorge auch vor sozialen Unruhen gewann die Frage der Beendigung des Krieges, der Möglichkeiten und Bedingungen eines Friedensschlusses im Jahre 1916 an Aktualität. Diese Tendenz fand ihren spektakulären Ausdruck in dem »Friedensangebot« der Mittelmächte vom 12. Dezember. Um den Gräueln des Krieges ein Ende zu machen, so ließen die Regierungen in Berlin und Wien die Kriegsgegner wissen, schlugen sie vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Initiator der Aktion war die Wiener Regierung, die die innere Situation der Doppelmonarchie wie auch die Aussichten für die Fortführung des Krieges überaus pessimistisch beurteilte. Auch sie aber, viel weniger die Verantwortlichen in Deutschland, war nicht bereit, auf Kriegsziele zu verzichten, die nicht bei Verhandlungen, sondern nur im Falle eines entscheidenden Sieges durchgesetzt werden konnten. Die prompte Ablehnung der Alliierten, die ihrerseits nicht bereit waren, sich auf einen Kompromissfrieden einzulassen, ersparte es den Mittelmächten, die Unvereinbarkeit von proklamierten und tatsächlich verfolgten Zielen zu offenbaren.

Nicht nur Kriegsmüdigkeit, aber und die wachsenden inneren Schwierigkeiten einer erfolgreichen Kriegführung ließen das Friedenthema stärker in den Vordergrund treten. Immer nachhaltiger

drängte die Politik eines am Krieg bisher nicht beteiligten großen Landes in diese Richtung, der Vereinigten Staaten von Amerika. Präsident der USA war seit 1913 der Demokrat Woodrow Wilson, geboren 1856 als Sohn eines Pfarrers, studierter Jurist, zunächst einige Jahre tätig als Rechtsanwalt, später Professor für Rechts- und Staatswissenschaften in Princeton, Präsident dieser Elite-Universität von 1902 bis 1910, Gouverneur von New Jersey 1911 bis 1913. Kritisch in mancher Hinsicht gegenüber dem Zustand der amerikanischen Gesellschaft, die es reformierend zu verbessern galt, hatte er sich schon als Universitätspräsident um Neuerungen im Hochschulwesen bemüht und seinen Ruf als Reformers in seiner Amtszeit als Gouverneur bekräftigt. »Wir werden restaurieren, nicht zerstören. Wir werden uns mit unserem Wirtschaftssystem auseinandersetzen, wie es ist und wie es verändert werden sollte, nicht so, als ob wir ein unbeschriebenes Blatt Papier zu beschreiben hätten« sagte er in seiner Antrittsrede am 4. März 1913.¹

1 Zit. nach: Peter Schäfer:
Die Präsidenten der USA im
20. Jahrhundert, Berlin
1990, S. 78.

Unter dem Slogan »New Freedom« führte er einige politische und soziale Reformen ein (Kontrolle der Wahlfinanzierung, Unfallversicherung, Regelung der Frauen- und Kinderarbeit), gefolgt in der Anfangszeit seiner Präsidentschaft von einer Reihe wirtschaftsregulierender Gesetze, die als eine Art von Vorläufer von Franklin D. Roosevelts »New Deal« zu sehen sind. Mehr Demokratie, Einschränkung der Macht der Trusts, soziale Reformen und eine Außenpolitik, die die Rechte anderer Völker achtete: so lauteten Eckpunkte seines Programms.

Am 4. August 1914 erklärte die Wilson-Regierung die Neutralität der USA. Wilson selbst war ohne Zweifel ein überzeugter Anhänger der Neutralität. Bemerkenswerte Äußerungen schon aus den ersten Monaten des Krieges zeigen ihn als Mann weitgehender Überlegungen über umwälzende Änderungen der internationalen Beziehungen in Richtung auf eine neue Weltordnung, auf die Schaffung von Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden. In der Nachkriegsordnung, die ihm vorschwebte, würde es keine Eroberungen mehr geben, sondern Gleichberechtigung der Nationen, nationalisierte Rüstungsindustrie und einen Völkerbund, eine *association of nations*, die die Macht haben würde, *wrongdoers* zu bestrafen. Diese Ordnung, so meinte er, werde aber nur zu erreichen sein, wenn ein Friede ohne Triumph und Bestrafung geschlossen würde, in dem nicht die eine Seite der anderen ihren Willen in einem ungerechten Frieden aufzwingen, der nur eine Einladung sein werde zu künftigen Verwicklungen.

Die in einer schier endlosen Literatur bis zum heutigen Tage kontrovers diskutierte Frage der Persönlichkeit Woodrow Wilsons, seiner Motive, seiner Ehrlichkeit oder Heuchelei oder gar Verlogenheit, ist hier nicht im Detail zu besprechen. Bei allem Streit aber ist doch wohl davon auszugehen, dass die skizzierten Vorstellungen Wilsons von einer neuen Weltordnung ernst gemeint waren. Er wollte, dass die Welt den Weg ging, den er hier vordachte, eine Tatsache, die dadurch nicht einfach aus der Welt geschafft wird, dass er die Verantwortung hatte für Haltungen und Aktionen der amerikanischen Politik, die mit so hehren Prinzipien kaum vereinbar waren – um es milde auszudrücken. So hinderte seine Abneigung gegen eine

schrakenlose Macht großer Wirtschaftsverbände ihn nicht, offen zu erklären, dem Industriellen, der darauf bestehe, dass ihm der Weltmarkt zur Verfügung stehe, müsse die Fahne seines Landes folgen, und, so wörtlich, »wo es Länder mit verschlossenen Türen gibt, müssen diese eingeschlagen werden«. Wiederholte Interventionen amerikanischer Streitkräfte in verschiedenen Staaten Mittelamerikas in den ersten Jahren des Weltkriegs zeigten, dass dies keine leeren Worte waren.

Wilson verfolgte den Verlauf des europäischen Krieges mit größter Aufmerksamkeit. Wenige Tage nach Kriegsbeginn übergab Botschafter Gerard in Berlin eine persönliche Botschaft des amerikanischen Präsidenten an Kaiser Wilhelm II., in der er seine guten Dienste zur Friedensvermittlung anbot. Missionarischer Eifer des Mannes, der eine Chance sah, als *arbiter mundi* die Welt der von ihm angestrebten neuen Weltordnung entgegenzuführen, der Wunsch, seinem Land, den Vereinigten Staaten von Amerika, eine größere, führende Rolle in der Weltpolitik zu sichern, wie auch handfeste ökonomische Interessen, befürchteten die Amerikaner bei längerer Kriegsdauer doch erheblichen Schaden für ihren Welthandel: all diese Motive, in schwer zu bestimmender Mischung, lagen solchen Angeboten zu Grunde. Sie wurden in der Folgezeit immer wieder erneuert und an alle großen kriegführenden Staaten gerichtet. Deren Reaktion war ablehnend. Keine der beiden Seiten war bereit, auf Kriegsziele zu verzichten, die bei einem von dem Kompromissbefürworter Wilson vermittelten Frieden nicht durchsetzbar erschienen. Wir werden keinen Frieden schließen, ehe nicht Deutschland vollständig besiegt und der preußische Militarismus beseitigt ist, war die Begründung Lloyd Georges für seine Ablehnung der Friedensvermittlung Wilsons im Jahre 1916. Im gleichen Jahr wies Reichskanzler Bethmann Hollweg den deutschen Botschafter in Washington an, alles ihm Mögliche zu tun, um eine Friedensinitiative Wilsons zu verhindern, wären doch bei einem Wilson-Frieden die deutschen Ziele in Belgien nicht zu erreichen. Programmatisch hielt Wilson bis zur Jahreswende von 1916 auf 1917 an seiner bisher gezeigten Position fest. Mit der Devise »er hielt uns aus dem Krieg heraus« gewann er im November die Wahl zu einer zweiten Amtsperiode, ging im Dezember mit seiner Friedensinitiative, der Aufforderung an die Kriegführenden, ihm als Grundlage der Friedensvermittlung ihre Kriegsziele mitzuteilen, diplomatisch in die Offensive und hielt im Januar 1917 eine flammende Rede im Senat, für einen Frieden ohne Sieg, *Peace without Victory*.

In der Wirklichkeit des Kriegsjahres 1917 freilich gab es kaum eine Chance zur Realisierung der hochfliegenden Ziele des Präsidenten. Nicht nur, dass keine der kriegführenden Seiten bereit war, auf die Durchsetzung weitgehender Kriegsziele zu verzichten. Frieden ohne Sieg: Was sollte das heißen? Hatte man so riesige, schmerzliche Opfer gebracht, um schließlich ohne den geringsten Gewinn aus dem Kampf herauszuschleichen? Vor allem aber hatte sich die Stellung der USA zu den Kriegsparteien im Laufe des Krieges geändert. Von vornherein natürlich emotional und in grundlegenden politischen Auffassungen den demokratischeren Staaten der Entente näher als dem deutschen Obrigkeitsstaat, war Amerika immer deutlicher

an die Seite der Entente gerückt. In hohem Maße war dies eine Folge ökonomischer Bedingungen. Der amerikanische Warenexport nach Europa stieg – Folge des Krieges – von 1,5 Milliarden Dollar 1914 auf mehr als vier Milliarden 1917. Dieser Anstieg kam aber fast ausschließlich den Ententestaaten zugute, zu denen traditionell engere Handelsbeziehungen bestanden und die im Krieg durch die englische Seeblockade den Export nach Mitteleuropa faktisch unmöglich machten. 2,5 Milliarden Dollar private Anleihen gingen an die Ententestaaten, nur 45 Millionen nach Deutschland.

Der Druck einflussreicher Kreise in Politik und Wirtschaft, in den Krieg an der Seite der Entente einzutreten, verstärkte sich. Politische Sympathie für die westeuropäischen Demokratien, wirtschaftliche Bindungen, aber auch der Gedanke, die USA sollten die Gelegenheit nutzen, mit ihrer überlegenen Kraft entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung einer Nachkriegswelt zu nehmen, in denen sie und nicht mehr wie seit Jahrzehnten Großbritannien die führende Weltmacht sein würden, verliehen dieser Tendenz wachsenden Nachdruck. Hinzu kam die vor allem durch die nicht unbedeutlichen Erfolge der deutschen U-Boot-Kriegführung gegen England genährte Befürchtung, das kaiserliche Deutschland werde doch den Sieg über seine Gegner erringen.

Schon im Februar 1915 hatte der deutsche Admiralstab den uneingeschränkten U-Boot-Krieg erklärt, was bedeutete, dass hinfort in den Gewässern um England, Frankreich und im Mittelmeer deutsche U-Boote jedes Handelsschiff, welcher Flagge auch immer, warnungslos, ohne vorherige Untersuchung seiner Ladung torpedieren würden. Amerikanische Proteste gegen diese Art der Kriegführung, die den amerikanischen Handel schwer treffen musste, veranlassten die Zurücknahme der Drohung. In den folgenden Jahren wurde der U-Boot-Krieg in verschiedenen Formen eingeschränkt weitergeführt. Intern freilich führten die entscheidenden militärischen und politischen Instanzen des Kaiserreichs das ganze Jahr 1916 über einen erbitterten Streit über Chancen und Gefahren des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, mit dem Ergebnis, ihn zum 1. Februar 1917 erneut zu erklären. Anders, so fürchtete man angesichts zunehmender innerer Spannungen und der ausgebliebenen Erfolge vor Verdun und an der Somme, werde der Krieg nicht zu gewinnen sein. Vollmundige Versprechungen der Marineführung, dies Mittel werde es gestatten, England binnen sechs Monaten in die Knie zu zwingen, veranlassten die Verantwortlichen, die Gefahr des von Gegnern dieser Kriegführung für diesen Fall prognostizierten Kriegseintritts der USA gering zu schätzen. Die Antwort der Vereinigten Staaten war eindeutig. Dem sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland folgte am 6. April die Kriegserklärung. »Die Welt muss für die Demokratie sicher gemacht werden«, begründete Präsident Wilson die Entscheidung.²

2 Vgl. ebenda, S. 51.

Ein weltpolitisches Ereignis, das den immer noch nicht ganz leichten Entschluss zur Kriegsbeteiligung beförderte, war der Sturz des Zarismus in der russischen Februarrevolution. Die Macht in Petrograd ging über an eine von bürgerlichen Politikern der Duma gebildete Provisorische Regierung, neben der jedoch, zunehmend einflussreich, ein Sowjet der Arbeiterdeputierten agierte. Eine, wie wir

heute sagen würden, basisdemokratische Form revolutionärer Organisation war wieder belebt, die in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907 entstanden war. Mit dem Sturz des in den USA gründlich unpopulären autokratischen Zarismus entfiel nun ein erheblicher Schönheitsfleck auf der von dem Bündnis der Entente gegen die Mittelmächte in Anspruch genommenen demokratischen Mission. Zugleich rief das revolutionäre Ereignis im unberechenbaren Russland aber auch Befürchtungen vor einem Weitertreiben der Revolution wie auch vor einer Ausbreitung revolutionärer Bestrebungen über die Grenzen Russlands hinaus hervor. Niemand konnte wissen, wie weit die Dinge in den von sozialer Unruhe gezeichneten europäischen Ländern gehen würden. Die Demokratie zu fördern gegenüber den alten Kräften der Autokratie, sie aber auch zu sichern gegen revolutionäres Ausufernd nach links: mit diesem Ziel traten die Vereinigten Staaten in den Krieg ein, betraten sie direkt die Bühne der Weltpolitik.

Einen Monat nach der Abdankung des Zaren, zehn Tage nach der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Deutschland, erreichte der Führer der bolschewistischen Partei, Lenin, auf der Rückkehr aus dem Schweizer Exil die russische Hauptstadt Petrograd. Sein Wirken im Zentrum der russischen Revolution begann mit einem Paukenschlag. Die Szene ist oft beschrieben worden. Lenin, auf dem Bahnhofsvorplatz von seinen Anhängern in einer von der Petrograder Organisation der Bolschewiki wirkungsvoll inszenierten Kundgebung jubelnd begrüßt, betritt die früher der Zarenfamilie vorbehaltenen Empfangsräume. Dort erwartet ihn eine Delegation des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats. Deren Sprecher, der Menschewik Tscheidse, begrüßt Lenin feierlich und drückt seine Hoffnung auf eine Vereinigung aller demokratischen Kräfte zur Verteidigung der Revolution aus. Lenin aber ignoriert den Redner und dessen Rede, wendet sich brüsk ab von dem Begrüßungskomitee und beglückwünscht, als stünde er in einer Massenversammlung, die siegreiche russische Revolution, die lieben Genossen, Matrosen, Soldaten und Arbeiter, als die Avantgarde der proletarischen Armee der ganzen Welt. Die Stunde sei nicht mehr fern, da auf den Ruf unseres Genossen Karl Liebknecht die Völker ihre Waffen gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter wenden werden. Begonnen habe die Morgenröte der sozialistischen Weltrevolution. Wenn nicht heute, so doch morgen werde der europäische Imperialismus zusammenbrechen. Die russische Revolution habe diesen Zusammenbruch eingeleitet und eine neue Epoche eröffnet. Am gleichen Abend entwickelte Lenin dann in einer Versammlung der Bolschewiki sein Programm. Die Hauptpunkte: keinerlei Zugeständnisse an die »revolutionäre Vaterlandsverteidigung«, so lautete die Formel, mit der die Provisorische Regierung die Fortführung des Krieges begründete. Ohne den Sturz des Kapitals sei es unmöglich, den Krieg mit einem demokratischen Frieden, ohne Eroberungen, und nicht durch einen Gewaltfrieden zu beenden. Rascher Übergang zur nächsten Etappe der Revolution, der Übernahme der Macht durch das Proletariat und die ärmsten Schichten der Bauernschaft. Keinerlei Unterstützung der Provisorischen Regierung, Kampf um die Vergrößerung des zur Zeit sehr geringen bolschewistischen Einflusses in den So-

wjets gegen alle opportunistischen Elemente. Keine parlamentarische Republik, sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten im ganzen Land, von unten bis oben. Konfiszierung der Gutsbesitzerländereien. Nationalisierung des Bodens. Kontrolle der gesellschaftlichen Produktion und ihrer Verteilung durch die Sowjets. Gründung einer neuen Internationale, gegen die Sozialchauvinisten und gegen das »Zentrum«.³

3 Vgl. W. I. Lenin: Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 3 ff.

Bei den russischen Sozialdemokraten, bis weit in die Reihen der Bolschewiki, stießen die Vorschläge Lenins auf scharfe Ablehnung, zumindest aber Unverständnis. »Unsinn eines Irren«, kommentierte ein führender Menschewik. Und selbst die bolschewistische Parteizeitung »Prawda« betonte, Lenin habe nicht im Namen der Partei gesprochen, deren Auffassungen mit den seinen nicht übereinstimmten. Der Kampf für die volle Herstellung bürgerlicher Verhältnisse, was in dem rückständigen Riesenreich nicht wenig Zeit in Anspruch nehmen würde, unerlässlich aber nach orthodoxem Marx-Verständnis von der Abfolge der Gesellschaftsformationen als Voraussetzung des Übergangs zum Sozialismus, war nach Meinung der großen Mehrheit der russischen Sozialdemokraten ihre nächste Aufgabe. Wer war dieser Mann, der da mit so arroganter Selbstsicherheit einen Führungsanspruch erhob, mit Thesen, die seine möglichen Mitstreiter nur vor den Kopf stoßen konnten?

Geboren 1870 als Sohn eines Schulinspektors in Simbirsk als Wladimir Iljitsch Uljanow – es ist nicht genau bekannt, wann und warum er das Pseudonym Lenin wählte, das er etwa seit 1910 benutzte –, studierte er Jura und arbeitete einige Jahre nach Abschluss seines Studiums als Rechtsanwalt. Kritisch gegenüber dem Zustand der Gesellschaft, die aber nicht reformierend zu verbessern, sondern seiner früh entwickelten Überzeugung nach revolutionär zu stürzen war, hatte er sich schon an der Universität an der revolutionären Studentenbewegung beteiligt, und, von der Universität Kasan relegiert, nur als Externer an der Petersburger Universität 1891 die staatlichen Prüfungen ablegen können.

In der revolutionären Bewegung Russlands dominierte in den achtziger und neunziger Jahren die Strömung der *Narodniki*, der *Volkstümmler*. Ihre Anhänger erstrebten die soziale Erneuerung der Gesellschaft, die Überwindung des auf die Gutsbesitzerklasse gestützten Zarismus durch die lebendigen Kräfte des Volkes selbst, insbesondere durch das Bauerntum. Ein Flügel der keineswegs homogenen Bewegung, die *Narodnaja Wolja*, der *Volkswille*, setzte auf den individuellen Terror gegen führende Repräsentanten des Systems. Zar Alexander II. fiel 1881 einem Attentat zum Opfer. Lenins Bruder Alexei wurde 1887 als Teilnehmer eines missglückten Bombenanschlags auf Alexander III. zum Tode verurteilt und hingerichtet. Lenin verwarf den individuellen Terror als untaugliches Mittel der revolutionären Veränderung und kritisierte die *Narodniki* wegen ihrer Orientierung auf die Bauernschaft und der Unterschätzung der Entwicklung von Kapitalismus und Arbeiterklasse als dem auch in Russland zukunftsbestimmenden gesellschaftlichen Gegensatz.

Vereinzelt entstanden in den achtziger und neunziger Jahren auch in Russland sozialdemokratische Zirkel, in denen die Schriften von Marx, Engels, Kautsky und anderen gelesen, ihre Ideen diskutiert

und eine oppositionelle Politik nach dem Vorbild der europäischen Arbeiterbewegung propagiert wurde. Lenin schloss sich diesem Teil der revolutionären Bewegung an und wurde bald einer ihrer namhaftesten Aktivisten. Verhaftet und zu drei Jahren Verbannung nach Sibirien verurteilt, emigrierte er nach Verbüßung dieser Strafe im Jahre 1900, lebte in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, kehrte in den Jahren der ersten russischen Revolution 1905 bis 1907 nach Russland zurück, emigrierte erneut und setzte im Ausland, vorwiegend in der Schweiz, sein Leben eines Berufsrevolutionärs fort bis zur endgültigen Rückkehr im April 1917.

In der um die Jahrhundertwende gegründeten sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands von Anbeginn auf dem linken Flügel, setzte er sich für die kompromisslose Orientierung auf den Sturz der herrschenden kapitalistischen Ordnung durch die sozialistische Revolution unter Führung des klassenbewussten Proletariats ein. In rigider Auslegung der einschlägigen Schriften von Marx und Engels stellte sich Lenin diese Revolution als eine internationale, eine Weltrevolution vor, deren Vorreiter die Arbeiter der kapitalistisch am weitesten entwickelten Länder sein müssten. Von einer Strömung der Bolschewiki begann man zu sprechen, seit Lenins Anhänger bei einer Abstimmung auf dem Londoner Parteitag im Jahre 1903 die Mehrheit, *bolschinstwo*, erreicht hatten, während seine Gegner, die weniger Radikalen, in der Minderheit, *menschinstwo*, blieben. Es war eine eher zufällige Entscheidung, die das tatsächliche zahlenmäßige Verhältnis der beiden Richtungen nicht widerspiegelte. Bis 1917 waren die Bolschewiki in der Partei eine Minderheit. Ohne dass die Partei sich formell spaltete, hatten sich die unterschiedlichen Strömungen bis zum Vorabend des Weltkrieges aber doch so gefestigt, dass sie zu dieser Zeit wie zwei getrennte Parteien agierten.

Einig seit ihrer Gründung in der Verurteilung des Krieges als einer Veranstaltung der herrschenden Klassen, waren die Parteien der Sozialistischen Internationale uneins über Mittel und Methoden dieses Kampfes. Lenins Position war auch in dieser Frage die der äußersten Radikalität. Sollte der Krieg zwischen den imperialistischen Mächten nicht zu verhindern sein, so sei es Pflicht der Arbeiterparteien, die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche und politische Krise zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen. So lautete die These, die auf Antrag Lenins, der von Rosa Luxemburg und dem russischen Menschewiken Martov in diesem Punkt unterstützt wurde, in eine Resolution auf dem Stuttgarter internationalen Sozialistenkongress 1907 aufgenommen wurde. Für Lenin war sein schroffer Auftritt im April 1917 nur eine logische Konsequenz dieser Forderung.

Der Krieg war für ihn eine quasi normale, unter bestimmten Umständen unvermeidliche Daseinsform der auf dem Privatbesitz an Produktionsmitteln beruhenden kapitalistischen Gesellschaft. »Der Krieg ist keine Sünde« – das Lenin-Wort war keine Beschönigung oder gar Befürwortung des Krieges. Es war Polemik gegen die in den eigenen Reihen, den Reihen der Gegner des Krieges, die nicht begriffen, dass ein dauerhafter Friede bei Fortexistenz der herrschenden Wirtschaftsordnung unmöglich ist. Ständiger Kampf um die Aufteilung der Welt unter die kapitalistischen Mächte sei die un-

4 Ebenda, Bd. 22, S. 257.

5 Ebenda, S. 194.

vermeidliche Folge von zwei Umständen: der ungezügelten Profit-sucht der Kapitalisten und der aus den je unterschiedlichsten konkreten Umständen herrührenden Ungleichmäßigkeit der Entwicklung. Ob, so lautete Lenins zugespitzte Schlussfolgerung, die so entstehenden Machtverschiebungen »rein ökonomischer Natur oder außerökonomischer (z. B. militärischer) Art sind, ist eine nebensächliche Frage«. ⁴ »Solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, (sind) imperialistische Kriege absolut unvermeidlich«. ⁵ Ein Frieden ohne Annexionen und Kontributionen sei anzustreben, der aber zwischen kapitalistischen Regierungen unmöglich sei. Nur als Waffenstillstand, als Unterbrechung, als Vorbereitung zu neuem Völkermord könne ein Frieden gelten, den die kapitalistischen Staaten, wenn der Sozialismus nicht siegt, schließen würden.

Frieden ohne Annexionen und Kontributionen: das klingt nicht viel anders als Frieden ohne Sieg, die Formel Wilsons. Ein Sieg, so hatte Wilson seinen Traum erläutert, würde einen Frieden bedeuten, der dem Verlierer zu den Bedingungen des Siegers aufgezwungen werde. Er würde in Erniedrigung akzeptiert werden, unter Zwang, als ein unerträgliches Opfer und würde einen Stachel hinterlassen, ein Ressentiment, eine bittere Erinnerung, auf der der Friede nicht dauerhaft, sondern nur wie auf Treibsand ruhen würde. Zwei Pro-pheten waren das, einander bei aller Verschiedenheit des Vokabulars inhaltlich sehr ähnlich, und, wenn man will, gleichermaßen realistisch, denkt man an den Diktatfrieden von Versailles und seine verhängnisvolle Rolle beim Übergang vom ersten Völkermord des Jahrhunderts zum nächsten.

Illusionen lagen dem Programm beider Antipoden zu Grunde. Wie ernsthaft immer Wilson die Politik des Friedens ohne Sieg angestrebt hatte, – er verlor die ursprünglich angemäße Mittlerstellung in dem Moment des Kriegseintritts der USA. Er war nun Partei, Verbündeter von Staaten, die nicht daran dachten, auf einen Sieg zu verzichten, der nichts zu tun hatte mit seinen Idealen. Kräftig wuchs zudem in Amerika der Widerstand gegen die Politik des Präsidenten. Auf einer Welle chauvinistischer Kriegsbegeisterung, die den Feind, das kaiserliche Deutschland, als Wurzel allen Übels in der Welt malte, Gegner der Kriegsbeteiligung mit scharfen Strafen bedrohte und verfolgte, gewannen die republikanischen Gegner Wilsons, die seiner Reformpolitik immer ablehnend gegenüberstanden hatten, immer größeren Einfluss. Nicht ein Frieden ohne Sieg, sondern die bedingungslose Kapitulation der Deutschen, denen die Bedingungen des Friedens im zu erobernden Berlin diktiert werden müssten: diese Konzeption gewann immer größere Unterstützung. Die Demokraten erlitten erdrutschartige Verluste in den Kongresswahlen des Jahres 1918. Paradoxe Weise war die Zurückweisung des Zuges nach Berlin durch die Verbündeten England und Frankreich ein entscheidendes Hindernis für die Realisierung so uferloser Pläne. Sie setzten sich zwar für Friedensbedingungen ein, die den ursprünglichen Vorstellungen Wilsons diametral entgegenstanden.

Nach Jahren erbitterter, blutiger und erschöpfender Kämpfe aber, wie sie die Amerikaner nicht gekannt hatten, zogen die europäischen Alliierten es aber vor, ein Kriegsende anzusteuern, in dem sie ihre Ziele durchsetzen konnten, ohne ihren Völkern das militärisch und

sozial nicht unbeträchtliche Risiko eines Marsches auf Berlin zuzumuten.

Lenins große Illusion war die Idee der Weltrevolution. Auf eine geradezu fundamentalistische, jeden Zweifel ausschließende Weise war er überzeugt, dass die Geschichte den von Marx seinem Verständnis nach vorgezeichneten Weg gehen würde: Zuspitzung der Klassegegensätze in und zwischen den kapitalistischen Staaten, Zunahme von Ausbeutung und Unterdrückung bis zu einem Grade, dass die Proletarier der Welt den unerträglich gewordenen Zwang abwerfen und sich zur revolutionären Beseitigung des herrschenden Systems zusammenschließen würden. Der Krieg mit seinem Paroxysmus von Tod, Gewalt und äußerster Zuspitzung aller Übel der herrschenden Verhältnisse konnte nach dieser Meinung nichts anderes bewirken, als das vorausgesagte Ergebnis zu beschleunigen. Tatsächlich brach die Revolution aus – aber nicht, wie gedacht, in einem der entwickelten kapitalistischen Länder, sondern im rückständigen Russland.

Orthodoxe Marxisten wie Karl Kautsky begrüßten den revolutionären Sturz des Zarismus, den Beginn einer bürgerlich-demokratischen Entwicklung in Russland. Dass ausgerechnet in diesem Land aber der programmatisch von Sozialisten aller Richtungen erhoffte Übergang zu einer sozialistischen Umwälzung stattfinden könne, hielten sie für eine abenteuerliche Illusion. Lenin dachte anders. Dass das unentwickelte Russland Vorreiter der sozialistischen Revolution sein würde, war auch ihm grundsätzlich eine fremde Vorstellung. Nur der *Beginn* einer Reihe von Revolutionen, die unter den vom imperialistischen Krieg geschaffenen Bedingungen unvermeidlich ausbrechen würden, sei die russische Revolution. So hieß es in der Adresse an die Schweizer Arbeiter, die Lenin unmittelbar vor der Abreise seiner Gruppe nach Petrograd schrieb.⁶ Vollkommen fern liege ihm und seinen Freunden der Gedanke, das russische Proletariat für das ausgewählte revolutionäre Proletariat unter den Arbeitern der anderen Länder zu halten. Nicht besondere Eigenschaften, sondern lediglich die besonderen geschichtlichen Bedingungen hätten das Proletariat Russlands für eine gewisse, vielleicht sehr kurze Zeit zum Vorkämpfer des revolutionären Proletariats der ganzen Welt gemacht. Mit seinen eigenen Kräften könne es den Sieg der sozialistischen Revolution nicht vollenden.

Zwei Dinge hinderten Lenin, aus so klarer Einschätzung der riesigen Schwierigkeiten für die russische Revolution vorsichtige, auf längerfristige Evolution zielende Schlussfolgerungen zu ziehen, ähnlich denen der Mehrheit der russischen Sozialisten im Frühjahr 1917: erstens der entschlossene Wille des pragmatischen Politikers zum rücksichtslosen Kampf für ein Weitertreiben der Revolution, gespeist aus der Zuversicht, dass die gesellschaftlichen Gegensätze sich weiter verschärfen würden, dass die einmal in Gang gekommene Bewegung sich weiter radikalieren werde. Schob er so die aus seinen theoretischen Überzeugungen eigentlich folgende Vorsicht beiseite, so gewann er zweitens paradoxerweise gerade aus dieser ganz dogmatisch aufgefassten Theorie die Ermutigung zum revolutionären Vorwärtsschreiten auf dem für eine sozialistische Umwälzung eigentlich so ungeeigneten Terrain. Die Aufgabe des re-

6 Ebenda, Bd. 23, S. 380 ff.

volutionären Proletariats Russlands, so verkündete Lenin in dem schon erwähnten Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter, bestünde darin, seinem, so wörtlich, »wichtigsten, seinem treuesten, seinem zuverlässigsten Bundesgenossen, dem europäischen und amerikanischen Proletariat« die Bedingungen zu erleichtern, unter denen dieser Bundesgenosse seine Kämpfe, die die entscheidenden sein würden, aufnehmen werde. Die besondere Hoffnung des weltrevolutionären Träumers richtete sich auf Deutschland. Dort, so meinte er in völliger Überschätzung gewisser Linkstendenzen, die 1916/17 in der Tat kräftiger hervortraten (Spartakus, USPD), brodele es schon in der proletarischen Masse. Die Zukunft des deutschen Sozialismus liege nicht bei Verrätern wie Scheidemann oder charakterlos Schwankenden wie Kautsky. Sie gehöre Spartakus und Liebknecht. Und dann, im Druck gesperrt: »Das deutsche Proletariat ist der treueste, zuverlässigste Verbündete der russischen und der internationalen Revolution.« Das waren keine Propagandafloskeln. Lenin sprach hier, das ließe sich zeigen an der Fortführung des Themas weit über den Sieg der Oktoberrevolution hinaus bis an sein Lebensende, eine tiefe Überzeugung aus. »Wir sind unbesiegbar, denn unbesiegbar ist die proletarische Weltrevolution« – so die letzten Worte einer Botschaft an die amerikanischen Arbeiter vom August 1918, Versicherung wie beschwörende Aufforderung, nun das Ihre zu tun, in einem. Er glaubte an die Weltrevolution – nicht ohne, wie es scheint, einen Anflug des Zweifels. Gerade die Häufung der starken Worte, der Superlative (wichtigster, zuverlässigster, treuester Verbündeter), die Bekräftigung der doch so überaus problematischen Aussage über das deutsche Proletariat mit dem ganz äußerlichen Mittel der Hervorhebung im Druck kann wohl verstanden werden als eine Andeutung, dass doch mehr Hoffnung als Sicherheit ausgedrückt wurde. Verzweifelt fast klang die düstere Prognose vom März 1918: »Wenn die deutsche Revolution nicht kommt, gehen wir unter«. Im Ganzen freilich ist unbestreitbar, dass Lenin, der ja sein ganzes Leben hindurch mit Arbeitern und Arbeiterleben kaum in Berührung kam, die soziale und politische Lage der geradezu religiös verklärten Klasse, der Arbeiterklasse im Kapitalismus, gründlich verkannte. Tatsachen wie die, dass selbst in Deutschland, dem Land mit der größten und erfolgreichsten Sozialdemokratie jener Zeit – sie stellte nach den Wahlen von 1912 die stärkste Fraktion im Reichstag –, die Mehrheit der Arbeiter nicht sozialdemokratisch wählte, und dass in der sozialdemokratischen Minderheit der deutschen Arbeiter die Linken wiederum eine Minderheit waren und blieben, hat er sich nie klargemacht und in ihren Konsequenzen nicht verstanden.

So phantastisch und fern der Realität die revolutionären Erwartungen Lenins waren, schlicht aus der Luft geholt waren sie natürlich nicht. Auch Lenin und die Bolschewiki standen ganz bewusst in der Tradition eines Jahrzehnte alten, weltweiten Kampfes sozialistischer Parteien, die ja nicht grundlos, gewiss mehr oder weniger radikal, in allen ihren Richtungen die herrschende Gesellschaft als eine Gesellschaft der Ausbeutung, der Benachteiligung der Armen und der Bevorzugung der Reichen, nicht zuletzt als eine Gesellschaft der Gewalt und der Kriege angeklagt und ihre Ersetzung durch eine

Gesellschaft der Gerechtigkeit, der Gleichheit und des Friedens gefordert hatten. Und nun war der seit langem befürchtete Krieg da und zeigte sich schlimmer, als je gedacht. Stimmen des Unmuts, ja der Verzweiflung, der zunehmenden Unzufriedenheit mit den Verhältnissen mehrten sich in allen kriegführenden Ländern, je länger der Krieg dauerte, je drückender Not und Elend wurden, je sinnloser die Menschenschlächtereien an den Fronten schien. Und für Russland traf kurzfristig die Prognose Lenins ja zu. Die revolutionäre Bewegung, die den Zaren vom Thron gestürzt hatte, ebte nicht ab. Sie radikalisierte sich in dem Maße, wie die durch diese Bewegung zur Macht gebrachten bürgerlichen und gemäßigt sozialistischen Kräfte nicht bereit waren, Schritte zur Beendigung des Krieges zu unternehmen und eine umfassende Agrarreform ins Werk zu setzen. Frieden und Land aber: das waren Forderungen, die immer größere Massen von Soldaten stellten, von Bauern, die die Herrschaft der Gutsbesitzer abschütteln wollten und vielerorts von sich aus begannen, die Ländereien der Gutsbesitzer in Besitz zu nehmen. Mit ihrer Entschlossenheit, den Krieg fortzusetzen, entsprach die Provisorische Regierung den ausdrücklichen Erwartungen der Verbündeten. Auch die Wilson-Regierung, die den Sturz des Zarismus feierlich begrüßte, teilte diese Erwartung. Die Kriegsentschlossenheit der neuen Regierung in Petrograd war ausschlaggebend für die Eile, mit der die amerikanische Diplomatie deren förmliche Anerkennung betrieb.

Nutznießler dieser Politik waren die Bolschewiki. Ihr Einfluss in den Sowjets der Arbeiter und Soldaten, zur Zeit von Lenins Ankunft nahezu marginal, stieg von Woche zu Woche. Ereignisse, wie die sinnlosen, opferreichen Offensiven der russischen Streitkräfte im Juni und Juli, die mit weiteren Rückzügen und erheblichem Terraingewinn der Mittelmächte endeten, die Niederschlagung der linken Massendemonstrationen im Juli mit dem anschließenden Verbot der Bolschewiki, das aber deren Anziehungskraft nur erhöhte, der konterrevolutionäre Putschversuch des Generals Kornilow im August, die immer weiter um sich greifenden Desertionen der Bauernsoldaten, die den Krieg satt hatten und in die heimatlichen Dörfer drängten, um dort an der Aufteilung des Gutsbesitzerlandes teilzunehmen, Hunger und Not in den Städten, Streiks, Rat- und faktische Machtlosigkeit der Regierung: mit dem plastischen Ausdruck einer »vulkanischen Eruption« hat der englische Historiker Eric Hobsbawm den Zustand Russlands im Herbst 1917 beschrieben. So wie bisher, das meinten immer mehr Menschen, könne es nicht weitergehen. Kein Zufall war es unter diesen Umständen, auch nicht abzutun als Putsch einer kleinen Schar von Verschwörern, dass diejenige Gruppe die Macht ergriff, die am besten organisiert war und die geschlossenste Vorstellung davon hatte, was jetzt zu tun war: Lenins Bolschewiki. Sofortiger Vorschlag eines demokratischen Friedens, Abschaffung des gutsherrlichen Grundeigentums, Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter, Einsetzung einer Sowjetregierung: die vier knappen Programmpunkte, mit denen das Militärkomitee des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats am 25. Oktober die Absetzung der Provisorischen Regierung und die Übernahme der Staatsgewalt verkündete, durften auf viel Zustimmung rechnen.

Schicksalsjahr 1917 – Weichenstellung der Weltgeschichte: Unter große Worte haben wir unseren Bericht über wichtige Vorgänge des Jahres 1917 gestellt. Was an diesen Vorgängen über den Tag hinaus bedeutsam war, in welcher Richtung Weichen gestellt wurden, sei abschließend kurz erörtert.

Kurzfristig wurde 1917 über wesentliche Aspekte der Beendigung des Krieges entschieden. Konnte man noch 1916 den Ausgang des Krieges für unsicher halten, so war es seit dem Anschluss der Vereinigten Staaten an das Lager der Entente nur noch eine Frage der Zeit, wann diese so außerordentlich verstärkte Partei den Krieg siegreich beenden würde. Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Brest-Litowsk im Frühjahr 1918, Ergebnis der Verhandlungen der Mittelmächte mit der Sowjetregierung, die begonnen hatten, seit diese ihre Ankündigung wahrgemacht und Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden angeboten hatte, schied eine der Großmächte aus dem Krieg aus, deren Interessen mitentscheidend gewesen waren für den Ausbruch des Krieges. Drastisch veränderte sich das internationale Kräfteverhältnis. Nirgends kam ein Frieden ohne Sieg, ohne Annexionen und Kontributionen, zustande. Der Krieg aber war zu Ende.

Für die Zeit vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum Zusammenbruch des sogenannten Realsozialismus in der Sowjetunion und den von ihr beherrschten Staaten, ist die prägende Bedeutung von 1917 unübersehbar. Da ist zunächst die Zeit von 1917 bis 1941, dem Jahr, in dem der Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion im Juni und die Kriegserklärung Hitlers an die USA im Dezember die erneute Niederlage Deutschlands vorherbestimmen – vergleichbar, wenn man will, dem Entschluss zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg 1917. Die maßlosen, die eigenen Kräfte irrational überschätzenden Kräfte des faschistischen Deutschlands wirken als Initialzündung für die Herstellung des besonderen, die Welt für Jahrzehnte dominierenden Verhältnisses der beiden Hauptakteure von 1917: der USA und der UdSSR. Verbunden seit der Oktoberrevolution durch ein Verhältnis besonders aggressiver Feindseligkeit, oft mit hysterisch diffamierender Kennzeichnung der jeweils anderen Seite, waren sie nun von dem beide bedrohenden Gegner in die Partnerschaft des Kampfes gegen ihn gezwungen. Die alle anderen Gefahren übersteigende Größe der von Deutschland ausgehenden Bedrohung veranlasste die USA wie die UdSSR zur äußersten Mobilisierung aller Kräfte, nicht zuletzt für die Entwicklung einer neuen, alle bisherigen Waffen an Vernichtungskraft übertreffenden Waffe, der Atombombe. Ihr Besitz garantierte die Ausnahmestellung der beiden Weltmächte in der Nachkriegsordnung. Partner zwischen 1941 und 1945, die auch in dieser Zeit nie vergaßen, dass sie Rivalen waren, Rivalen 1945 bis 1991, die ihre zeitweilige Partnerschaft nie völlig vergaßen, in aller Regel aber handelten, als habe es diese nie gegeben, agierten sie als Protagonisten der weltweiten Auseinandersetzung in dem durch die Oktoberrevolution 1917 geschaffenen Systemgegensatz.

Die Auseinandersetzung ist zu Ende. Was Lenin vor neunzig Jahren begann, ist gescheitert, und zwar im Wesentlichen an sich selbst. Geschaffen wurde nicht das versprochene Reich der Freien und Gleichen, sondern eine Gesellschaft der Reglementierung und des

Zwanges, die in dem Moment wie ein Kartenhaus zusammenfiel, in dem die herrschende Gewalt nicht mehr imstande, und auch nicht mehr willens war, den Willen der Mehrheit ihrer Bürger zu unterdrücken. Die immer wieder von nicht wenigen gehegten Hoffnungen auf Demokratisierung und Reform von innen schlugen fehl. Dies Scheitern sollte rückhaltlos auch anerkennen und zu verstehen versuchen, wer meint, den Aufbruch von 1917 nicht als fatalen Irrtum oder gar als Handstreich machtgieriger Gewalttäter aus der Geschichte nun aufatmend streichen zu können, wer den Versuch erklärbar findet, die so entsetzlich aus den Fugen geratene alte Welt auf ganz neue Bahnen zu führen, wer idealistische Intention ehrlicher Sozialisten, die von dem russischen Experiment vielerorts geweckten Hoffnungen auf eine bessere Welt nicht schlicht als törichte Selbsttäuschung oder Schlimmeres abtut, wer die heutzutage so wohlfeile Verteufelung von allem und jedem, was im Zeichen des Realsozialismus wo auch immer geschah, ablehnt und darauf besteht, dass es dort auch Vernünftiges, Menschliches und Bewahrenswertes gab. Überlegungen der hier angedeuteten Art können und sollen angestellt werden. Beachtung verdienen sie aber nur, wenn sie nicht dazu gebraucht werden, das grundsätzlich unerlässliche, klare Nein zu dem zu Recht untergegangenen Gesellschaftssystem zu zerreden.

Und Wilson? Mit der erklärten Absicht, die Welt sicher zu machen für die Demokratie, hatte er sein Land vor neunzig Jahren in den Krieg geführt. Kein Zweifel ist möglich am Ende dieses Jahrhunderts, dass die von Amerika und anderen großen und kleinen Staaten des Westens gelebte Demokratie sich überlegen erwiesen hat allen Formen autoritärer, diktatorischer, vormundschaftlich ausgerichteter Gesellschaftsgestaltung. Der Jubel freilich ist rasch verstummt, der das Ende der Geschichte verkündete, in dem Sinne, dass mit dem Untergang des Sozialismus das einzig wirkliche Hindernis menschlicher Fortentwicklung verschwunden, mit dem Sieg der parlamentarischen, marktwirtschaftlich organisierten Demokratie das Zeitalter gewiss nicht konfliktfreier, prinzipiell aber doch gesicherter Fortentwicklung der Menschheit angebrochen sei. »Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt«: das Diktum Erich Frieds bleibt drängende Mahnung. Das 1917 angestrebte Ziel, eine Welt des Friedens zu schaffen, ist auch heute nicht erreicht. Der Kampf gegen Krieg und Gewalt bleibt auf der Tagesordnung, in immer neuen, bedrohlicheren Dimensionen. Nicht die Sicherung von Demokratie, sondern die Ausbreitung und Festigung von Positionen wirtschaftlicher und politischer Vormachtstellung ist es, um die allzu oft tatsächlich, entgegen manch schöner Versicherung, gerungen wird. Schlecht steht es vielerorts um die Menschenrechte. Sie durchzusetzen ist – ein hoher Wert – erklärtes Ziel der Gesellschaft, in der wir leben, die freilich zugleich allzu oft meint, ökonomischen Mechanismen folgen zu müssen, die dieser Durchsetzung im Wege stehen.

Und schließlich noch ein Zitat, über das nachzudenken sich lohnt. »Auch wenn«, so hieß es in der *New York Times* vor einigen Jahren, »auch wenn das irdische Ideal des Sozialismus-Kommunismus zusammengebrochen ist, sind die Probleme geblieben, die zu lösen er angetreten war: die schamlose Ausnützung des sozialen Vorteils und die zügellose Macht des Geldes, die häufig den Gang der Dinge be-

7 Zit. nach: Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, München-Wien 1995, S. 688.

stimmen. Und falls die globale Lektion des 20. Jahrhunderts nicht wie eine heilsame Impfung wirkt, könnte sich der mächtige rote Wirbelsturm erneut zusammenbrauen«. ⁷ Alexander Solschenizyn, der diese Worte schrieb, ist über jeden Verdacht erhaben, den Wirbelsturm zurückzuwünschen. Er war ein untaugliches Mittel. Die globale Lektion aber, von der Solschenizyn spricht – hat er da nicht recht? Lenin ist gescheitert. Tag für Tag aber mehren sich weltweit die Zweifel, und mehr, an der Dauerhaftigkeit des Sieges seines Widersachers.

PETER BRANDT

Vorbildliches Leben nach dem »Prinzip links«

Hermann und Gerda Webers Erinnerungen

Hermann Weber ist – nicht anders als seine Frau Gerda, mit der er über ein halbes Jahrhundert in Liebe und geistiger Eintracht verbunden ist – eine Ausnahmeerscheinung, die aus einer anderen Epoche in die Gegenwart hineinragt. Weber, der im Jahr 2008 achtzig Jahre alt wird, macht sich in seinem jüngsten Buch fast leitmotivisch die bange Frage Heinrich Brandlers¹ zu eigen: »Bin ich verrückt, oder ist die Welt verrückt?« Es mag Hermann und Gerda Weber eine Genugtuung sein, dass nach den Exzessen des Imperialismus und der Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert sowie der globalen Entgrenzung des Marktkapitalismus an der Wende zum 21. Jahrhundert auch unter Jüngeren die Stimmen wieder zunehmen, die darauf abheben, es sei höchste Zeit, die verrückte Welt gerade zu rücken. Denn die Webers verstehen sich nach wie vor als demokratische Sozialisten in der Tradition der Arbeiterbewegung einschließlich ihres marxistischen Strangs.

Wenn die beiden autobiographischen Bücher als Erinnerungsschriften charakterisiert werden, bedarf das der Präzisierung. Beide sind ähnlich konstruiert: in einer permanenten Spannung zwischen dem im Gedächtnis Gespeicherten und daraus Aufgerufenen (wobei die Schilderungen von Gerda Weber von denen Hermanns deutlich erkennbar abgehoben werden) einerseits und dem aufgrund weit verzweigter Befragungen anderer Beteiligten und – hauptsächlich – schriftlichen bzw. fotografischen Quellenmaterials professionell Ermittelten andererseits. Dazu gehören Archivalien in erheblichem Umfang, nicht zuletzt aus dem früheren SED-Parteiarchiv², ebenso Unterlagen des legendären Privatarchivs der Verfasser, einschließlich eines breiten Spektrums von zeitgenössischen Büchern, Broschüren, Zeitschriften und Zeitungen. Es ist beeindruckend, wie die Autoren – ohne großen methodischen Begründungsaufwand, aber überzeugend in der Durchführung – gewissenhaft und geradezu akribisch an die Erforschung der eigenen Leben gehen, eingebettet in die entsprechenden gesellschaftlichen Bedingungen.

Noch etwas macht das Werk zur angenehmen Lektüre: Es ist frei von Selbstgerechtigkeit und nachträglicher Rechthaberei, bemüht sich vielmehr ohne jede Beschönigung, doch auch ohne Hass und Häme, darum, den früheren Weggefährten als Menschen gerecht zu werden, auch gerade solchen, die sich anders entschieden haben, etwa Hermann Webers Jugendfreund und politischen Gefährten Herbert Mies, den späteren DKP-Vorsitzenden. So entstehen kleine, differenzierte, sensible Porträts und beiläufige Personenbeschreibungen von großer Eindringlichkeit.

Peter Brandt – Jg. 1948, Historiker, Dr., Professor für Neuere Geschichte, Leiter des Lehrgebiets Neuere Deutsche und Europäische Geschichte der Fernuniversität Hagen sowie Direktor des Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften, Sprecher des Kuratoriums der Deutschen Gesellschaft, Foto: privat

Hermann und Gerda Weber: *Leben nach dem »Prinzip links«*. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Christoph Links Verlag Berlin 2006, 480 Seiten; ferner: Hermann Weber. In Zusammenarbeit mit Gerda Weber: *Damals, als ich Wunderlich hieß*. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten. Die SED-Parteihochschule »Karl Marx« bis 1949, Aufbau Verlag Berlin 2002, 445 Seiten; Hermann Weber: *Das Prinzip Links*. Beiträge zur Diskussion des demokratischen

Sozialismus in Deutschland 1848-1990. Eine Dokumentation, Christoph Links Verlag Berlin 1991 (zuerst Bonn 1973), 350 Seiten.

1 Heinrich Brandler (1881-1967), 1921-1923 Vorsitzender der KPD, seit 1928 mit August Thalheimer führende Gestalt der kommunistischen Dissidentengruppe KPD-Opposition.

2 Heute: Bundesarchiv – Stiftung Archiv der Partei und Massenorganisationen der DDR (SAPMO).

Ich selbst hatte, es war wohl 1971, als Student der Geschichtswissenschaft mit einem besonderen Interesse für die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, der sich anschickte, das Abschlussexamen vorzubereiten, einmal Gelegenheit, die Webers in ihrer Mannheimer Wohnung zu besuchen. Abgesehen von der genossenschaftlich-freundschaftlichen Atmosphäre und den zahlreichen einschlägigen Tipps, die ich mitnehmen durfte, erinnere ich mich vor allem daran, dass buchstäblich alle Zimmer einschließlich der Flure mit reichlich bestückten Bücherregalen voll gestellt waren. Der Name Hermann Weber war mir schon seit Mitte der 60er Jahre ein Begriff – ich war als Gymnasiast Mitglied der »Falken« und gesellte mich dort einem trotzkistischen Zirkel zu. Webers kritische, informative, aber nicht im bürgerlichen Sinn antikommunistischen Veröffentlichungen über den deutschen und den Weltkommunismus fanden in mir schon damals einen aufmerksamen Leser.

Hermann Weber wurde in eine Mannheimer Arbeiterfamilie hinein geboren und sympathisierte schon als Knabe mit der seit Frühjahr 1933 illegalen KPD, für die der Vater dann anderthalb Jahre im Gefängnis saß. Als sechzehnjähriger Zögling einer Lehrerbildungsanstalt verweigerte Hermann Weber die »freiwillige« Meldung zur Waffen-SS und musste daraufhin in einem Großbetrieb, dann als Straßenbahnkontrolleur arbeiten. Nach dem Ende der NS-Herrschaft schien es ihm selbstverständlich, ein aktives Mitglied der wieder zugelassenen KPD zu werden, die ihm das Gegenteil von dem zu repräsentieren schien, was er mit einer Mischung aus Klassenbewusstsein und radikal-humanistischer Gesinnung an der untergegangenen Diktatur verabscheute. Der Antifaschismus blieb für Weber wie für viele andere trotz zunehmenden Widerstrebens gegen die »Linie« und die Verhaltensweisen »der Partei« das wichtigste Motiv, gegenüber der KPD Loyalität zu bewahren. Die Sozialdemokratie kam damals für junge Kommunisten als Alternative meist nicht in Betracht, auch wenn sie eigenständig dachten.

Vom Herbst 1947 bis zum Herbst 1949 besuchte der junge Hermann Weber als KPD-Funktionärnachwuchs die SED-Parteihochschule »Karl Marx« in Liebenwalde bzw. in Kleinmachnow bei Berlin; die Kommunistische Partei in den drei Westzonen verstand sich und fungierte als westliche Verlängerung der 1946 allein für die Ostzone gegründeten Einheitspartei, so wie die auch in Westdeutschland entstehende FDJ eng an das ostdeutsche Pendant angebunden war. Die Zeit des Aufenthaltes auf der Parteihochschule war die Periode des definitiven Übergangs von der eher kooperativen Viermächteverwaltung und einer auf allen Seiten ambivalenten Deutschlandpolitik zur Abgrenzung, zum Kalten Krieg und zur doppelten Separatstaatsbildung (die auch die Kommunisten damals allenfalls als Provisorium akzeptieren konnten). Die SED verwandelte sich aus einer zwar letztlich kommunistisch beeinflussten, aber doch im Hinblick auf die sozialdemokratische Tradition noch relativ offene, auch für Angehörige früherer kommunistischer und linkssozialistischer Splittergruppen zugänglichen Massenpartei zu einer stalinistischen »Partei neuen Typs«. Diese Veränderung spiegelte sich im Lehrprogramm und Gemeinschaftsleben der Hochschule wider. Hermann Weber lernte etliche SED-Spitzenfunktionäre und Parteintellek-

tuelle als Vortragende und Dozenten kennen, darunter neben Ulbricht, Pieck und Grotewohl auch Veteranen wie Hermann Duncker (1874-1960) und junge Stars wie Wolfgang Leonhard, der nach Titos Bruch mit Moskau nach Jugoslawien flüchtete. Hinsichtlich seiner Mitkursanten, von denen kaum einer in die Funktionärs-Spitzenriege der SED aufstieg und etliche sich später vom Sowjetkommunismus abwandten, vermutet Weber, dass die Parteihochschule mit ihrer anfänglich relativen geistigen Offenheit noch nicht imstande war, den gewünschten Typ des Apparatschiks hervorzubringen. Trotz zunehmender Einengung der Lehre und Diskussion nutzte der »Genosse Wunderlich« den Aufenthalt auf der Hochschule zur maximalen Wissensakkumulation sowie zur Schärfung der eigenen Urteilsfähigkeit, so dass er sich bei der Rückkehr nach Mannheim schon in großer innerer Distanz zur Partei und ihrer Politik befand.

Hier setzt nur das zweite Erinnerungsbuch, »Leben nach dem Prinzip links« ein, das man auch ein Lehrbuch des Nonkonformismus nennen könnte. Hermann Weber wurde als Chefredakteur des westdeutschen FDJ-Zentralorgans »Das junge Deutschland« nach Frankfurt am Main, später nach Düsseldorf geschickt. Wegen der allzu bescheidenen Aufmachung eines inhaltlich belanglosen, kurzen Stalin-Telegramms musste er seine Abkanzelung durch den damaligen ost- und damit gesamtdeutschen FDJ-Chef Erich Honecker sowie die Herunterstufung zum Kulturredakteur hinnehmen. Weil die FDJ in der Bundesrepublik schon im Juni 1951, fünf Jahre vor der KPD, verboten wurde, arbeitete Weber jetzt illegal. Der Grund, weswegen er dabei blieb und somit oft genug Positionen vertreten musste, die er ablehnte, war – wie er glaubhaft schildert – neben der unveränderten Aversion gegen die »andere Seite der Barrikade«, das »Lager des Imperialismus«, und der Furcht vor dem Verlust der (nicht nur politischen) Heimat ein sehr privater: Er hatte auf der Parteihochschule eine Mitstudentin aus der Mark Brandenburg kennen und lieben gelernt, die im Juni 1950 nach Westdeutschland zog und dort für den »Demokratischen Frauenbund«, eine weitere Umfeldorganisation der KPD, tätig war. Beide heirateten im Folgejahr.

Unter dem Druck des Verbots bzw. der eingeschränkten Legalität (was den Frauenbund betraf) und dann namentlich angesichts der Verhaftung beider Ehepartner im März 1953 wollten die Webers den Bruch mit der KPD nicht vollziehen. Angesichts der Existenz bedrohenden Verfolgung in der jungen Bundesrepublik – Untersuchungshaft für Gerda Weber bis Dezember 1953, für Hermann Weber bis Oktober 1953, danach Arbeitslosigkeit und Gelegenheitsjobs sowie Unsicherheit über den Fortgang der beiden Strafverfahren bis ins Jahr 1958 (!) – galt es, so war man sich einig, Missverständnisse über die Motive der Abkehr vom Stalinismus zu vermeiden.

Auf den ersten rund hundert Seiten von »Leben nach dem Prinzip links« zeichnen Gerda und Hermann Weber ein anschauliches, facettenreiches Bild der kommunistischen Frontorganisationen DFD und FDJ mit ihrem damals hochgehaltenen gesamtdeutschen Anspruch und der proklamierten Zielsetzung, den Frieden zu verteidigen und die deutsche Einheit wieder herzustellen, was ihnen immer wieder auch parteilose, nicht in jedem Fall nur naive Unterstützer zuführte. Obwohl der Einfluss der KPD bei allgemeinen Wahlen, in

Gewerkschaften und Großbetrieben, bis etwa 1947/48 durchaus erheblich, stetig abnahm, war er in den frühen 50er Jahren noch nicht irrelevant, und die hektische Kampagnen-Politik, namentlich der FDJ beim beginnenden Protest gegen Wiederbewaffnungspläne, mochte zwischenzeitlich den Eindruck einer ansteigenden Welle von Massenprotesten gegen das »Adenauer-Regime« vermitteln.

Nach der Haftentlassung nahm Hermann Weber zunächst wieder am KPD-Parteileben teil, suchte jetzt aber gezielt eine Gelegenheit zur Trennung. Der Arbeiteraufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 und schon davor der Slansky-Prozess in der ČSSR hatten die letzten Anstöße gegeben. Ende Juni 1954 erreichte Weber noch die einstimmige Verabschiedung einer DDR- und UdSSR-kritischen Resolution in der kommunistischen Ortsgruppe Mannheim-Sandhofen: »ein einmaliger, fast unglaublicher Vorgang in der stalinistischen KPD des Jahres 1954«³ und ein Indiz für die mehr als vereinzelte Unzufriedenheit an der Basis der Partei. Allerdings gelang es auswärtigen Instruktoren des Parteivorstands trotzdem, den Unruhestifter zu isolieren, so dass Hermann Weber seinen Parteiausschluss bewusst provozierte.

Als er einige Monate später der SPD beitrug, war diese de facto längst eine Art Einheitspartei der Arbeiterbewegung in Westdeutschland geworden, zu der im Lauf der Jahre viele frühere Kommunisten gestoßen waren, besonders aus den früheren innerkommunistischen Oppositionsgruppen, namentlich der KPD-O (der linkssozialistischen SAP mit Otto Brenner, Willy Brandt u. a. ohnehin). 1952 beschlossen auch die Trotzlisten den Übergang zum »Entrismus«, und das hieß in Deutschland: zur Arbeit innerhalb der SPD – in der Annahme, die für die Zukunft erwartete Radikalisierung »der Massen« würde sich über diese tradierte Arbeiterpartei vollziehen und könnte nur dort auf die »richtige« Bahn gelenkt werden. Anfangs spielte zudem die Annahme eines bevorstehenden »Dritten« Weltkriegs eine Rolle.⁴ Hermann Weber musste also auch mit SPD-Parteibuch zunächst kein Sozialdemokrat im engeren, reformistischen Sinn werden, um sich richtig aufgehoben zu fühlen. Manches konnte in der Schwebelage bleiben, wobei für Weber die klare und grundsätzliche Abgrenzung vom Diktaturregime stalinistischen Typs stets ein, wenn nicht das entscheidende Kriterium war. Während der 60er Jahre wurde dann aus dem Linkssozialisten in den Reihen der SPD, nicht zuletzt unter dem Eindruck der weltpolitischen und innergesellschaftlichen Veränderungen, ein Sozialdemokrat »ganz und gar«⁵. Die treffend ausgewählte, links-pluralistische Sammlung programmatischer Texte der deutschen Sozialdemokratie seit 1848, die 1973 unter dem Titel »Das Prinzip Links« erschien, vor allem die inhaltliche Einleitung mit klarem Gegenwartsbezug, dokumentiert in gewisser Weise den Abschluss jenes geistigen Prozesses der »Sozialdemokratisierung« Hermann Webers, der von wissenschaftlichen Studien ebenso befördert wurde wie von langjährigen Erfahrungen in der Bildungsarbeit im Umfeld von Gewerkschaften und SPD sowie von journalistischen Aktivitäten (Redakteur der Falken-Zeitschrift »Junge Gemeinschaft« 1957-59).

Gerda und Hermann Weber möchten mit ihrer lebendigen und plastischen Beschreibung der »Stationen eines durchaus untypischen

3 Hermann und Gerda Weber: *Leben nach dem »Prinzip links«*, a. a. O., S. 109.

4 Der Entrismus wurde von den Trotzlisten etwa anderthalb Jahrzehnte praktiziert.

5 Hermann und Gerda Weber: *Leben nach dem »Prinzip links«*, a. a. O., S. 228.

Lebensweges zweier politisch geprägter Menschen«⁶ nicht nur eine persönliche Bilanz ziehen, sondern auch Probleme der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts veranschaulichen. Das gelingt, soweit der autobiographische Zugang das erlaubt. Eher nebenbei erhält man bestätigt, wie bescheiden die materiellen Verhältnisse auch im Westen Deutschlands in den 50er Jahren, wie autoritär Staat und Gesellschaft der frühen Bundesrepublik, gemessen an den Jahrzehnten seit den mittleren 60er Jahren, noch geprägt waren: nicht nur durch die Rekonsolidierung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, sondern auch durch das obrigkeitsstaatliche und natürlich faschistische Erbe, dabei – im Unterschied zur Diktatur der Nomenklatura in der DDR – aber selbst bei der Kommunistenverfolgung einigermaßen kalkulierbar sowie durch Verfassung und verbindliche Rechtsregeln eingehegt. Wie es den Eheleuten Weber im Osten Deutschlands ergangen wäre, lässt sich zwar nicht mit Sicherheit sagen, wenn man die Terrorprozesse mit nach »Begnadigung« langjähriger Haft in sowjetischen Straflagern gegen (bescheiden) unbotmäßige ostdeutsche und sogar führende westdeutsche Kommunisten (so Kurt Müller, immerhin stellvertretender Vorsitzender) Anfang der 50er Jahre in Rechnung stellt, muss man Schlimmes unterstellen. Es war die Zeit der letzten stalinistischen Säuberungswelle, und es galt in den neuen Volksdemokratien, »Schädlinge« bis in die Parteispitze zu entdecken. In der DDR unterblieb aus noch nicht ganz geklärten Gründen der bereits ins Auge gefasste große Schauprozess gegen prominente Westemigranten »im Dienste des Imperialismus« (»Zionisten« gleich Jüdischstämmige, »Titoisten« und »Trotzkisten«). Es gehörte zur festen Dramaturgie der in allen Ländern, auch denen außerhalb der sowjetischen Einflussphäre, bis auf die unterste Parteiebene durchschlagenden Säuberungsmaßnahmen, dass die – oftmals nur angeblichen – Abweichler nicht allein als Vertreter objektiv schädlicher Meinungen und Verhaltensweisen, sondern als »bewusste Werkzeuge der Kriegstreiber« im Westen⁷, oftmals auch als bezahlte Agenten denunziert wurden. Es lag in der Logik solcher hysterischen Hasskampagnen, dass menschliche Rücksichten irgendwelcher Art gegenüber den »feindlichen Elementen« nicht mehr in Betracht kamen.

Im Hinblick auf die Erweiterung der Kenntnisse und des Horizonts der heutigen Leserschaft sind möglicherweise noch wichtiger als die Kapitel über den parteikommunistischen Lebensabschnitt diejenigen Passagen aus »Leben nach dem »Prinzip links««, in denen die Webers als »Heimatlose Linke« und dann als Sozialdemokraten der 50er und frühen 60er Jahre in Erscheinung treten, für mich als Rezensenten besonders bewegend, weil ich – zwanzig Jahre jünger und entsprechend später im linkssozialistischen Spektrum aktiv – etliche der Personen noch kennenlernen durfte, teilweise direkt mit ihnen zu tun hatte, die in dem Buch erwähnt und gewürdigt werden.

Das betrifft, neben vielen anderen, nicht nur bekannte sozialdemokratische Politiker wie Leo Bauer⁸, Hans-Jürgen Wischnewski, Harry Ristock und Peter von Oertzen, Gewerkschafter wie Heinz Brandt⁹, Jakob Moneta und Hans Matthöfer, Wissenschaftler wie den Politologen Ossip K. Flechtheim, den Philosophen Helmut Fleischer und den Soziologen Helmut Dahmer sowie den Völkerrechtler Wolfgang

6 Ebenda, S. 11.

7 So am 22. September 1954 das »Badische Volks-echo« der KPD über Hermann Weber.

8 Leo Bauer (1912-1972) – SED-Spitzenfunktionär, 1950 verhaftet, in Moskau zum Tode verurteilt, 1955 in die Bundesrepublik entlassen.

9 Heinz Brandt (1909-1986) – SED-Funktionär, 1958 aus der DDR geflohen, 1961 dorthin entführt, 1964 freigelassen, Siehe Heinz Brandt: Ein Traum, der nicht entführbar ist, München 1967

Seiffert, den Mitstreiter aus der frühen FDJ, ferner DDR-Oppositionelle wie Wolfgang Templin und Markus Meckel. Auch weniger Prominente wie die mit Wischniewski in der Solidaritätsarbeit für den Unabhängigkeitskampf Algeriens engagierten Heinz (»Micky«) Beinert und Georg Junclas. Willy Boepple, einen von Hermann Webers politischen Ziehvätern, habe ich nie getroffen, allerdings stand ich Ende der 60er Jahre in enger Verbindung mit seinem Sohn Lothar Boepple und dessen Freund Erwin Bürckmann, Betriebsrat bei Daimler-Benz. Nicht zufällig gehörte die Mehrzahl der Genannten zumindest zeitweise zur Mitgliedschaft oder zum engeren Sympathisantenkreis der deutschen Sektion der IV. (trotskistischen) Internationale, eines kleinen, aber nicht ganz einflusslosen, halb konspirativen organisatorischen Netzes auf der sozialistischen Linken, sofern diese nicht von der KPD bzw. DKP beeinflusst war.

Daneben gab es etliche weitere, ideologisch weniger festgelegte Gruppierungen und Einzelpersonen, ganz selbständige oder auf dem linken Flügel der SPD und der Gewerkschaften, namentlich in der Bildungsarbeit, in Jugendverbänden wie den »Falken« und den »Naturfreunden« und im SDS, dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund, dann, nach dessen Exkommunikation durch die SPD 1961, auch im SHB, dem Sozialdemokratischen Hochschulbund. Es fehlte dieser Linken der 50er, frühen und mittleren 60er Jahre zwar die Schubkraft des kulturrevolutionären Aufbegehrens größerer Teile einer Studenten- und (darüber hinaus) Jugendgeneration, doch hatte sie alles in allem ein realistischeres Verhältnis zu den politischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Epoche nach 1945. Jedenfalls mokieren sich Gerda und Hermann Weber zu Recht über die Vorstellung, eine relevante Linke sei im westlichen Nachkriegsdeutschland erst mit der Studentenrevolte von 1967/68 entstanden.

Die interessierte Öffentlichkeit kennt Hermann Weber als DDR- und Kommunismusexperten, als »Nestor der deutschen Kommunismusforschung«, so das von Weber halb stolz, halb amüsiert zitierte Etikett. Beinahe selbstverständlich die Mitgliedschaft in wichtigen fachwissenschaftlichen und öffentlichen Gremien, so der beiden Enquête-Kommissionen des Bundestags zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Gründe, auf eine solche Lebensleistung stolz zu sein, gibt es zuhauf: In der Rekordzeit von elf Jahren schaffte Hermann Weber den Aufstieg vom Begabtenabitur zur ordentlichen Professur für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität der Heimatstadt Mannheim – und das parallel zu eigener Forschungs- und Lehrtätigkeit an verschiedenen Hochschulen. Als er in die akademische Karriere startete, gefördert von Erich Matthias und anderen Wohlwollenden, hatte er schon mehrere einschlägige Bücher und eine Fülle von Aufsätzen bzw. Artikel veröffentlicht. In Mannheim baute Hermann Weber später den »Arbeitsbereich DDR« auf, vielleicht das wichtigste und effektivste Zentrum der empirischen DDR-Forschung in der Bundesrepublik. Widersinnigerweise wurde der Arbeitsbereich einige Jahre nach der Emeritierung Webers noch das Opfer einer (wissenschaftlich irrelevanten) Affäre um die weit zurückliegende IM-Tätigkeit des damaligen Geschäftsführers für das MfS. Verständlich bleibt die doppelte Verbitterung Hermann Webers über die Auflösung der Arbeitsstelle und über missbrauchtes

Vertrauen. Eine solche wird auch deutlich in der Schilderung anderer IM-Aktivitäten im persönlich-politischen Umfeld früherer Phasen.

Anders als es die SED und ihre westdeutschen Anhänger gern suggerierten, wurden Ex-Kommunisten in der Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre keineswegs mit offenen Armen aufgenommen, wenn sie sich nicht vorbehaltlos im Kalten Krieg instrumentalisieren ließen. Und bei der politisch-pädagogischen und wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Phänomen des Kommunismus war Sachlichkeit oft weniger gefragt als grobschlächtige Pauschalverurteilung. Nun hat es ja gerade Hermann Weber nie an Schärfe der Diagnose und Eindeutigkeit des Urteils fehlen lassen, aber sein Wertmaßstab war eben nicht der eines bürgerlichen Antisozialismus, und er hält bis heute daran fest, dass man den dogmatisierten »Marxismus-Leninismus« vom authentischen Marxismus, insbesondere der von Marx begründeten Methode der kritischen Gesellschaftsanalyse, unterscheiden muss, dass sogar zwischen dem ursprünglichen Leninismus (von dem sich Weber im Lauf der 60er Jahre zunehmend distanziert) und Stalinismus ein qualitativer Unterschied auszumachen ist – Letzterer sei eine Möglichkeit des Kommunismus, aber nicht die einzige, unrevidierbare gewesen –, dass schließlich die emanzipatorische sozialistische Arbeiterbewegung, auch ihr revolutionärer Flügel, nicht mit dem staatlich etablierten Unterdrückungssystem des »real existierenden Sozialismus«, namentlich in der Periode stalinistischer Terror- und Willkürherrschaft, in eins gesetzt werden darf, auch wenn die Diktatur stets und nicht durchweg erfolglos bemüht gewesen ist, sich die internationale Arbeiterbewegung dienstbar zu machen.

In gewisser Weise ist das gesamte publizistische und wissenschaftliche Wirken Hermann Webers (sofern es dem Kommunismus galt, daneben entstanden Editionen und Darstellungen zur Gewerkschafts-, SPD- und Widerstandsgeschichte) darauf gerichtet, der Quasi-Annexion der Geschichte der modernen sozialen Bewegungen durch die Stalinisten und Poststalinisten zu widersprechen, die »Säuberung« der Vergangenheit aufzudecken und auf diese Weise einen grundlegenden, niemals aufzuhebenden Widerspruch des kommunistischen Etatismus ins öffentliche Bewusstsein zu heben. Bereits die Streitschrift von 1964: »Ulbricht fälscht Geschichte«, die den »Grundriß«¹⁰ des SED-Autorenkollektivs zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auseinander nahm und dabei u. a. das Wegretuschieren von Fotos später in Ungnade Gefallener nachweisen konnte, machte die Stärken Hermann Webers auf diesem Terrain sichtbar.¹¹ 1969 erschien als sensationelle Erstveröffentlichung das verschollene, von ihm wieder aufgefundene Protokoll des KPD-Gründungsparteitags vom Jahreswechsel 1918/19 und in demselben Jahr die Dissertation über die »Wandlung des deutschen Kommunismus« Mitte und Ende der 20er Jahre, dessen Stalinisierung. Als unter der Führung Gorbatschows endlich wieder über die Rehabilitierung ermordeter und verfolgter Kommunisten diskutiert wurde, stellte Hermann Weber eine Dokumentation der deutschen Opfer Stalins aus den Reihen der KPD mit ca. 350 Kurzbiographien zusammen, die überwiegend zu Tode kamen. Das Buch erschien 1989

10 Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1963.

11 Als der im Gefolge des »Grundrisses« 1966 erscheinende Achtbänder – (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1-8, Berlin 1966) eine korrektere Darstellung enthielt, natürlich ohne deswegen das offizielle Verständnis von »Parteilichkeit« zu tangieren, erkannte Weber das durchaus als Fortschritt an.

unter dem Titel »Weiße Flecken in der Geschichte« im (trozkistischen) ISP-Verlag, eine erweiterte Neuauflage 1990 bei Links-Druck. Diese Arbeiten, bei denen Hermann Weber die über Jahrzehnte gepflegte persönliche Bekanntschaft mit zahlreichen ehemals als kommunistischen Funktionären Aktiven zugute kam, erfüllten nicht nur ein Informationsbedürfnis, sondern trugen auch dazu bei, eine lange missachtete Gruppe von Märtyrern des Sozialismus ins Gedächtnis ihrer Bewegung wie ihres Volkes zurückzuholen und damit auch diesen Opfern ihre persönliche Würde zurückzugeben.

Nach so viel Lob zum Schluss zwei kritische Anmerkungen: Es fällt auf, dass die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik außer in sehr allgemeinen Formulierungen kaum vorkommen: seien es die Solidaritätskampagnen, vor allem für die vietnamesische FNL, die atompazifistischen Massenbewegungen am Ende der 50er und zu Beginn der 80er Jahre, das Ringen um die Notstandsgesetze und die Neue Ostpolitik, der antiautoritäre Aufruhr der späten 60er Jahre und – nicht zuletzt – die gewerkschaftlichen und spontanen Streikämpfe, so 1963 in Baden Württemberg. Schwer vorstellbar, dass das alles das politisch unverändert stark engagierte Ehepaar Weber nicht beschäftigt haben sollte. Diesbezüglich hätte man sich manchmal ausführlichere Angaben zu damaligen Reflexionen und eventuellen Interventionen gewünscht. So ist es für den unkundigen Leser sicher nicht ganz einfach, die jeweilige Position der Webers, aber auch die ihrer antistalinistisch-kommunistischen, linkssozialistischen und sozialdemokratischen Freunde nachzuvollziehen und einzuordnen, etwa in der »Unabhängigen Arbeiterpartei« von 1950/51, sowie den Zeitschriften »Der dritte Weg« von 1959-1964 und »Sozialistische Politik« von 1954-66. – Am Rande eine faktische Korrektur für die Zweitausende Auflage: Willy Brandt trat nicht am 5. April¹², sondern am 6. Mai 1974 vom Amt des Bundeskanzlers zurück. Ferner scheint mir die Formulierung etwas unglücklich und erstaunlich für Autoren, die nun wirklich wissen, wovon sie reden, bereits Karl Marx habe »Grundwerte« wie Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie propagiert¹³.

Meine zweite kritische Nachfrage bezieht sich nicht auf die vermutete Unvollständigkeit der Erinnerung bzw. der Berichterstattung, sondern auf ein Sach- und Werturteil: Hermann Webers Ablehnung der monopolbürokratischen Herrschaft im Zeichen eines »realen Sozialismus«, dem der Marxismus bzw. »Marxismus-Leninismus« als Legitimationsideologie diene, ist von mir im Wesentlichen geteilt worden. Auch in mir sah das MfS – natürlich auf viel niedrigerem Relevanzniveau – einen Vertreter »negativ-feindlicher« Auffassungen. Ich stehe insofern auf demselben Grund. Diejenigen innerhalb der westdeutschen Linken, die ihre Gegnerschaft so unmissverständlich artikulierten wie Weber, dürften sich spätestens seit 1989/90 bestätigt fühlen. Aber folgt daraus zwingend dieselbe kompromisslose Ablehnung der heutigen PDS bzw. Linkspartei und ihrer Protagonisten, wie sie in »Leben nach dem »Prinzip links«« sichtbar wird?

Zugegebenermaßen ging die PDS in den ersten Jahren nach der Wende offener und selbstkritischer mit ihrer Vergangenheit um, als das heute in der Regel geschieht. Doch Veränderungs- und Lernprozesse verlaufen oft widersprüchlich und brauchen Zeit (was gewiss

12 Hermann und Gerda Weber: *Leben nach dem »Prinzip links«*, a. a. O., S. 235 f.

13 Ebenda, S. 183.

nicht dagegenspricht, die Auseinandersetzung immer wieder einzufordern, wenn auch nicht ultimativ; das bewirkt das Gegenteil des Gewünschten). Und sind es wirklich unbedingt die Schlechtesten der einstmals bis zu 2,4 Millionen SED-Mitglieder, die dabei geblieben sind? Die durch Macht und Privilegien Korruptierten, die Zyniker und Opportunisten dürften zusammen mit der großen Schar der unterschiedlich motivierten Mitläufer in ihrer Masse schnell ausgeschieden und zu den Siegern übergelaufen sein. Zweifellos ist die PDS für einen großen Teil der älteren Mitglieder bis heute ein Verein von DDR-Nostalgikern, aber sie artikuliert gleichzeitig ein gewisses, nicht nur negativ zu bewertendes ostdeutsches Eigenbewusstsein im gesellschaftlichen Einigungsprozess Deutschlands und ebenso, vorwiegend auch, aber nicht nur im Osten, legitimen sozialen Protest, den die SPD gar nicht mehr erreicht.

Alles das bedeutet nicht, dass man sich nicht eine weniger problematische linkssozialistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland vorstellen könnte. Immerhin erfüllt die Linkspartei heute irgendwie diese Funktion, und wenn man den Wortlaut ihrer programmatischen Äußerungen zugrunde legt, scheint mir der Anspruch, einen »Demokratischen Sozialismus« zu repräsentieren, der Herrmann Weber wegen der Diskreditierung dieses Begriffs durch die SED-Vergangenheit so empört, jedenfalls nicht abwegiger als die Zuordnung des Etiketts zur SPD des Jahres 2006. Oder?

FRIEDRICH W. SIXEL

Die Zeit um 1968 in der BRD

Eine Erinnerung

Nach Gesprächen über die 68er Ereignisse in der alten BRD bin ich mehr als einmal aufgefordert worden, meine Erinnerungen daran zu Papier zu bringen. Bislang habe ich mich diesem Ansinnen immer wieder verweigert. Schließlich haben diese Ereignisse auch ihre schmerzliche Seite, jedenfalls für mich. Wie das Faktum dieser Schrift aber anzeigt, hat sich diese Weigerung gelockert. Das liegt vor allem daran, dass andere (mehr als ich) es für möglich halten, dass solche Erinnerungen, subjektiv wie sie sind, andere Mitstreiter aus jenen Jahren dazu ermuntern könnten, über ihre Erfahrungen von damals zu schreiben. Nicht selten verbindet sich damit die Hoffnung, dass dies vielleicht der politischen Linken zur Selbstaufklärung und zum Zusammenwachsen, vor allem zwischen Ost und West, verhilfe.

Friedrich W. Sixel –
Jg. 1934; Dr. phil., Professor
für Soziologie an der
Queen's University in
Kingston, Kanada; neben
zahlreichen Essays hat er
u. a. folgende Bücher veröf-
fentlicht: *Crisis and Critique*
– on the »Logic« of Late
Capitalism (1988), *Under-
standing Marx* (1995),
Nature in Our Culture –
a Study in the Anthropology
and Sociology of Knowing
(2001) (Dies auch in
Deutsch: *Die Natur in unse-
rer Kultur*, Würzburg 2003);
zuletzt in UTOPIE kreativ:
Ist es nicht an der Zeit?
Überlegungen zum Wissen
als Kapital, Heft 199
(Mai 2007).
Foto: privat

Zu meinen Erinnerungen an diese Jahre gehört auch, mir dessen bewusst zu bleiben, dass es vor allem das Scheitern unseres politisch-gesellschaftlichen Bemühens war, wie es für mich zwischen Mai und August 1968 zur Gewissheit wurde, das mein Handeln und Denken bis zum heutigen Tage erheblich beeinflusst hat. Von nicht zu überschätzender Bedeutung ist geblieben, dass dieses Scheitern mir bald vor Augen führte, wie viel erforderlich ist, um kritisch auf der Höhe eines jeweiligen Augenblicks zu sein. Hätten wir mit unserem damaligen politischen Handeln und Denken Erfolg gehabt, hätten wir eine Gesellschaft »revolutioniert«, die wir in einem erheblichen Maße anhand der Begriffe unseres Buchwissens gedanklich konstruiert hatten, die es aber so gar nicht – oder gar nicht mehr – gab. Aus Gründen, auf die ich bald eingehen werde, konnten wir mit unseren Überzeugungen gerade einmal einige Zig- oder auch Hunderttausende auf die Beine bringen, und zwar nahezu ausnahmslos Studenten. Der Rest der BRD blieb ungerührt, wenn er nicht gar gegen uns »Randalierer« war. Ihre Übermacht wurde mir eindringlich spürbar, wenn ich mit Leuten sprach, die, wie u. a. meine Eltern und Schwiegereltern, von den »Studentenunruhen« nur durch die Medien gehört hatten; ihre Vorstellungen von dem, was wirklich vorging, zu korrigieren, verlangte viel Reden.

Als ich im Herbst 1968 eingeladen wurde, an einer kanadischen Universität am Aufbau eines Departments of Sociology mitzuarbeiten, nahm ich diese Stelle an, befristete sie aber auf eine zweijährige Gastprofessur. Ich hoffte, mir damit genug Zeit eingehandelt zu haben, um die Lücke zwischen meinem Verstehen und der Wirklichkeit der westlichen Gesellschaft schließen zu können. Zwar genügten

zwei Jahre nicht für diese Aufarbeitung,¹ aber alle Versuche, in der BRD wieder eine Universitätsstelle zu finden, scheiterten; andere saßen näher an der Quelle. Es stellte sich indes heraus, dass darin auch Vorteile lagen: Man hatte in Nordamerika die treibende Kraft der Modernisierung der westlichen Gesellschaften viel dichter vor Augen als in Europa, ohne dass mir der Blick auf die BRD versperrt war. Inzwischen wandelte sich der schon vorher von uns nicht voll durchschaute »Spätkapitalismus« zum »Globalkapitalismus« (bald unscharf »Neo-Liberalismus« genannt), dessen viel größer gewordenes Einnebelungs-»kapital« sein Durchschauen noch mehr erschwert. Wohl ausgerüstet wie die herrschenden Verhältnisse nun einmal sind, verlangt ihre Veränderung heute von der Linken nicht nur einiges mehr als zuvor, sondern vor allem Neues.

Von manchen, die mich aufforderten, meine 68er-Erlebnisse zu Papier zu bringen, wird vorgeschlagen, ich solle »einfach nur erzählen, wie ich all dies erinnere«; ich solle keinen theoretisierenden Aufsatz daraus werden lassen. Das ist zwar freundlich und hilfreich gemeint, aber streng genommen gar nicht möglich. Vergangenheit wird immer in einer Gegenwart erinnert. Das bedeutet nicht unbedingt, dass man »nachher immer klüger ist als vorher«, aber es bleibt dabei, dass Fehler erst als solche erkannt werden können (nicht müssen!), *nachdem* sie gemacht worden sind. Das Erkennen von Fehlern kann zudem erst dann voller Gewissheit sein, wenn das Jetzt, aus dem heraus sie erkannt werden, so verstanden und durchschaut wird, dass man nicht in den Widersprüchen des Jetzt verfangen und umnebelt bleibt.² Erst dann kann das unvermeidlich selektive Erinnern hoffen, nicht schief zu liegen.

In den Jahren 1967/68 hatte der Bonner Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) im Verbund mit dem »Republikanischen Klub« und anderen linken Gruppierungen manche »Teach-Ins«, »Sit-Ins« und Demonstrationen inszeniert. Wir waren voller Elan, und voller Begeisterung nahm ich die Idee der Studenten auf, die Stühle unseres Instituts – ich glaube mehr als einmal – nach draußen auf den Gehweg zu stellen, um den Bürgern, die im Bonner Hofgarten flanierten, Gelegenheit zu geben, an unserem Seminar zu Problemen der Entwicklungshilfe teilnehmen zu können. Meist guckten diese jedoch nur zu, teils amüsiert, und wir hörten uns gelehrt, aber auch radikal an.

Auf einer der nicht seltenen Demonstrationen durch die Reihen schauend konnte ich mir nicht verhehlen, dass da von »Vertretern der Arbeiterklasse« nichts zu sehen war, obwohl es uns doch auch um ihre Befreiung ging! Für uns galt: Nur *mit* der Arbeiterklasse konnte es wahren Sozialismus geben. Zwar wussten wir (und besangen gelegentlich), dass »die Befreiung der Arbeiter ... nur das Werk der Arbeiter sein« könne, aber, so fragte ich mich, warum denn von ihnen keine, zumindest keine vernehmbare Resonanz zu uns herüber drang. Es war ja keineswegs unsere Erwartung, dass Studenten die gesamte Gesellschaft revolutionieren konnten; dazu konnten sie allenfalls einen Anstoß geben, und zwar aus den Widersprüchen heraus, die in ihrem gesellschaftlichen Teilbereich so deutlich greifbar waren. Diese Ungereimtheiten des Universitätsbetriebs brauchten wir bloß publik zu machen, um dadurch, so glaubten wir, auch Men-

1 Die Ergebnisse dieser Aufarbeitung sind zusammengefasst in Friedrich W. Sixel: *Crisis and Critique: On the »Logic« of Late Capitalism*, Leiden, New York 1988. Unter anderem zeigt das Erscheinungsjahr dieser Schrift an, wie viel Zeit diese Aufarbeitung beansprucht hat. Zu darüber hinaus führenden Überlegungen siehe Friedrich W. Sixel: *Die Natur in unserer Kultur*, a. a. O.

2 Dies hat Marx mehr als einmal betont; hier sei nur auf eine entsprechende Passage hingewiesen: Karl Marx: *Grundrisse*, Frankfurt (Main), Wien, o. J., S. 26.

schen in anderen Lebensbereichen zu kritischem Bewusstsein anzuregen. Gemäß der von uns angenommenen Lehren waren es weiterhin die in der Produktion ausgebeuteten Arbeiter, die die Träger der Revolution zu bleiben hatten; ihnen wollten wir Verbündete sein. Anstatt also an der nächsten Demonstration teilzunehmen, beschloss ich, in die Bonner Nordstadt, das hauptstädtische Arbeiterviertel, zu gehen, um nach den Gründen für deren Nichtbeteiligung am Klassenkampf zu forschen. Nicht selten führte das zu recht »bunten« Szenen. Als charakteristisch sind mir etliche Äußerungen haften geblieben, die sich meinem Gedächtnis nach in zwei Beispielen summieren lassen.

Ein Tankwart an einer größeren Tankstelle mit Reparaturwerkstatt beendete die durchaus »lebendige« Unterhaltung mit dem Satz (hier ins »rheinische Hochdeutsch« übersetzt): »Wenn dem Chef seine Rechnung stimmt, dann stimmt die meinige auch.« Später am Bierstresen sagte einer mehr zu einem seiner »Kumpel« als zu mir: »Das Mariechen kriegt was Kleines. Da brauchen wir ne neu Schlafzimmer. Das heißt Ratenzahlungen. Da kann ich nich streiken.« Diese Arbeiter waren genau so zum Teil des »kapitalistischen Systems« geworden, wie ich es zwei Jahre vorher in Austin/Texas³ erlebt hatte. Sowohl dort wie in Bonn wollte das Volk genau so rasant konsumieren wie es schuftete. Für dieses »System« stimmten sie immer wieder mit den Füßen ab, ob sie nun in die Maloche oder in die Kaufhalle gingen. Wir hatten da, so sah ich, mit unserem Reden von Klassenkampf und Sozialismus nicht die geringste Chance. Es war eindeutig: wir »waren nicht am Ball«, und wir wussten nicht, wieso nicht. Gewiss hatten wir Marx genau gelesen (»Kapitalschulung« nannten wir das), aber der war 1968 auch schon über 80 Jahre tot, und Lenins »Übergang vom Kapitalismus zu einer höheren Ordnung« hatte nichts zu der, wie wir sahen, trickreichen Idee der aufkommenden »Mitbestimmung«⁴ der Arbeiter in größeren Betrieben zu sagen. Aus marxistisch-leninistischen Quellen stammten aber die Grundkonzepte unseres Denkens. Die waren zwar nicht einfach falsch, aber sie langten nicht mehr. Wie im Einzelnen das »System« es geschafft hatte, Arbeiter zu integrieren und sie dadurch als Klasse »aufzuheben«, ahnten wir mehr als wir es wussten. Jedenfalls hatten wir vom »real existierenden Spätkapitalismus« keinen klaren Begriff.

Nun betrieben wir aber auch »Ideologiekritik«. Die »Frankfurter Schule« hatte bei uns mehr als nur Spuren hinterlassen. Wir sahen indes nicht, dass auch sie schon zum veralteten Eisen gehörte; hätte sie etwas zu ändern vermocht, wäre sie, wie Wahlen mit gleichen Folgen, verboten worden. Gewiss gelang uns Ideologiekritik auf mannigfaltige Weise; z. B. vermochten wir die am eigenen Leibe erlittene Ideologie der »Ordinarienuniversität« aufzudecken. Wir konnten zeigen, dass angesichts von Seminaren mit etlichen Hunderten von Studenten das Reden über die »Einheit von Lehre und Forschung« längst zur Fiktion geworden war. Aber – im Endeffekt interessierte das niemanden »draußen im Lande«, auch dann nicht, wenn wir zeigen konnten, dass eben immer mehr Geld in die Bundeswehr gesteckt wurde und nicht in die Universitäten. Selbst der »unter den Talaren« aufgestöberte »Muff von 1 000 Jahren« störte

3 Von Sept. 1965 bis Okt. 1966 hatte ich ein Postdoctoral Fellowship am Institute of Latin American Studies an der University of Texas in Austin. Im Verlauf dieses Fellowships führte ich zwischen Januar und September 1966 eine Feldforschung zum Kulturwandel der Indianer im Hochland von Guatemala durch.

4 Die »Mitbestimmung« der Arbeiter wurde schon 1951 in der westdeutschen Montanindustrie eingeführt. Erst 1976 wurde sie auf alle Betriebe mit mehr als 2 000 Arbeitnehmern ausgedehnt. Sie diente den Arbeitgebern und Kapitalhaltern im Endeffekt dazu, die Legitimationsbasis ihrer Unternehmungen zu verbreitern. Dieser Schritt wurde den Arbeitgebern noch dadurch erleichtert, dass in den zwischen Arbeit und Kapital »paritätisch« zu besetzenden Aufsichtsräten, eine der Arbeitnehmerstimmen auf einen leitenden Angestellten zu fallen hatte. Streuung und Erwerb von Aktien taten ein weiteres bei der Ko-Optierung der Arbeiter in das herrschende System der BRD.

allenfalls uns und sonst nur diejenigen, die schon 1968 eine bloß effizientere Universität à la USA haben wollten. Zwar konnten sich auch die Ordinarien nicht gut gegen »Effizienz« stellen, aber ohne Aufgabe ihres Machtmonopols war sie nicht zu haben.⁵ Reformen der Universität, wie sie später kamen, wären für uns nur faule Kompromisse gewesen, da sie am »System« nichts änderten, höchstens die Universitäten öffneten für zusätzliche konkurrenzwillige Teilnehmer an ihrem kapitalistischen Wettbewerb. Positiv ist zu vermerken, dass durch die Reformen mehr junge Menschen studieren konnten als zuvor.

Immerhin gelang es uns mit der Ideologiekritik, die wir an den Universitäten und ihren Machthabern übten, eine rapide ansteigende Zahl von Studenten zu politisieren, und zwar spätestens seit dem Winter 1967/68. Dies wurde erreicht durch »Teach-Ins«, das »Umfunktionieren« von Lehrveranstaltungen, Flugblätter, Graffiti, aber auch durch umfangreiche und wohl dokumentierte Schriften.⁶ Die Probleme der Hochschulen wurden als »Ausdruck der Widersprüche des organisierten Kapitalismus Westdeutschlands« zumindest innerhalb der Universitäten für viele plausibel. Da Studenten unter den unangemessenen Lernbedingungen unmittelbar zu leiden hatten, war dies der konkrete Ansatzpunkt zu ihrer Politisierung. Nicht wenige akzeptierten, dass es »die gesamtgesellschaftliche Aufgabe fortschrittlicher Studenten« war, den Klassenkampf, ansetzend am »Establishment« der Universitäten, in die Gesamtgesellschaft hineinzutragen. Nur sahen wir, wie gesagt, damals nicht mit der notwendigen Deutlichkeit, dass es die traditionelle Arbeiterklasse so nicht mehr gab. Unsere größeren politischen Ziele waren nicht auf der Höhe der Zeit, und das schlug auf unsere unmittelbaren Absichten bezüglich der Hochschulreform zurück; auf sie begrenzt konnte aus ihnen nichts werden. Indes hatte unsere Ideologiekritik Strömungen gestärkt, die sich unter Begriffen wie »anti-autoritär« und »anti-repressiv« subsumieren lassen. Als solche hatten sie jedoch allenfalls Folgen für die sich verstärkenden Generationenkonflikte und die oft zitierte »sexuelle Revolution«. Aber auch deren politisches Potenzial konnte schnell von der westdeutschen Gesamtgesellschaft absorbiert werden.

Was sich wenige Jahre nach 1968 zum Generationenkonflikt über die Nazi-Vergangenheit von Eltern ziemlich flächendeckend verbreitete, war innerhalb der Universitäten bei Versuchen entstanden, das habituell Autoritäre vieler Professoren zu entlarven. Nicht selten kam dabei verschwiegene Anhängerschaft (und mehr) an der Nazi-Partei zutage. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an ein stark besuchtes Teach-In – ich glaube, es war im Januar 67 –, bei dem auch etliche Professoren im Hörsaal saßen. Zwei Ereignisse erscheinen mir daran als bezeichnend.

Zum einen: Als ich in der Hitze der Auseinandersetzungen zum Katheder gehen wollte, um ein paar Worte zur Sache beizusteuern, hielt mich einer der uns Linken nahestehenden Professoren am Ärmel zurück und dies mit etwa den folgenden Worten: »Vorsicht junger Mann! Als kleiner Assistent kommen Sie bei dem hier laufenden Spiel unter die Räder.« Ich war naiv verdattert, glaubte ich doch immer noch, dass es allen an der Alma Mater vor allem um Wahrheit ging.

5 Während an amerikanischen Universitäten junge Akademiker spätestens nach der Promotion in den Lehrbetrieb aufgenommen wurden, tat sich die deutsche Ordinariuniversität sehr schwer damit, promo-vierte wissenschaftliche Assistenten auch nur mit einem Proseminar zu betrauen.

6 Als Beispiel sei hier nur auf folgende Schrift verwiesen: SDS-Gruppe Bonn (Hrsg.): Die Repressive Universität ... Die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben fortschrittlicher Studenten, Bonn 1968.

Zum andern: Einer der ob seiner Nazi-Vergangenheit bloßgestellten Professoren versuchte seinen studentischen Opponenten mit der Frage mundtot zu machen, wo er denn seine Informationen her habe. Die Antwort des Studenten: »Aus Leipzig«. Die triumphierende Reaktion des Herrn Professors war dann (ungefähr): »Na sehen Sie, da liegen Ihre trüben Quellen.« Worauf der Student meinte (wieder nur dem Sinn nach): »Hätten Sie hier sofort die Wahrheit gesagt, hätten wir nicht nach Leipzig zu fahren brauchen.«

Außer dem nicht selten gefährlichen Ernst der damaligen Auseinandersetzungen zeigte sich bei diesem Ereignis aber auch, dass wir in der DDR zumindest keinen Gegner sahen. Im Gegenteil! Der Bonner SDS machte es publik, dass wir »nicht mit denen« einig waren, »die den Sozialismus überall für gut halten, nur nicht in den sozialistischen Ländern.«⁷ Indes: Als wir auf dem Siegesmarsch zur Feier der erfolgreichen Tet-Offensive in Vietnam – es muss Januar/Februar 68 gewesen sein – nicht nur hinter roten Fahnen, sondern auch den schwarzen der Anarchie her gingen, fragte mich ein Freund voller Zweifel, ob wir schwarze Fahnen auch in der DDR hätten ausrollen können. Der Unterschied zwischen dem Sozialismus im Osten und dem von uns im Westen angestrebten wurde von uns durchaus empfunden. Seit den Zeiten des Marshall-Plans waren wir im Westen von einer Marktwirtschaft geprägt, die zu mehr Individuation führte als im Osten. Das drückte sich auf mannigfache Weise aus, z. B. in der Kleidung, in einer Reisebeweglichkeit, die von »Organisiertheit« nichts hielt, im Gebaren von Jazz- oder Rockbands, von Liedermachern etc., deren Auftreten von nichts anderem abhing als der Menge ihrer Zuhörer. So konnte sich unsere politische Oppositionshaltung schnell in spontanen, ad hoc entwickelten Formen ausdrücken, die einer Kulturrevolution zumindest nahe kamen. Eine Vielfalt neuer politischer Aktionsweisen wurde geboren, sei es bei Demonstrationen, den oft erwähnten Teach-Ins, Sit-Ins und Love-Ins; neu waren auch Graffiti oder verbale Provokationen. Wenn ich nicht irre, hat auch Rudi Dutschke auf tiefreichende Unterschiede zwischen den Vorstellungen von Sozialismus in Ost und West nicht nur auf dem Papier hingewiesen.⁸ Ich glaube mich zu erinnern, dass er bei einem Besuch in Bonn mit der Äußerung Zustimmung gewann, der Sozialismus der DDR trüge zu starke Komponenten der »asiatischen Produktionsweise« in sich.

Wie erwähnt verstärkten sich meine schon vorher aufgekommenen Zweifel am Gelingen unseres »revolutionären Kampfes« zwischen Mai und August 68 zu der Gewissheit, dass »nichts zu machen« war. Dazu trugen vor allem zwei Ereignisse bei.

Zum einen: Die durchaus massenhaft zu nennenden Demonstrationen im Mai 68 in Bonn, immer noch meist von Studenten getragen, aber auch von Einzelgruppen der Gewerkschaften, richteten sich zum einen gegen die Notstandsgesetze und stellten zum andern Solidaritätsbekundungen mit dem Kampf der Studenten und Arbeiter in Paris dar.⁹ Wieder einmal waren sie von den Medien entstellt und in ihren Teilnehmerzahlen weit heruntergespielt worden, obwohl (oder vielleicht weil) sie von massivem Polizeieinsatz bedroht wurden. Trotz der vielen Teilnehmer, in Bonn wie auch in anderen Städten, sprang von ihnen kein Funke über in die Breite der BRD-

7 Ebenda, S. 79.

8 Siehe z. B. Rudi Dutschke: Die Widersprüche des Spätkapitalismus, in: Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefevre, Bernd Rabehl (Hrsg.): Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Hamburg 1968, S. 64 ff. Dutschkes Doktorarbeit hat bekanntlich den Titel »Zur Differenz des asiatischen und westeuropäischen Weges zum Sozialismus«. Auch sei auf seine Beziehungen zu damaligen Oppositionellen in der DDR hingewiesen, z. B. zu Wolf Biermann und Robert Havemann.

9 Zu den Beziehungen zwischen Arbeitern und Studenten 1968 in Frankreich siehe Daniel und Gabriel Cohn-Bendit: Linksradikalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus, Hamburg 1968.

Bevölkerung. Es war jetzt eindeutig: Gegen die Medien und die Polizei kamen wir niemals an; sie allein schon trennten uns von den Menschen im Lande.

Zum andern: Als dann im August 68 Truppen sozialistischer Staaten dem »Prager Frühling« ein Ende bereiteten, wurde in der BRD jedes Eintreten für Sozialismus zum völlig aussichtslosen Unterfangen. Für einige von uns war aber die Einsicht, dass wir Stärke und Rückhalt des Kapitalismus nicht erklären konnten, noch weit schockierender. Der Wohlstand der Menschen um uns war als Erklärung nicht hinreichend. Wir »Randalierer« waren ja auch nicht gerade arm. Die Frage war: woher hatte der herrschende Kapitalismus seine Immunität gegen unsere Angriffe?

Meine wachsende Einsicht in die theoretische Hilflosigkeit der Linken fand dann noch zusätzliche Bestätigung in Auseinandersetzungen, wie sie in einem Arbeitskreis ausgetragen wurden, der sich mit »Revolutionären Prozessen in der Dritten Welt« befasste. Ich war der »Sprecher« dieses Arbeitskreises. Eine Skizze dieser Auseinandersetzungen mag in diesem Zusammenhang instruktiv sein.

Ich lasse hier beiseite, dass in diesem Arbeitskreis auch naive Advokaten der Entwicklungshilfe mitmachten, die nicht einmal verstanden, dass diese »Hilfe« nichts anderes war als staatlich unterstützte Selbsthilfe des international weiter expandierenden Kapitals. Aber selbst mit linken Genossen war nur schwer die Einsicht zu erarbeiten, dass wir es nach den Befreiungsbewegungen der »Dritten Welt« mit einer moderneren Art von Kapitalismus zu tun hatten als mit dem der Kolonialzeit. Die seit dem 2. Weltkrieg aufgekommene Art der Internationalisierung des Kapitals führte eine neue, in USA und Großbritannien schon vor Jahrzehnten eingeleitete Beweglichkeit des Kapitals herbei, und zwar durch eine noch größere Loskopplung des Kapitals von der Politik. Die immer mehr um sich greifende Befreiung der früheren Kolonien war im Endeffekt eine weitere Befreiung des Kapitals von politischen Fesseln. Die Staaten und Regierungen der »befreiten« Kolonien waren ja allenfalls politisch befreit, besser gesagt: die alten Kolonialherren waren jetzt die politische Verantwortung in Übersee los, so dass sich Kapitalhalter dort viel »freier«, besser: rücksichtsloser, bewegen konnten als zuvor. Nachdem in diesen ehemaligen Kolonien »demokratische« Regierungen installiert waren, konnten sich Kapitalhalter unter einem Schutz, den sie von da an nicht mehr zu finanzieren brauchten, ihrem einzigen Interesse widmen: dem am Profit. Der Begriff »Globalisierung« gehörte zwar noch nicht zu unserem Wortschatz, aber klar war einigen unter uns schon, dass dieses »neue« Kapital, neben anderen Neuerungen, die wir damals kaum erahnten,¹⁰ jetzt ein Verhältnis zur Arbeit hatte, dem weder in Theorie noch in Praxis mit Begriffen wie »Arbeiterklasse« oder »Klassenkampf« beizukommen war und auch nicht mit deren simpler »Internationalisierung.« Dass der Spätkapitalismus mit diesen Begriffen nicht in den Griff zu kriegen war, hatten wir ja auch in der BRD selbst erlebt. Dem Klassenkampf war dort die Arbeiterklasse abhanden gekommen; Klassenkampf war passé. Zudem zeigte auch das Studium der »Dritten Welt«, dass wir für die Analyse der Jetztzeit nicht hinreichend vorbereitet waren.

10 Von besonderem Gewicht war das damals weitestgehende Nichtverstehen des Wissens als Produktionskraft im Spätkapitalismus, obwohl Karl Marx schon früh auf diese für ihn zukünftige Bedeutung hingewiesen hat, siehe Marx, a. a. O., S. 587, 594. Siehe hierzu auch Friedrich W. Sixel: Ist es nicht an der Zeit? Überlegungen zum Wissen als Kapital, a. a. O.

In unserem Arbeitskreis zur »Dritten Welt« beschäftigten wir uns auch mit dem seit langem »entkolonisierten« Lateinamerika. Es kam wohl nicht von ungefähr, dass dabei auch die Rede auf Guatemala kam, wo ich 1966 Feldforschungen zum Kulturwandel der Maya-Indianer unternommen hatte. In diesem Zusammenhang führte ich mehr als einmal aus, dass die angestrebte Integration der Indianer, immerhin etwa der Hälfte der auf dem guatemalteckischen Staatsterritorium lebenden Menschen, den Bemühungen der »demokratischen« kapitalistischen Kräfte nicht gelang, dass jedoch diese Integration von der »kommunistischen« Regierung des Präsidenten Arbenz Guzman (gestürzt 1954 mit Hilfe der USA) durchaus auf den Weg gebracht worden war, indes bezeichnenderweise mehr zufällig als geplant. Seitens der »demokratischen« Machthaber ging es bei Versuchen zur Integration der Indianer, wie bei aller »Entwicklung«, darum, Menschen aus angestammten Sozialbeziehungen heraus zu lösen, um sie ohne allen Sozialverbund zu individuierten Produzenten und Konsumenten innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft zu machen. Dem widersetzten sich die Indianer jedoch damals wie heute. Aus ihnen wurde kein Proletariat, und sie führten auch keinen Klassenkampf. Ähnliches ist heutzutage auch noch anderenorts, wie z. B. in Indien, zu beobachten, wo, trotz aller »Entwicklung«, höchstens 20 Prozent der Menschen in die moderne Marktwirtschaft integriert sind. Von diesen 20 Prozent bilden die meisten allerdings ein Proletariat, wenngleich in einer globalkapitalistischen Variante.

Ein Ausweg aus ihrer keinesfalls romantisch zu verklärenden Kultur und Sozialwelt eröffnete sich den Indianern in den wenigen Jahren der Regierungszeit von Arbenz. Seine Bodenreform gab ihnen nicht nur mehr und besseres Land, sondern – und das war entscheidend – ließ die Indianer an der Durchführung der Reform als mündige Menschen *teilnehmen*. Damit begann die konkrete Integration der Indianer in Staat und Gesellschaft Guatemalas. Der Umstand, dass es vor allem junge indianische Männer waren, die, weil sie Spanisch sprachen, auf Verteilungsausschüssen zur Bodenreform mitreden konnten, und dass sie in der Tat durch ihr Mitreden den Indianern Land verschafften, führte aus der Einsperrung in die alte Kultur hinaus. Nicht die alten Männer, die verehrten Priester-Führer, brachten ein etwas reicheres Leben, sondern die jungen. Dies erschütterte die traditionelle Denkweise der Maya-Indianer an einem strategisch wichtigen Punkt, jedoch ohne dass dadurch die indianischen Dorfverbände als landbesitzende »Communidades« aufgelöst worden wären.

Weitere sozio-kulturelle Einzelheiten mögen hier für den Sozialwissenschaftler noch interessant sein, aber für uns ist jetzt wichtiger zu bemerken, dass der sozialistische Politiker Arbenz nur *tradierte* linke Sozialkenntnisse hatte (vor allem hinsichtlich der Indios), so dass sich die bei ihnen aufbrechende Kulturrevolution nur als unverhofftes Nebenprodukt ergab. Es ist sicherlich auch zu fragen, ob Arbenz diese Entwicklung hätte weiterführen können, wenn die US-kapitalistischen Kräfte nicht dazwischen gekommen wären.

Für unseren Bonner »Dritte-Welt-Arbeitskreis« war von niederdrückendem Gewicht, dass auch wir keinen praktisch konkretisierbaren Ausweg aus der damaligen Situation Guatemalas (oder ähnli-

cher Gesellschaften) erdenken konnten. Unser damaliges Theoretisieren reichte auch dort nicht. Dies addierte sich der Ohnmacht hinzu, die wir praktisch und theoretisch vis-à-vis unserer eigenen Gesellschaft empfanden. Wenn eines klar war, dann dieses: Wir kannten das sozio-politische Monstrum nicht, unter dessen Fittichen wir lebten.

Ich will nun nicht behaupten, dass die Ratlosigkeit, an der der Arbeitskreis »Revolutionäre Prozesse in der Dritten Welt« litt, auf unsere Mitstreiter in Bonn einen tiefen Eindruck gemacht hätte. Zumal nach dem August 1968 unsere »internen« Schwierigkeiten diejenigen, die wir mit der »Dritten Welt« hatten, in den Hintergrund schoben. Nicht nur verloren wir den Elan, Verzweiflung kam auf. Da wir doch alle Argumente auf unserer Seite glaubten und sogar das Wort von der »Diktatur des Arguments« geprägt worden war, musste, abgesehen von allen anderen Gründen, mit unseren Argumenten etwas nicht stimmen. Für mich wurde es zu einer unbedingt zu klärenden Frage, was wir an unserem Gegner nicht verstanden hatten.

Im Herbst 1968 nahm ich dann die oben erwähnte Einladung an, am Aufbau eines Departments of Sociology an einer kanadischen Universität mitzuarbeiten. Ich verdankte diese Einladung einem Vortrag, den ich im August 1968 auf einem internationalen Kongress in Stuttgart gehalten hatte; er betraf den Kulturwandel der Indios in Guatemala.

Hatte ich mich nun damit wie etliche andere aus der bald dahinsiehenden APO auf den »langen Marsch durch die Institutionen« gemacht? Gewissermaßen entlang der professoralen Abzweigung? Bestimmt nicht! In Nordamerika wurde mir sehr schnell klar – wahrscheinlich schneller und eindrücklicher, als mir das in der BRD gelungen wäre –, dass die Institutionen, seien es Universitäten oder andere, mich sehr viel eher umdrehen würden als ich sie. Und dies auf zwei Weisen, die sich nahezu perfekt ergänzten.

Schon wenn man der Erwartung der Universitäten entsprach und »research, research, research« trieb, war man schnell »der gemachte Mann«, vor allem, wenn man darüber auch massenhaft, wenngleich nur leicht variierend, publizierte. Entscheidend war nicht die Qualität oder gar das »Kritische« der Arbeiten, mit denen man an die Öffentlichkeit trat, sondern der Gewinn an »Profil«, den man auf dem Markt des Wissensgeschäfts für sich selbst und damit für die eigene Universität erzielte. Unter den spätkapitalistisch radikalisierten Bedingungen von Individuation und Instrumentalismus wurde mir deutlich, wie sehr die Marx'sche Vorhersage vom Wissen als einer neuen Produktionskraft, die mir bis dato entgangen war, blutausaugende Wirklichkeit geworden war. Zum Mitmachen an diesem neuen Spiel des Kapitalismus konnte man sich leicht anbieten und auch leicht darin reüssieren, passten doch institutionelles Angebot und individuelle Nachfrage wie zwei Seiten einer Münze zusammen, und dies, weiß Gott, nicht nur an den Universitäten. Auf die gesamtgesellschaftlich und individuell gewaltigen Unkosten dieses Spiels kann ich hier nicht eingehen.¹¹ Mit *meinen* Fragen jedoch, die, mit welchen Wandlungen auch immer, auf 1968 zurück gingen, konnte man nur zu Erkenntnissen kommen, die allenfalls geeignet waren, nicht nur den Universitäten, sondern den herrschenden Verhältnissen

11 Siehe hierzu Friedrich W. Sixel: Die Natur in unserer Kultur, a. a. O., insbesondere die Kapitel 1, 4 und 5.

im ganzen das Spiel zu verderben. Für diese Art von Antworten aber gab es unter den herrschenden Verhältnissen keinen Markt und kann es auch keinen geben.

In der BRD sah ich viele – gottlob nicht alle – früheren Genossen auf dem »Marsch durch die Institutionen«. Die meisten erlagen den Institutionen, wollten sie vielleicht anfangs neu gestalten, wurden aber bald von ihnen kooptiert. Sie ließen dies ähnlich mit sich geschehen wie zuvor schon die Arbeiterklasse. Institutionen wie politische Parteien gleich welcher Couleur waren vor allem zu Kanälen für Aufstiegsmobilität geworden. In der Rolle von Politikern brachten es einige wenige, meist spätere Nachfahren der 68er APO, bis nach ganz oben. Auch sie hatten es gelernt, mit dem Wissen von der Wirklichkeit, also der »Wahrheit«, auf höchst kapriziöse Weise umzugehen. So konnte man z. B. in den neunziger Jahren damit Politik machen, dass man vorgab, in Jugoslawien mit deutschen Fliegerbomben »ein Auschwitz« zu verhindern. Das war eine genauso instrumentalistische Politikerbehauptung wie die spätere, dass man Deutschland »am Hindukusch verteidige«. Wie lange wird man so noch dem Anschein nach willige Mehrheiten gewinnen?

Hier muss die Linke heute ihre Gegner erkennen und, anders als 68, deren strategische Grundlage durchschauen. Sie besteht in der Pflege und Praxis einer Ideologie, die geflochten ist aus Vereinzelnung, Instrumentalismus, fabrizierter Scheinwirklichkeit, Ersatzbefriedigung und daraus resultierenden scheinbaren, aber stets anwachsenden Bedürfnissen. Dass der Natur in uns und um uns dadurch bedrohlichst Schaden zugefügt wird, ist zwar einerseits deutlich, eröffnet aber andererseits unter der herrschenden Ideologie nur weitere Felder für gewiegte Unternehmer in Politik, Wirtschaft, Moral und Wissenschaft. Nun gibt es aber heute nicht wenige Menschen, die diesen Zusammenhang durchschauen, aber es sind derer noch mehr, die unter ihm leiden. Hieraus lässt sich linke Politik entwickeln, die der Erkenntnis und der Form nach auf der Höhe der Zeit ist. Ihr Ziel wird sein, die gespenstisch-abstrakte Scheinwelt des derzeit grassierenden Kapitalismus und ihre selbstmörderischen Unkosten »aufzuheben«.

ANDREAS FISAHN

Soziale Rechte – Normierungen im Grundgesetz und im Entwurf der EU-Verfassung

Seit Ende des Jahres 2005 wird innerhalb der Europäischen Union über ein Europäisches Sozialmodell diskutiert – wobei das Ergebnis recht bald feststand: es gibt kein einheitliches Europäisches Sozialmodell, sondern recht unterschiedliche Konzeptionen.¹ Wenn man von einem Europäischen Sozialmodell sprechen will, müsste man zusätzlich die Unterschiede des Europäischen Modells zu außer-europäischen Konzepten der sozialen Integration aufzeigen. Und es ist alles andere als ausgemacht, ob die Unterschiede zwischen beispielsweise Schweden und Griechenland oder Frankreich und Rumänien nicht ähnlich groß sind wie diejenigen zwischen Kanada und den USA oder den USA und Deutschland. Das Europäische Sozialmodell gibt es nicht, schon gar nicht als einheitliches Modell. Andererseits gibt es in den Mitgliedstaaten der EU offensichtlich sozialstaatliche Traditionen und normative Verpflichtungen auf den Sozialstaat, die allerdings unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Es gibt auch sozialpolitische Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft, die es aber (noch) nicht rechtfertigen, von einem Europäischen Sozialmodell zu sprechen. Das europäische Sozialmodell ist also eher ein normatives Gebot, denn politische Wirklichkeit, eine politische Konzeption, die es allerdings auszufüllen gilt.

Das Primärrecht der Union findet sich in den EU-Verträgen, die durch den Entwurf einer Europäischen Verfassung geändert werden sollten. Damit wurde anerkannt, dass die Union längst auf einer konstitutionellen Grundlage ruht, die die Bezeichnung Verfassung verdient. Mit dem Brüsseler Gipfel in Juni 2007 gingen die Regierungschefs wieder einen Schritt zurück und stufen das europäische Primärrecht wieder zum Vertrag herab. Das wurde als Reaktion auf die Bedenken in Frankreich und den Niederlanden verkauft, wo der Verfassungsentwurf in Volksabstimmungen abgelehnt wurde. Die Substanz der Verfassung, das wurde nach dem Gipfel vollmundig verkündet, sei aber nicht geändert worden, stehe nicht zur Disposition. Darum aber ging es den Initiatoren des Nein in den Volksabstimmungen, um die Substanz des Europäischen Primärrechts, die sich im geltenden EG-Vertrag von Nizza (EGV) ebenso findet wie im EU-Verfassungsentwurf (VerfE). Zu dieser Substanz gehört an zentraler Stelle auch die sozialstaatliche Ausrichtung der Gemeinschaft, d.h. die sozialpolitischen Bestimmungen und Kompetenzen. Um die Habenseite und Defizite in den konstitutionellen Grundlagen der Europäischen Union zu benennen, ist ein Vergleich der sozialpolitischen Vorschriften im Grundgesetz mit denen des europäischen

Andreas Fisahn – Jg. 1960, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bielefeld. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Ergebnisse der »Föderalismusreform«, Heft 194 (November 2006). Foto: privat

1 <http://www.euractiv.com/de/soziales-europa/eu-berat-europaeisches-sozialmodell/article-146385>.

Primärrechts ein erster Theoriebaustein für ein »Europäisches Sozialmodell«.

Das »Sozialmodell« des Grundgesetzes

1. Sozialstaatsgebot

Das deutsche Grundgesetz ist im Bereich des Sozialstaates ebenso offen wie im Bereich der Wirtschaftspolitik; es kommt also auf – die sich ändernden – Interpretationen und die politisch-administrativen Ausführungen an.

Die sozialrechtlichen oder sozialstaatlichen Normen im Grundgesetz sind vergleichsweise schlicht und knapp. Es gibt mit Blick auf die Zielstellungen genau zwei Vorschriften. Art. 20 Abs. 1 GG lautet: »Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat« und Art. 28 Abs. 1 GG: »Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen.«

Der soziale Bundesstaat in Art. 20 GG bezieht sich direkt auf die Ordnung der Bundes und wird meist unter der Überschrift Staatsstrukturprinzipien geführt. Der soziale Rechtsstaat in Art. 28 GG normiert auf den ersten Blick »nur« die staatliche Ordnung in den Ländern. Er wird als Homogenitätsklausel² verstanden, d. h. die staatliche Ordnung in den Ländern darf von den Ländern selbst gestaltet werden, muss aber mit Blick auf die wesentlichen Prinzipien der Ordnung des Bundes entsprechen. Die Länder müssen also ebenfalls republikanisch sein, d. h. sie dürfen sich also zumindest nicht als Monarchie organisieren. Unter Republik kann man bei einer nicht nur negativen Abgrenzung auch mehr verstehen³, was hier aber nicht diskutiert werden muss. Daraus kann man dann folgern, dass auch der Bund den Prinzipien des sozialen Rechtsstaates folgen muss, weil in dieser Beziehung Homogenität hergestellt werden soll und weil auch Art. 20 die Bindung der Staatsgewalt an Recht und Gesetz als wesentliches Element des Rechtsstaates⁴ normiert. Was ein sozialer Rechtsstaat oder sozialer Bundesstaat ist – darüber kann man dann heftig streiten und darüber ist natürlich gestritten worden. Der Streit ist aber nur im Kontext der auch wirtschaftspolitischen und eigentumpolitischen Bestimmungen des Grundgesetzes zu verstehen.

2. Wirtschaftspolitische Neutralität

Wichtig für die Ausgestaltung des homogenen sozialen Rechtsstaates sind dann entsprechende Kompetenzregelungen, also eine Kompetenz, sozialpolitische Gesetze zu verabschieden. Diese Kompetenzregelung ist im Grundgesetz ebenso schlicht, sie lautet: Art. 74 Abs. 1 GG: »Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: Nr. 12. das Arbeitsrecht einschließlich der Betriebsverfassung, des Arbeitsschutzes und der Arbeitsvermittlung sowie die Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung.«

Will sagen: in den genannten Bereichen darf der Bundesgesetzgeber aktiv werden, wird er dies nicht, dürfen die Länder eigene Regelungen treffen. Die verfassungsrechtliche Konstruktion ist allerdings umgekehrt: eigentlich sind die Länder grundsätzlich zuständig, nur in den Bereichen die dem Bund zugewiesen werden, darf er Gesetze

2 Christoph Degenhart: Staatsrecht I, Heidelberg 2006, S. 7.

3 Vgl. Günter Frankenberg: Die Verfassung der Republik: Autorität und Solidarität in der Zivilgesellschaft, Frankfurt/M. 1997, passim.

4 Zur Bedeutung des allgemeinen Gesetzes und der Gesetzesbindung immer noch grundlegend: Franz L. Neumann: Die Herrschaft des Gesetzes, Frankfurt/M. 1980, passim.

verabschieden, so im Bereich der Arbeits- und Sozialgesetzgebung.⁵ Etwas schärfer gilt das Prinzip auch zwischen Mitgliedstaaten und EU – nur wenn der Gemeinschaft ausdrücklich eine Kompetenz zugewiesen ist, kann sie Rechtsvorschriften erlassen oder in anderer Weise politisch aktiv werden.⁶ Der Bundesgesetzgeber hat von der arbeits- und sozialrechtlichen Kompetenz bekanntlich ausführlich Gebrauch gemacht. Erst durch die Gesetzgebung des Bundes hat sich möglicherweise eine bundesrepublikanisches Modell des Sozialstaates entwickelt, der im Grundgesetz nur in dürren Worten eingefordert wird.

Weil sich im Grundgesetz so wenige Vorschriften finden, muss noch eine weitere zitiert werden, die vorrangig die Verwaltungsorganisation betrifft. Art. 87 Abs. 2 GG lautet: »Als bundesunmittelbare Körperschaften des öffentlichen Rechtes werden diejenigen sozialen Versicherungsträger geführt, deren Zuständigkeitsbereich sich über das Gebiet eines Landes hinaus erstreckt.« Die Vorschrift betrifft direkt nur die Organisation der Sozialversicherungsträger auf Bundesebene – allerdings hat das BVerfG aus dem Satz »Der Bund stellt Streitkräfte auf« (Art. 87a Abs.1 GG) abgeleitet, die Verfassung gebiete es, eine funktionsfähige Bundeswehr zu unterhalten, oder umgekehrt: die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr hat Verfassungsrang.⁷ Ähnlich ließe sich auch mit Blick auf die Sozialversicherungsträger argumentieren – und das könnte schon bald höchst aktuell werden.

Sehen wir uns nun die Einbettung des Prinzips des »sozialen Rechtsstaates« in die wirtschaftspolitische Konzeption und die Eigentumsordnung der Verfassung an. Das Grundgesetz garantiert in Art. 14 das Recht auf Eigentum: »Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.« Art. 14 GG regelt aber gleichzeitig die Möglichkeit der Beschränkung und der Enteignung. Art. 15 GG bestimmt: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.« Die Entschädigung soll unter Abwägung der Allgemeininteressen und mit den Interessen des Betroffenen erfolgen. Erst die Rechtsprechung der Zivilgerichte hat hier faktisch den Ersatz des Marktwertes als Entschädigung eingeführt. Das ist ein erstes Anzeichen für die Umdeutung der Verfassung, was allerdings nicht eindeutig ist, da theoretisch an der Abwägung festgehalten wird, praktisch aber Wertersatz gezahlt wird.⁸

In das Grundgesetz wurde 1967 eine Vorschrift aufgenommen, die heute – zumindest implizit – angegriffen wird, nämlich Art. 109 Abs. 3: Danach kann der Bund »für Bund und Länder gemeinsam geltende Grundsätze für das Haushaltsrecht, für eine konjunkturgerechte Haushaltswirtschaft und für eine mehrjährige Finanzplanung« aufstellen. Zusammen mit der Verpflichtung auf das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht, das sich in 109 Abs. 2 GG findet, sollte damit die Möglichkeit einer antizyklischen oder keynesianischen Wirtschaftspolitik geschaffen werden. Gegenwärtig wird diskutiert,

5 Das folgt aus der föderalistischen Struktur, die in Art.70 und 84 GG normiert ist und den Ländern die primäre Gesetzgebung- und Verwaltungszuständigkeit zuweist.

6 Für Europa wird das Prinzip der »begrenzten Einzelermächtigung« als Besonderheit, die die Gemeinschaft von einem Nationalstaat unterscheidet, angenommen. Gemeint ist damit, dass die Rechtssetzungsorgane der Gemeinschaft einer besonderen Kompetenzzuweisung bedürfen (Rudolf Streinz: Europarecht, Heidelberg 2003, S. 190 f.) – was allerdings für die Rechtssetzungskompetenz des Bundes nicht grundsätzlich anders, nur umfangreicher gilt.

7 BVerfGE 48, 127/159; 69, 1/21; 77, 170/221.

8 BGHZ 57, 359/368; 67, 190/192; das BVerfG orientierte sich allerdings an Art. 14 GG und hat mehrfach entschieden, dass die Entschädigung nicht notwendig zum Verkehrswert zu erfolgen habe, BVerfGE 24, 367/420 f.; 41, 126/161; 46, 268/284 ff.

dies rückgängig zu machen, indem man – ähnlich wie in der EU-Verfassung – ein Verbot, Schulden zu machen, für öffentliche Haushalte rechtlich festschreiben will.

Der Art. 109 GG ermöglicht eine antizyklische Konjunkturpolitik, fordert sie aber nicht ein. Die wirtschaftspolitische Entscheidung muss von Regierung und Parlament getroffen werden. Dies ist gleichsam die herrschende Linie in Fragen der Wirtschaftspolitik. Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach explizit festgestellt, dass das Grundgesetz wirtschaftspolitisch neutral sei⁹, was es dem Gesetzgeber erlaube, die für zweckmäßig erachtete Wirtschaftspolitik zu verfolgen. In den frühen Entscheidungen hat das Gericht explizit festgestellt, dass auch eine andere Wirtschaftsordnung möglich ist. So führte es zur Verfassungskonformität der Investitionshilfe aus: »Das Grundgesetz garantiert weder die wirtschaftspolitische Neutralität der Regierungs- und Gesetzgebungsgewalt noch eine nur mit marktkonformen Mitteln zu steuernde ›soziale Marktwirtschaft‹. Die ›wirtschaftspolitische Neutralität‹ des Grundgesetzes besteht lediglich darin, dass sich der Verfassungsgeber nicht ausdrücklich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden hat. Dies ermöglicht dem Gesetzgeber, die ihm jeweils sachgemäß erscheinende Wirtschaftspolitik zu verfolgen, sofern er dabei das Grundgesetz beachtet. Die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung ist zwar eine nach dem Grundgesetz mögliche Ordnung, keineswegs aber die allein mögliche. Sie beruht auf einer vom Willen des Gesetzgebers getragenen wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidung, die durch eine andere Entscheidung ersetzt oder durchbrochen werden kann.«¹⁰

Das Grundgesetz ist folglich nicht auf die Marktwirtschaft festgelegt. In späteren Entscheidungen wird an der grundsätzlichen Feststellung festgehalten, allerdings wird die Verpflichtung auf die Grundrechte stärker akzentuiert. Etwa in folgender Ausführung: »Die Aufgabe besteht infolgedessen darin, die grundsätzliche Freiheit wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Gestaltung, die dem Gesetzgeber gewahrt bleiben muss, mit dem Freiheitsschutz zu vereinen, auf den der einzelne Bürger gerade auch dem Gesetzgeber gegenüber einen verfassungsrechtlichen Anspruch hat.«¹¹ Die Freiheitsrechte, die hier als Grenze der Wirtschaftspolitik erscheinen, sind die Berufsfreiheit und das Eigentumsrecht, die zusammen genommen dem Einzelnen ein Recht auf marktwirtschaftliche Betätigung¹² einräumen – zum Schwur ist es natürlich noch nicht gekommen. Die Rechtsprechung schwankt in diesem Rahmen hin und her.

3. Streit um das Sozialstaatsprinzip

Die Sozialpolitik, der normativ geforderte Sozialstaat, wird von der Wirtschaftspolitik abgekoppelt, scheint in keinem Zusammenhang mit ihr zu stehen. Wolfgang Abendroth hat in den Anfängen der Bundesrepublik versucht, eine integrierte Auslegung des »sozialen Rechtsstaates« und der oben genannten Eigentums- und Enteignungsvorschriften zu entwickeln. Der Sozialstaat könne nur entwickelt und als rechtsstaatliche Demokratie mit Substanz versehen werden, wenn die Eigentumsrechte rechtlich begrenzt werden und der Staat koordinierend für soziale Gerechtigkeit, verstanden als annähernde materielle Gleichheit, durch eine demokratische Kon-

9 Etwa BVerfGE 50, 290.

10 BVerfGE 4, 7.

11 BVerfGE 50, 290.

12 Die Grundrechtecharta, die als Teil II in den Verfassungsentwurf übernommen wurde, statuiert ein Recht auf unternehmerische Freiheit (Art II 76), das es in dieser Form im Grundgesetz allerdings nicht gibt.

trolle der Wirtschaft Sorge trägt. Das Sozialstaatsprinzip ist für Abendroth »darauf angelegt, den materiellen Rechtsstaatsgedanken der Demokratie, also vor allem den Gleichheitssatz mit dem Teilhabedenken im Selbstbestimmungsgedanken auf die Wirtschafts- und Sozialordnung auszudehnen und dadurch dem Sozialstaatsgedanken realen Inhalt zu verleihen.«¹³ Der konservative Staatsrechtslehrer Ernst Forsthoff vertrat dagegen die These: Sozialstaat und Rechtsstaat schließen sich aus. Daraus folgerte er, das Sozialstaatsgebot sei eher Verfassungslyrik und die Rechte des Staates zu wirtschaftlichen Interventionen seien beschränkt.¹⁴

Beide haben sich nicht durchgesetzt, auch wenn die gegenwärtig herrschende Auslegung des Sozialstaatsgebots eher an Forsthoff anknüpft. Das Sozialstaatsgebot in den Art. 20 und 28 GG wird meist als Staatszielbestimmung verstanden, d. h. es nimmt einen Rang unterhalb der Staatsstrukturprinzipien, wie Bundesstaat, Demokratie und Rechtsstaat, ein.¹⁵ Folge ist, dass es dem Gesetzgeber mehr oder weniger freigestellt wird, in welchem Umfang und auf welche Weise der Sozialstaat verwirklicht wird. Eine ähnliche Freiheit hat der Gesetzgeber nur noch bei seiner »Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen«. Das Soziale wird von der Wirtschaft entkoppelt und wird zur Wohlfahrtsleistung, zur staatlichen Fürsorge, wo der Markt versagt.

Das allerdings ist gegenwärtig schon etwas und steht selbst in dieser reduzierten Form unter Beschuss. Noch hält die Rechtsprechung allerdings an einer Auslegung des Sozialstaatsprinzips fest, die dem Einzelnen ein Recht auf die Sicherung des Existenzminimums, genauer eines soziokulturellen Existenzminimums einräumt. Lapidar formuliert das BVerfG: »Gewiss gehört die Fürsorge für Hilfsbedürftige zu den selbstverständlichen Pflichten eines Sozialstaates.«¹⁶ Das BVerfG hat dies konkretisiert zum Recht auf ein »soziokulturelles Existenzminimum, das den Leistungsberechtigten nicht nur das zum Lebensunterhalt Unerlässliche gewährt, sondern sie in die Lage versetzen soll, in der Umgebung von Nichthilfeempfängern ähnlich wie Personen mit geringem Einkommen leben zu können.«

Das »Sozialmodell« der Europäischen Union

1. Sozialpolitische Zielbestimmungen

Die Europäischen Grundlagenverträge beschwören zwar den sozialen Fortschritt, soziale Sicherheit usw., aber die Kompetenzen sind – mehr oder weniger – beschränkt auf Antidiskriminierung und etwas Arbeitsschutz. In diesen Bereichen findet man dann auch die meisten Regelungen des europäischen Sekundärrechts.

Der geltende EGV, der Verfassungsentwurf und auch die neuen Grundlagenverträge funktionieren nach Brechts berühmtem Aphorismus: »Wenn die Oberen vom Frieden reden, weiß das gemeine Volk, dass es Krieg gibt.« Das gilt nicht nur für den Frieden, sondern mindestens ebenso für den Sozialstaat. Man findet ihn ausführlich in den Zielbeschreibungen und den allgemeinen Aufgabenstellungen, aber es fehlen die Instrumente, diese Ziele dann auch erreichen zu können.¹⁷

In der Präambel zur EU-Verfassung, die wohl Geschichte ist, fand man folgende schöne Formulierung: »In der Überzeugung, dass ein

13 Wolfgang Abendroth: Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaats, in: Ders.: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, Frankfurt 1975, S. 67.

14 Ernst Forsthoff: Verfassungsprobleme des Sozialstaates, in: Ders. (Hrsg.): Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt 1968, S. 144; s. a. Ders.: Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaats, in: Ders.: Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt 1968, S. 165 ff.

15 Degenhart, a. a. O.: S. 199; weiter gehend Helmut Ridder: Zur verfassungsrechtlichen Stellung der Gewerkschaften im Sozialstaat nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1960, S. 3 ff., aktuell: Ekkehard Stein/Götz Frank: Staatsrecht, Tübingen 2002, S. 160 ff.

16 BVerfGE 40, 121; vgl. auch BVerfGE 5, 85 [198]; 35, 202 [236].

17 BVerfGE 36, 258.

nach schmerzlichen Erfahrungen nunmehr geeintes Europa auf dem Weg der Zivilisation, des Fortschritts und des Wohlstands zum Wohl aller seiner Bewohner, auch der Schwächsten und der Ärmsten, weiter voranschreiten will, dass es ein Kontinent bleiben will, der offen ist für Kultur, Wissen und sozialen Fortschritt, ...« Noch schöner formulierte es Art. I 3 (3) EU-Verfassungsentwurf: »Die Union wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.« Zu befürchten ist, dass selbst die vollmundigen, aber unbestimmten Zielbestimmungen der Genialität der Merkelschen Konsensfindung zum Opfer fallen werden.

2. Soziale Grundrechte

Wohlstand und sozialer Fortschritt für alle, soziale Gerechtigkeit, sozialer Schutz und Kampf gegen soziale Ausgrenzung und das ganze bei Vollbeschäftigung – das hört sich gut an. Diese Zielbestimmung fand man im ersten Teil des Verfassungsentwurfs. Die Grundrechte in Teil II des Verfassungsentwurfes kannten – anders als das Grundgesetz – soziale Grundrechte. Die Grundrechtecharta, so lautet der Brüsseler Kompromiss, wird aus dem neuen Grundlagenvvertrag heraus genommen, aber in einer Fußnote wird auf die schon existierende Grundrechtecharta verwiesen. Auch hier betreibt der Gipfel nur Symbolik, die Charta nutzt der Europäische Gerichtshof in seinen Urteilen schon als Maßstab für die Europäische Rechtspraxis.

So besteht mit einer Grundrechtecharta die »Gefahr«, dass einzelne Bürger sich auf sie berufen und auf sie gestützt Rechte geltend machen, auch wenn das Primärrecht keine direkten Klagerechte für die Bürger einräumt und auch in der Verfassung nicht einräumen wollte. Die Grundrechte wirken eben mittelbar, sind Maßstab für die Auslegung des Rechts in anderen Streitigkeiten. Deshalb findet man in der Charta typischerweise Schrankenregeln, wie sie etwa in Art. 34 Abs. 3 GR-Charta formuliert sind: »Um die soziale Ausgrenzung und die Armut zu bekämpfen, anerkennt und achtet die Union das Recht auf eine soziale Unterstützung und eine Unterstützung für die Wohnung, die allen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, ein menschenwürdiges Dasein sicherstellen sollen, nach Maßgabe des Unionsrechts und der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten.« Das Recht auf soziale Unterstützung und ein menschenwürdiges Dasein steht unter dem Vorbehalt der europäischen und einzelstaatlichen Rechtsvorschriften – anders gesagt, es besteht nur, soweit es durch die Sozialgesetzgebung anerkannt wurde und soll keineswegs Maßstab für diese sein.

3. Sozialpolitische Kompetenzen und wirtschaftspolitische Einbettung

Im dritten Teil der Verfassung, in den der geltende EG-Vertrag übernommen wurde und der sicher fast unverändert auch im zukünftigen Grundlagenvertrag zu finden sein wird, wurde schon eher Tacheles geredet. Die Zielbestimmungen des Art. I 3 wurden in Art. III 117 VerfE – entspricht Art. 127 EGV – aufgenommen, aber doch zu-rechtgestutzt. An Stelle der Vollbeschäftigung war nur noch von der »Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus« als Ziel die Rede. Und um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, wurde in Art. III 209 VerfE und Art. 136 EGV abstrakt bestimmt, auf welchem Weg die EU soziale Rechte zu verwirklichen gedenkt. Es heißt im Verfassungsentwurf und wird im Grundlagenvertrag heißen: »Zu diesem Zweck tragen die Union und die Mitgliedstaaten bei ihrer Tätigkeit der Vielfalt der einzelstaatlichen Gepflogenheiten, insbesondere in den vertraglichen Beziehungen, sowie der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Union zu erhalten, Rechnung. Sie sind der Auffassung, dass sich eine solche Entwicklung sowohl aus dem eine Abstimmung der Sozialordnungen begünstigenden Wirken des Binnenmarktes als auch aus den in der Verfassung vorgesehenen Verfahren sowie aus der Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten ergeben wird.«

Die Sozialpolitik steht unter dem Vorbehalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und ansonsten ergibt sich die Abstimmung der Sozialordnungen schon von selbst aus den Wirkungen des Binnenmarktes, wird also durch den Markt hergestellt – neoliberale Ideologie pur! Tatsächlich kann man die Abstimmung allenfalls als Angleichung nach unten beobachten, die mit den Konkurrenzmechanismen der globalisierten Wirtschaft oder eben der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gerechtfertigt wird. Die Gemeinschaft bleibt über die Dominanz der Marktfreiheiten bei der sog. »negativen Integration« stehen,¹⁸ Wettbewerb wird der (auch nationalen) Sozialpolitik übergeordnet¹⁹.

In Art. III 210 VerfE und Art. 137 EGV werden dann die sozialpolitischen Bereiche aufgezählt, für die die Union eine Gesetzgebungskompetenz hat. Die Liste ist ziemlich lang und umfasst wesentliche Bereiche der Sozialpolitik. Entscheidend ist, dass die Gesetzgebungskompetenz wiederum unter bestimmte Vorbehalte gestellt wird. Erstens heißt es in Abs. 2 a): Die Gesetzgebung erfolgt »unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten.« Harmonisierung ist das zentrale Mittel über das die Warenverkehrsfreiheit der Union geregelt wird und heißt europäisch gesteuerte Angleichung der Rechtsvorschriften – bedeutet also eine starke Form der Vereinheitlichung oder Rechtsangleichung,²⁰ die hier ausgeschlossen wird.

In Buchstabe b) wird dann – und dies muss man zunächst positiv hervorheben – gefordert, dass durch europäische Gesetze Mindestvorschriften für die Sozialpolitik festgelegt werden. Aber es folgen wieder gleich die Einschränkungen, nämlich: unter Berücksichtigung der in den Mitgliedstaaten bestehenden Bedingungen; außerdem sollen die Mindestvorschriften »keine verwaltungsmäßigen, fi-

18 Karl-Jürgen Bieback: Europäischer Sozialstaat und soziale Grundrechte, in: Albrecht/Goldtschmidt/Stuby: Die Welt zwischen Recht und Gewalt, Hamburg 2003, S. 91.

19 Frank Deppe: Europäische Integration, Sozialmodell und Gewerkschaften, in: Albrecht/Goldtschmidt/Stuby: a. a. O., S. 76; Fritz W. Scharpf: Was man von einer Europäischen Verfassung erwarten und nicht erwarten sollte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2003, S. 55; Hans-Jürgen Urban: Das neue europäische Sozialmodell und die Linke in Europa, in: Sozialismus 2/2003, S. 41.

20 Streinz, a. a. O., S. 408 f.

nanziellen oder rechtlichen Auflagen vorschreiben, die der Gründung und Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen entgegenstehen.« Immerhin besagt die grundsätzliche Regelung, dass auch die Sozialgesetzgebung im nach der Verfassung »normalen« Verfahren der gleichwertigen Entscheidung von Parlament und Rat erfolgen soll, was auch bedeutet, dass im Rat die europäischen Mehrheiten ausreichen.

Dies wird in Art. 210 Abs. 3 VerfE und Art. 137 Abs. 2 EGV jedoch gleich zurückgenommen, wo es heißt: »Abweichend von Absatz 2 wird in den in Absatz 1 Buchstaben c, d, f und g genannten Bereichen das Europäische Gesetz oder Rahmengesetz vom Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Ausschusses der Regionen sowie des Wirtschafts- und Sozialausschusses *einstimmig* erlassen.« Für welche Bereiche wird nun die Einstimmigkeit verlangt und das Parlament auf Anhörung reduziert? Dies gilt für Regelungen zur sozialen Sicherheit und zum sozialen Schutz der Arbeitnehmer, um das Kündigungsschutzrecht und das Mitbestimmungsrecht und schließlich das Arbeitsrecht für Ausländer aus Drittstaaten. Außerdem wird explizit festgehalten, dass die Grundprinzipien der Systeme sozialer Sicherheit in der Kompetenz der Mitgliedstaaten verbleiben. Schließlich enthält Art. 210 Abs. 6 VerfE und Art. 137 Abs. 5 EGV folgende Bestimmung: »Dieser Artikel gilt nicht für das Arbeitsentgelt, das Koalitionsrecht, das Streikrecht sowie das Aussperrungsrecht.« Damit auch ja keine Missverständnisse entstehen!

Sozialrechtliche Kompetenzen, die nicht einstimmig entschieden werden müssen, hat die Europäische Union dann im Bereich des Arbeitsschutzes, der Antidiskriminierung einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter. Und in diesem Bereich hat die EU jedenfalls für Deutschland wichtige Maßstäbe gesetzt, etwa mit der Anerkennung der mittelbaren Diskriminierung der Geschlechter²¹ oder der Antidiskriminierungsrichtlinie²², deren Umsetzung der deutschen Politik so schwer fiel.

Gleichzeitig ist die Sozialpolitik nicht Teil einer wirtschaftspolitisch offenen Verfassung. Anders als das Grundgesetz ist die EU-Verfassung wirtschaftspolitisch festgelegt, nämlich auf eine offene Marktwirtschaft. Dazu heißt es in Art. III 177: »Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Union im Sinne des Artikels I-3 umfasst nach Maßgabe der Verfassung die Einführung einer Wirtschaftspolitik, die auf einer engen Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, dem Binnenmarkt und der Festlegung gemeinsamer Ziele beruht und dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist.« Diese Formulierung ist identisch mit derjenigen des Art. 4 EGV. Und diese Festlegung auf die offene Marktwirtschaft wird in unterschiedlichen Artikeln explizit und implizit – wie auch am Beispiel der Sozialpolitik zu sehen war – ausgeformt. Das stand in der Verfassung in einem unaufgelösten Widerspruch zur Verpflichtung auf die soziale Marktwirtschaft, wie sie in Art. 3 VerfE normiert wurde, dessen Zukunft allerdings ungewiss ist. Wichtiger ist, dass diese wirtschaftspolitische Orientierung sich deutlich von der Neutralität des Grundgesetzes unterscheidet, sie schließt nämlich sozialpolitische Politiken aus, die der offenen Marktwirtschaft widersprechen, also beispielsweise eine integrierte

21 Damit gemeint sind Regelungen, die nicht direkt eine Gruppe, z. B. Frauen diskriminieren, also im Wortlaut der Regelung nicht an das Geschlecht anknüpfen, sondern an andere Merkmale, die aber überwiegend von Frauen erfüllt werden. Beispiel: Eine Betriebsrente gibt es nur für Vollzeitbeschäftigte. Da überwiegend Frauen teilzeitbeschäftigt sind, werden sie mit der Regelung mittelbar diskriminiert. (EuGH v. 13.5.1986 Slg. 1986, 1607; EuGHE 1986, 1607 *Bilka-Urteil*).

22 Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf.

Sozial- und Wirtschaftspolitik, wie sie Wolfgang Abendroth als grundgesetzliche Verpflichtung postulierte. Die Ausfüllung eines Europäischen Sozialmodells, was eine sozialpolitische Integration Europas umfasst, ist auf dieser konstitutionellen Grundlage der Europäischen Union schwer vorstellbar. Der Gipfel in Brüssel hat keine Fortschritte erzielt und die Gründe zur Ablehnung der EU-Verfassung schlicht ignoriert – gerade deshalb gehören sie weiter auf die Tagesordnung.

MARTIN GÜNTHER, JOHANN STRESE

Sozioökonomische Probleme im Leben von Jugendlichen

Impression einer studentischen Konferenz
vom 21. 4. bis 26. 4. 2007 in Moskau

Die Konferenz fand in den Räumlichkeiten der »Akademie der Arbeit und der sozialen Beziehungen« in Moskau statt. Die Akademie ist eine Einrichtung der Föderation unabhängiger Gewerkschaften Russlands. Das Konzept der Konferenz unterschied sich insofern von einer normalen Konferenz, als dass die Konferenz von Studenten für Studenten gemacht wurde, also eine studentische Konferenz war.

An der Konferenz nahm eine Vielzahl von Delegationen teil. Diese Delegationen kamen zumeist aus ähnlichen gewerkschaftlichen Instituten anderer Länder und Regionen. Es waren Delegationen aus St. Petersburg, der Ukraine, Weißrusslands, Moldawiens, Bulgariens und der Schweiz anwesend. Die inhaltliche Ausgestaltung war sehr auf die osteuropäischen Länder fokussiert.

Die Themen der Konferenz deckten ein weites Spektrum ab. Dieses Spektrum wird recht gut durch die Bezeichnungen der Sektionen oder Workshops, in denen gearbeitet wurde, wiedergegeben:

Sektion 1: Berufsausbildung von Jugendlichen und der sozio-ökonomische Fortschritt der Gesellschaft

Sektion 2: Arbeitsmarkt und Arbeitseintritt von Jugendlichen

Sektion 3: Die Wirkung von moralisch-ethnischen und sozio-ökonomischen Aspekten im Leben von Jugendlichen

Sektion 4: Jugendpolitik des Staates unter modernen ökonomischen Bedingungen: Ziele, Probleme, Unzulänglichkeiten

In der vierten Sektion, an der sich Johann Strese beteiligte, wurden Vorträge gelesen, die sich vor allem mit den Problemen von Jugendlichen, aber auch mit der offiziellen Jugendpolitik beschäftigten. Diese wurden später in der Diskussionsrunde kritisch hinterfragt bzw. besprochen. Hierzu im Folgenden einige Beispiele:

Belarus

In Belarus wird die Jugendpolitik von der Regierung auf allen Ebenen diktiert. Dies soll heißen, dass die Regierung einen Fünfjahresplan erstellt hat und diesen rigoros versucht, überall durchzusetzen. Über die Effektivität dieser Vorgehensweise lässt sich streiten, so besteht eine große Gefahr, dass diese Politik an der Basis realitätsfremd ist oder vielleicht innerhalb von fünf Jahren zu starr ist.

Außerdem betonten die Vertreter aus Belarus die Funktion von staatlichen und nichtstaatlichen – sprich oppositionellen – Jugendorganisationen. In Belarus gibt es nach Angaben der Vertreter ca. 200 staatliche Jugendorganisationen. Die größte unter ihnen ist die BRMS (»Belarussische Republikunion der Jugend«), eine Organisation, die sich starken

Martin Günther – Jg. 1982,
studiert Volkswirtschafts-
lehre an der Universität
Frankfurt/Oder (Diplom),
Stipendiat der Rosa-
Luxemburg-Stiftung,
Spezialisierung Arbeits-
markt- und Sozialpolitik,
Wirtschaftspolitik
Foto: privat

Zulaufs erfreut. Hier werden Jugendlichen Vergünstigungen für Sport-, Musik- und andere Kulturveranstaltungen gegeben, aber auch ein Stipendium für das Studium bezahlt oder gleich die Studiengebühren erlassen. Ihr Wohlbefinden liegt dem Präsidenten sehr nahe, da man mit ihr unter anderem seinen Einfluss in der »Jugendpolitik« besser durchsetzen kann. Einigen Teilnehmern in der Sektion sowie auch mir kamen Assoziationen mit Jugendorganisationen aus einer dunklen Ära Deutschlands auf.

Dass hierdurch aber Jugendliche und nichtstaatliche Organisationen stark benachteiligt werden, wird bewusst in Kauf genommen und sogar weiter gefördert. So haben nach Aussage der Vertreter nichtstaatliche Jugendorganisationen keine realistische Chance, etwas auszurichten und Studenten, die nicht beitreten wollen, müssen trotz hervorragender Leistungen Studiengebühren erbringen, nur weil sie nicht Mitglied sind.

Ukraine

Die ukrainischen Teilnehmer betonten den Umbruch und die aktuelle Orientierungslosigkeit in der Politik. Die gravierenden Probleme von Jugendlichen sind vor allem finanzieller Art. Hierzu zählen die gestiegenen Kosten für die Hochschulausbildung im Allgemeinen, aber auch die Finanzierung einer Wohnung für junge Familien. Die staatlichen Hilfen reichen bei weitem nicht aus und können auch nicht mit dem Aufwärtstrend der Immobilienpreise mithalten. Besonders kritisch ist es in den größten Städten des Landes wie z. B. Kiew, wo die Quadratmeterpreise für Kauf oder Miete teilweise denen von Manhattan nahe kommen.

Dies ist aber leider ein verbindendes Problem in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Auch von russischer und belorussischer Seite wurde dieses Problem stark hervorgehoben. Ein Grund für diese so genannten Preisexplosionen ist der noch zunehmende Pull-Faktor der Groß- bzw. Hauptstädte. Das zentralistische System wurde nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion weiterhin beibehalten und hat mit dem freien Kapitalfluss deutlich an Dynamik zugenommen. Deutlich wird dies bei der Betrachtung, wie der Wohlstand auf das ganze Land aufgeteilt ist. Hierbei würden wir starke Konzentrationen auf wenige Agglomerationen vorfinden, die immer mehr Menschen aus anderen, wirtschaftlich schwächeren Regionen anziehen. Diese Menschen wollen auch ihr Bedürfnis nach einer Wohnung befriedigen, was dazu beiträgt, dass auch die Immobilien- bzw. Mietpreise in die Höhe schießen.

Russland

Von den russischen Teilnehmern wurde eingebracht, dass bis vor kurzem in Russland keine wirkliche Jugendpolitik stattgefunden hat. Außerdem wurde von den Vertretern kritisiert, wie die russische Regierung Jugendpolitik versteht. Ihren Aussagen nach zu urteilen, macht die Regierung keine konstruktive Jugendpolitik, sondern bereitet vielmehr ihre Jugend auf eine noch pessimistischere Zukunft vor.

Ein Problem ist auch die so genannte Politisierung von Jugendlichen sowohl von staatlicher als auch von oppositioneller Seite. Hier wird nicht kritisiert, dass Jugendliche sich in die Politik einmischen, sondern von diversen politischen, vor allem staatlichen Jugendorganisationen

Johann Strese – Jg. 1980, studiert an der Universität Potsdam Hispanistik, Russistik und Human-geographie (Magister), Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Foto: privat

umworben werden, um sie dann als bloße Masse zu vermarkten. Eine wirkliche Sensibilisierung von Jugendlichen für Politik ist nicht das Ziel der Vereinigungen. Die meisten Jugendlichen treten solchen Gemeinschaften bei, weil sie mit Vergünstigungen aller Art umworben werden.

Des Weiteren wurde diskutiert, wie man Jugendliche für die Politik sensibilisieren kann und was es für Möglichkeiten gibt, um die Jugendpolitik eines Landes effizienter zu gestalten.

Im Gegensatz zur vierten Sektion war das Geschehen in der zweiten Sektion: »Arbeitsmarkt und der Arbeitseintritt von Jugendlichen« durch die Vorträge geprägt. Martin Günther nahm mit einem Vortrag über den Arbeitsmarkt und den Arbeitseintritt von Jugendlichen in Deutschland teil. Diskussionen fanden leider kaum statt. In den meisten Vorträgen wurde dabei auf die Situation von Hochschulabgängern eingegangen. Die Situation von Jugendlichen, welche keine Hochschule besuchen, kam in den Vorträgen nicht zur Sprache. Dies lässt sich durchaus dadurch erklären, dass die Hochschule für die meisten Jugendlichen in den Ländern der Vortragenden eine weitaus größere Rolle spielt als in Deutschland. Es dürfte bekannt sein, dass das System der dualen Ausbildung eine deutsche Besonderheit ist.

In den Vorträgen wurde sich mit den Perspektiven von Hochschulabsolventinnen und -absolventen auseinandergesetzt, dabei wurde durchaus kritisch der Wunsch von einem sehr großen Anteil dieser Gruppe diskutiert, ihre berufliche Perspektive im westlichen Ausland zu suchen. Hierbei wurden insbesondere die Folgen für die eigene Volkswirtschaft hervorgehoben. Gleichzeitig klang an, dass sich dieses Problem auf Grund der besseren Einkommensperspektive relativieren könnte. In diesem Zusammenhang wurde der Vorschlag, Studenten von ihren Studiengebühren zu befreien, wenn sie sich dazu verpflichten, nach ihrem Abschluss im Land eine bestimmte Anzahl an Jahren zu bleiben, in den Raum gestellt – leider aber nicht diskutiert, insofern ein allgemeines Meinungsbild der Teilnehmer der Sektion nicht wiedergegeben werden kann.

Zu dem Problem der Abwanderung ins Ausland wurde darüber hinaus auch das Problem angesprochen, dass viele Absolventinnen und Absolventen ihre Lebensperspektive in den (Groß-)Städten sehen. Dies ist natürlich mit entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Problemen für die ländlichen Regionen verbunden. Aber auch für die Berufseinsteiger in den Städten, wobei hier außerhalb der Problematik des Berufseinstieges selbst beispielhaft die Wohnungsknappheit genannt wurde.

Eine Quantifizierung der hier aufgeworfenen Problematiken wurde beispielhaft an Hand der Ergebnisse einer repräsentativen Studie in Moldawien vorgestellt. In dieser Studie antworteten auf die Frage »Wo wollen Sie nach der Beendigung ihres Studiums arbeiten?« 58,2 Prozent in Chisinau (Hauptstadt Moldawiens), 11,29 Prozent in einer anderen Stadt, 4,8 Prozent in einer ländlichen Region, 24,7 Prozent im Ausland. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sektion waren sich einig darüber, dass diese Ergebnisse im Wesentlichen auch auf die anderen Länder der GUS übertragbar sind, wobei die Antwort »in Chisinau« beispielhaft für die großen Städte der jeweiligen Länder gewertet wurde.

Auch über die Übertragbarkeit der Ergebnisse bestand Einigkeit, so antworteten, befragt, welche ihrer Meinung nach die Probleme des Berufseintrittes von jungen Akademikerinnen und Akademikern ist,

41,1 Prozent die niedrige Bezahlung, 16,3 Prozent Nichtübereinstimmung ihres Wissens mit den Anforderungen der Arbeitgeber, 31,9 Prozent Unmöglichkeit der Berufseinstieges ohne Schmiergelder, 35,5 Prozent Unwillen der Arbeitgeber, jemanden ohne Berufserfahrung einzustellen.

Ein überraschendes Ergebniss erbrachte die Frage »In welchem Sektor möchten Sie arbeiten?«, hierauf antworteten laut der Studie ca. 20 Prozent, dass sie in den Staatsdienst wollen, weitere knapp 30 Prozent in privatwirtschaftlichen Unternehmen arbeiten wollen und die Hälfte der Befragten, dass sie selbstständig werden wollten. Über die Übertragbarkeit dieser Ergebnisse auf andere Länder bestand keine Einigkeit.

Des Weiteren wurden in den Vorträgen zwei auch für Deutschland relevante Problematiken im Zusammenhang mit der Unterstützung von Jugendlichen beim Berufseinstieg angesprochen. So stellte eine ukrainische Teilnehmerin ein Programm in der Ukraine vor, welches mit deutschen Kombilohnmodellen vergleichbar ist, aber eben speziell auf Jugendliche ausgerichtet ist. Dieses Programm betrifft ungefähr 5 Prozent der jugendlichen Berufseinsteiger. Es war etwas irritierend, dass eine Mitarbeiterin eines gewerkschaftlichen Institutes diese Modelle mit einem derartigen positiven Grundtenor vorstellte. Auf eine Nachfrage bezüglich Beobachtungen zu Mitnahmeeffekten und Verdrängungseffekten führte sie aus, dass nach Auslaufen der Förderung durchaus Kündigungen zu beobachten wären, es seien ihr aber bisher keine empirischen quantitativen Einschätzungen des Problems bekannt. Gleichzeitig machte sie deutlich, dass sie entsprechende theoretische Ansätze sehr interessant findet, ihr derartige Diskurse aber bisher nicht bekannt seien. Ob dies an der Tatsache lag, dass sich an der Konferenz nicht »Experten« beteiligten – es war schließlich eine studentische Konferenz – oder diese Diskurse wirklich nicht in den Ländern in den dortigen Gewerkschaften geführt werden, blieb offen.

Die zweite Problematik, welche angesprochen wurde, betraf Praktika in Unternehmen. So führte eine russische Teilnehmerin in ihrem Vortrag aus, welche großen Firmen in Moskau derartige Praktika anbieten und wie entsprechende Auswahlverfahren ablaufen. Derartige Praktika seien sehr begehrt und es sei schwer, eines zu bekommen, da auch die Auswahlverfahren sehr hart seien. Auch hier fand eine aus unserer Sicht sehr unkritische Betrachtung statt. Auf Nachfragen zur Entlohnung, vertraglichen Grundlage und Verdrängungseffekten auf Normalbeschäftigung derartiger Praktika wurde wiederum geantwortet, dass es keine derartigen Problematisierungen gäbe und auch keine empirischen Studien hierzu bekannt seien. Aus persönlicher Erfahrung lägen aber weder eine Entlohnung noch eine vertragliche Grundlage bei Praktika vor, dennoch wurden die Chancen durch ein Praktikum betont, die dies aufwiegen würden.

Sicherlich ist es nicht angemessen, Probleme wie die Ausnutzung von Praktika durch Unternehmen und Kombilohnmodelle ausschließlich aus einer deutschen Sicht zu sehen, da sie kulturelle, rechtliche etc. Besonderheiten der Länder nicht berücksichtigen. Doch hat die Diskussion in den Sektionen gezeigt, dass derartige Sichtweisen mit viel Interesse aufgenommen werden, und die vielfachen Nachfragen zu diesen Diskursen in Deutschland lassen vermuten, dass hier ein Ansatz geboten wurde, kritische Einschätzungen weiter zu tragen.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.
Foto: privat

Zuerst war der Schreck beim Frühstücksei. Und als der vorüber, kam das »Warum eigentlich nicht?« Ein Land, daß sich einst schon mal einen Heinrich Lübke geleistet hatte und, bitte nicht gänzlich zu vergessen, den Ober-Rhetoriker der deutschen Arbeiterbewegung und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik Walter Ulbricht (»Guten Tag, liebe Neger« der eine, »Hackfrucht bleibt Hackfrucht« der andere ...), sollten wir doch mühelos auch einen Edmund Stoiber als Bundespräsidenten verkraften. Doch die Idee – sie tanzte nur einen Sonntag (und noch ein bißchen am Montag und Dienstag darauf). Die Idee – zumindest für die Öffentlichkeit – war von der bayerischen Sozialministerin Christa Stewens gekommen. Der scheidende CSU-Chef verfüge über große bundespolitische Erfahrung, kenne die Verhältnisse in den neuen Bundesländern sehr genau und habe sozialpolitisches Fingerspitzengefühl. »Er wäre vor allem ein Bundespräsident der einfachen Leute.« Zumindest dann, wenn es sich um eine Einfachheit der besonderen Art handelt. Indes: Stoiber ist doch nicht so einfach gestrickt, wie es Satiriker, Kabarettisten, Karikaturisten und ihm mißgünstig gesinnte Kommentatoren gerne hätten: »Es machen sich so viele Leute Gedanken um mich, das ist nicht notwendig.« Doch seine Knappen aus der CSU werden sich das vermutlich auch künftig nicht nehmen lassen. Der CSU-Landtagsabgeordnete Bernd Sibler betonte »am Rande des Straubinger Gäubodenvolksfestes: Stoiber kann grundsätzlich alles.« Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß er wirklich meinte, was er sagte.

Wenn wir nicht durch Berichte des *stern* seit längerem wüßten, daß in den Amtsstuben der Bundesregierung dutzende Lobbyisten

sitzen, die sich ihre Lobbyarbeit auch noch als Staatsangestellte bezahlen lassen, könnten wir unter Umständen bereit sein, den Beitrag im *Kölner Stadtanzeiger* bei etwas gutem Willen anzuzweifeln – aber inzwischen sind wir davon überzeugt: In dieser Branche ist jeder verdächtig. Der *Kölner Stadtanzeiger* schrieb, eine Agentur vermittele im Auftrag des vom CSU-Politiker Michael Glos geleiteten Ministeriums Redaktionsbesuche eines Staatssekretärs, öffentliche Diskussionen und ähnliche Veranstaltungen, für die die Zeitungen genaue Vorgaben zu erfüllen hätten. Bei der Gegenfinanzierung durch Anzeigen könne es sich um Summen von 30 000 oder 40 000 Euro handeln. Bisher seien bereits 140 000 Euro in die Kampagne geflossen, weitere Veranstaltungen seien in Vorbereitung.

Nichts ist unmöglich.

Würde sich jemand die Mühe machen und eine Art Soziologie der Glaubwürdigkeit bzw. der Unglaubwürdigkeit von Politikern verfassen, käme er an Uwe Barschel, dem früheren schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten nicht vorbei. Dessen öffentlicher herzerreißender und tremoloreicher Schwur auf der Pressekonferenz am 18. September 1987 (»Über die Eidesstattliche Versicherung hinaus gebe ich Ihnen mein Ehrenwort, ich wiederhole: mein Ehrenwort, daß die gegen mich erhobenen Vorwürfe haltlos sind.«), war sozusagen ein Meilenstein. Doch darüber wird kaum öffentlich nachgedacht. Weil natürlich Uwe Barschel unzählige Nachfolger im Geiste hatte und Affären längst zum Bild der Republik gehören, VW, Siemens, wo anfangen, wo aufhören ... Doch Ehre wem Ehre gebührt: So eine Ehrenwort-Pressekonferenz hat bislang noch niemand wieder zustandegebracht. Nun wird sein Tod vermutlich neu untersucht werden: Mord oder Selbstmord – diese Frage sei nach wie vor ungeklärt.

Ich weiß, es ist etwas unfein, sich selbst zu zitieren, aber es macht Spaß, und vor allem macht es den, wenn man recht behalten hat: Vor der Sommerpause hatte ich an dieser Stelle geschrieben: »Wenn wir nach dem Sommer wieder voneinander hören, könnte die neue Partei *Die Linke* ihre ersten Personalkräche hinter sich haben, die Quadratwurzel vom Tisch sein, und das Thema Doping hat eventuell auch die derzeitige Fußball-Bundesliga erreicht.« Nur mit dem Doping in der Fußballbundesliga lag ich daneben. *Die Linke* hingegen hat gehalten, was ich mir von ihr versprach. Und es war, wie so oft im letzten anderthalb Jahrzehnt, André Brie, der für Ärger sorgte. Er mahnte im *Spiegel* an, Oskar Lafontaine brauche eine innerparteiliche Opposition. Es versteht sich, daß das Magazin nichts lieber als so einen Satz druckt. Und es ist gesetzte Größe, daß den Leserbriefschreibern der Zeitung *Neues Deutschland* angesichts einer derart unbotmäßigen Äußerung die Griffel glühen. Es scheint eben Mißverständnisse zu geben, die echt gewollt sind. Vor allem dann, wenn der Auslöser André Brie nach wie vor vielen Alt-PDSlern nicht geheuer ist. Anderenfalls hätten sie nämlich den Satz auch so lesen können, daß Lafontaine ein Korrektiv brauche und sich der zweite Vorsitzende der neuen Partei ja ruhig auch mal öfter öffentlich äußern könnte. Aber vielleicht hat der ja einfach keine Lust. Nur soll sich dann nicht gewundert werden, wenn die Zeitungen inzwischen landauf, landab nur noch vom Parteivorsitzenden Lafontaine schreiben. Gewiß, es gibt Schlimmeres, und außerdem: Die Genossen werden sich schon was dabei gedacht haben.

Werner Fuchs-Heinritz,
Alexandra König: *Pierre Bourdieu.
Eine Einführung*, UVK Konstanz
2005, 354 S. (17,90 €)

Boike Rehbein: *Die Soziologie
Pierre Bourdieus*, UVK Konstanz
2006, 270 S. (17,90 €)

Am 23. Januar 2007 jährte sich der für viele Beobachterinnen und Beobachter völlig unerwartet eingetretene Todestag *Pierre Bourdieus* zum fünften Mal. Bourdieus umfangreiches und dabei immer wieder neu ansetzendes Werk – eine Internet-Bibliographie der Uni Linz zählt gut 1900 Veröffentlichungen (vgl. Fuchs-Heinritz/König: 295) – entstand auf einem ungewöhnlich interdisziplinären Weg. Nach philosophischem Studium an der Sorbonne und der Ecole normale supérieure (ENS) unternahm Bourdieu während seines Militärdienstes im Algerien der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, also während des dort tobenden Befreiungskrieges gegen die Kolonialmacht Frankreich, eine Reihe ethnologischer Studien. 1960 nach Frankreich zurückgekehrt, widmete er sich dann zunehmend soziologischen Fragestellungen, die ihn 1982 auf den »begehrtesten Soziologie-Lehrstuhl ganz Frankreichs« (Rehbein: 14) ans Collège de France führten.

Bourdieu's theoretisches Werk, meist reflektierende und systematisierende Kondensate seiner Forschungsarbeiten, wurde im deutschsprachigen Raum eher zögerlich aufgegriffen. Einerseits ist dies auf Bourdieus Präferenz für empirische Ansätze, andererseits auf die in der BRD bis weit in die 1990er Jahre vorherrschende kultursoziologische Rezeption seiner Schriften zurückzuführen. Aus zahlreichen empirischen Studien destillierte Bourdieu eine Reihe fruchtbarer Analysewerkzeuge, die ihn zu einem besseren Verständnis von alltäglichen, oft jedoch nur schwer dechiffrierbaren sozialen (Macht-)Kämpfen führten. Im Laufe des letzten Jahrzehnts ist aus diesen Anregungen ein breit gefächertes Spektrum an Artikeln, Monographien und Sammelbänden entstanden, das unaufhörlich weiter expandiert und inzwischen kaum noch zu überblicken ist.

Bourdieu selbst hätte diese postume Wirkungsentfaltung sicher gut gefallen, betonte er neben dem Zurücktreten des Autors hinter dessen Werk doch stets die unauflösliche Verwobenheit von Gesellschaftskritik und Forschungspraxis.

Um so erstaunlicher ist, dass die Auswahl an komprimierten Zugängen zu seinen oft verschlungenen Denk- und Arbeitswegen bis zum Erscheinen der beiden vorliegenden Bücher auf einige wenige Titel beschränkt blieb (empfehlenswert: Markus Schwingel: *Pierre Bourdieu zur Einführung*, 5. verb. Aufl., Junius Hamburg 2005, 192 S., 13,50 €). Das implizite Ziel, aber auch die kaum zu bewältigende Herausforderung derartiger Vorhaben liegt darin, das komplexe Theoriegebäude Bourdieus in ein griffiges Format zu bringen.

Die beiden vorliegenden Bücher gehen diese Aufgabe auf unterschiedliche Weise an. *Werner Fuchs-Heinritz*, Professor für Soziologie an der Fernuniversität Hagen, hat zusammen mit seiner Kollegin *Alexandra König* einen mehrfach gegliederten Ansatz gewählt. Auf eine kurze Einleitung folgen vier größere Kapitel, in denen zunächst »Wichtige Forschungsarbeiten« in werkgeschichtlicher Linie (2. Kap.: S. 13-112), dann Details der bedeutendsten »Theoreme und Konzepte« (3. Kap.: S. 113-215.), die wichtigsten methodischen »Grundansätze« (4. Kap.: S. 216-258) sowie die relationale Abhängigkeit Bourdieus von klassischen und zeitgenössischen »Wurzeln und Quellen, Freunde(n) und Feinde(n)« (5. Kap.: S. 259-285), dargestellt werden. Abgerundet wird der Band durch drei kürzere Kapitel: »Notizen zur Biographie Bourdieus« (6. Kap.: S. 286-296); »Politische Schriften und Aktivitäten« (7. Kap.: S. 297-310) und einen knapp rekapitulierenden »Schluss« (8. Kap.: S. 311-324).

Das zweite Kapitel beginnt mit Bourdieus Feldforschungen zu sozialen Transformationsprozessen im französisch besetzten Algerien, aus denen theoretische Konzepte wie Habitus, Feld und die Theorie der Kapitalsorten hervorgingen (S. 13 ff.). Im Anschluss daran werden die jahrelangen Forschungen zum französischen Bildungssystem in den 1960er Jahren diskutiert (S. 31 ff.), in denen Bourdieu und sein Mitarbeiterstab unter Rückgriff auf umfangreiche Empirie nachweisen konnten, dass

die landläufige Vorstellung von Chancengleichheit im Bildungssystem eine Illusion sei, da der individuelle Schulerfolg »entscheidend von dem aus dem Elternhaus mitgebrachten kulturellen Kapital« (S. 42) abhängt. Daraus folgerte Bourdieu, dass das Bildungssystem in modernen Gesellschaften eines der am besten geeigneten Instrumente sei, »um die bestehenden Sozialstrukturen zu reproduzieren, weil es ohne die Brutalität von Hierarchiebezügen auszukommen scheint«. (S. 43)

Die dreißig Seiten des Unterkapitels 2.3 widmen sich der wohl bekanntesten Studie Bourdieus, »Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft«, einem voluminösen Werk von über 600 Seiten (S. 44 ff.). Folgt man Bourdieu, so ist diese Arbeit nicht mehr als ein zusammenfassender Bericht »über eine Reihe von Forschungen mit genauer Zielsetzung«. (S. 71) Fuchs-Heinritz/König führen in die wesentlichen Grundannahmen und Ergebnisse dieser Studie ein und arbeiten heraus, dass es sich um eine differenzierte Analyse des Zusammenhangs von Klassenposition, daraus resultierenden kulturellen Vorlieben und sich wiederum daraus ergebenden Lebensstilen handelt. Alles in allem gelang Bourdieu damit nicht nur der internationale Durchbruch, sondern auch eine überzeugende Entzauberung der »Naturalisierung des Geschmacks«. (S. 45) Denn Geschmäcker, die sich in kulturellen Praktiken und ästhetischen Einstellungen manifestierten, ergeben sich nach Bourdieu nicht zufällig oder gemäß individueller Anlagen (umgangssprachlich auch »Talent«, »Begabung« etc.), sondern klassenspezifisch und nach Maßgabe sozioökonomisch bedingter Ressourcenverteilungen. Der jeweilige »individuelle« Stil, dies kann Bourdieu in aufwändigen Korrespondenzanalysen nachweisen (vgl. S. 64 f.), unterliegt sozialstrukturell bestimmten, letztlich also »kollektiven« Entstehungsbedingungen. Wer sich jetzt an einen platten Struktur determinismus à la Basis-Überbau erinnert fühlt, sei darauf verwiesen, dass Bourdieu die Habitusgenese zwar »mit hoher statistischer Wahrscheinlichkeit« (vgl. S. 267) an die Stellung in den Produktionsverhältnissen koppelt, dabei aber durchaus Raum für Abweichungen zulässt.

Am Ende des zweiten Kapitels steht die teilweise an das Forschungsdesign der »Feinen

Unterschiede« anknüpfende Arbeit zum Wandel der sozialen Eigentumspräferenzen in der Mitte der 1980er Jahre (»Wohnen: Der Einzige und sein Eigenheim«, S. 75 ff.) sowie die als »Gegenwartsanalyse« betitelte Untersuchung »Das Elend der Welt« (S. 94 ff.), in der klassenspezifischen Verelendungstendenzen nach dem endgültigen Durchbruch des Neoliberalismus im Frankreich der 1990er Jahre nachgegangen wird.

Das dritte Kapitel führt in dreizehn Schritten in die wichtigsten Theoreme und Konzepte Bourdieus ein: Habitus (3.1), Einverleibung (3.2), Feld (3.3), Kapital (3.4), Strategie (3.5), Sozialer Raum und Klassen (3.6), Sozialer Raum und Lebensstile (3.7), Distinktion (3.8), Soziale Laufbahn (3.9), Doxa (3.10), Das Unbewusste (3.11), Symbolische Gewalt (3.12) und Institutionsritus (3.13). Dies erweist sich als überaus hilfreich, denn bislang unausgeführte Erklärungen erscheinen nun klarer und allmählich tritt der breite Raum von Relationen und Interrelationen in Bourdieus Werk zutage. Dass diese Reihe mit dem Habitus-Konzept ansetzt, geschieht nicht zufällig. Denn obwohl der Begriff Habitus als Nukleus von Bourdieus Soziologie gilt, unterscheidet sich seine Bestimmung von Fall zu Fall und kann allenfalls auf sehr allgemeiner Ebene gelingen. Fuchs-Heinritz/König abstrahieren Bourdieus Habitus denn auch als ein Multiversum an »Schemata, die der Wahrnehmung der sozialen Wirklichkeit dienen, Denkschemata, mit Hilfe derer diese Wahrnehmungen geordnet und interpretiert werden, ethische Ordnungs- und Bewertungsmuster, ästhetische Maßstäbe zur Bewertung kultureller Produkte und Praktiken sowie Schemata, die die Hervorbringung von Handlungen anleiten.« (S. 114)

Die sechs »wichtigsten Leitlinien von Bourdieus Arbeitsweise« (S. 216 ff.) werden im vierten Kapitel skizziert. Zu diesen zählt die Bindung soziologischen Arbeitens an empirische Forschung, die Nähe zur Ethnologie, das Denken in Relationen, die Ablehnung von Dualismen, der Eigensinn der sozialen Praxis und die Reflexivität der sozialwissenschaftlich Tätigen, sowohl gegenüber ihren jeweiligen Forschungsgegenständen als auch gegenüber der eigenen Position als erkennende Subjekte.

Das fünfte Kapitel beginnt mit der bemerkenswerten Aussage Bourdieus, er sei ein »re-

flektierter Eklektizist«. (S. 259) Die Autoren gehen diesem Zitat kritisch nach und finden dabei nur wenige Stellen, an denen Bourdieu die Quellen seiner Inspiration verschweigt. Häufiger seien solche Passagen, in denen er sich die Gedanken anderer »so zu Eigen gemacht hat, dass er nicht mehr in der Lage ist, die genauen Quellen zu nennen.« (S. 259) In einem Durchgang durch zwölf bekannte und weniger bekannte Größen der Geisteswelt stoßen die Autoren auf zahlreiche Verweise Bourdieus, die ihn als emsigen Synthetisierer fremder Denkwege zeigen. Neben Kant, Comte und Marx oder Durkheim, Weber und Elias taucht dabei beispielsweise auch der Nationalökonom Adam Heinrich Müller auf, der bereits 1808 zwischen geistigem und physischem Kapital unterschied und der zumindest an einer Stelle von Bourdieu zitiert wurde.

Das sechste Kapitel widmet sich einem kurzen Blick auf Bourdieus Biographie. Neben einigen Interviews greifen die Autoren dabei vor allem auf Bourdieus Darstellung in dem 2002 erschienen Buch »Ein soziologischer Selbstversuch« zurück. Darin gelingt Bourdieu neben einem quasi-autobiographischen Vermächtnis eine beeindruckende Selbstanwendung seiner Arbeitsweise, in der die eigene Position aus dem »Kräfteverhältnis des universitären Feldes und des wissenschaftlichen Habitus« (S. 296) entsteht.

Bourdieu's viel diskutierte Wendung zum engagierten öffentlichen Intellektuellen während der letzten Jahre seiner Karriere wird im vorletzten Kapitel aufgegriffen. Zwar ist es richtig, dass Bourdieus politisches Engagement erst am Ende seines Lebens in den (medialen) Vordergrund trat, doch politisch ausgerichtet waren seine Arbeiten von Anfang an. Fuchs-Heinritz/König sehen Bourdieus Werk bereits vor 1995 (in diesem Jahr solidarisierte er sich mit der Streikbewegung gegen »Reformen« im französischen Sozialsystem) durch eine ideologiekritische Klammer zusammengehalten. Denn bereits in seinen Hauptwerken griff er all jene alltäglichen Überzeugungen an, »die natürliche Unterschiede zwischen den Menschen behaupten (...), sei es das rationale Denken (in den Algerienstudien), die Intelligenz (in »Illusion der Chancengleichheit«) oder die Idee vom reinen Geschmack (in »Die feinen Unterschiede«).« (S. 289)

Die Schlussdiskussion konzentriert sich auf vier unaufgearbeitete Versäumnisse. Erstens: die Theorie der vier Kapitalsorten (Bourdieu unterschied materielles, soziales, kulturelles und symbolisches Kapital) sei, obwohl angekündigt, nie in einer umfassenden Kapitalientheorie dargestellt worden. (S. 313) Zweitens: Bourdieus Schritte in Richtung einer Allgemeinen Soziologie hätten sich nie »mit dem Bereich von Arbeit und industrieller Produktion in den modernen Gesellschaften befasst«. (S. 314) Drittens: Die Grenze zwischen habituell vorbestimmtem und kalkulierend-rationalem Handeln sei nie näher bestimmt worden (ebenda). Und schließlich habe Bourdieu keine ausgearbeitete Sozialisierungstheorie vorgelegt, womit die Gretchenfrage, »wie genau der Mensch eigentlich seinen Habitus erwirbt« (ebenda), weitgehend unbeantwortet bleibe.

Boike Rehbein, Soziologe an der Universität Freiburg, beginnt sein Buch mit zwei grundsätzlichen Einschränkungen. Einerseits lege er »keine Einführung«, sondern ein Lehrbuch für »fortgeschrittene Studierende sowie Interessierte« (S. 9) vor, andererseits sei es ohnehin besser, »Bourdieu selbst zu lesen« (S. 12). Dafür empfiehlt er zwei Leselisten (ebenda). Eine für den gründlichen Einstieg (»Die zwei Gesichter der Arbeit«, »Die Illusion der Chancengleichheit«, »Entwurf einer Theorie der Praxis«, »Die feinen Unterschiede«, »Vom Gebrauch der Wissenschaft« und »Der Staatsadel«), die andere für einen groben Überblick (»Praktische Vernunft«, »Die feinen Unterschiede« und »Soziologische Fragen«). Wem die insgesamt 1390 Seiten der zweiten Option zu lang sind, sollte das Buch von Rehbein lesen, denn dessen sieben Kapitel orientieren sich an der für das Selbststudium vorgeschlagenen Leseordnung. In dieser sollen die Kerngedanken Bourdieus in einer Mischung aus Chronologie und Systematik erschlossen werden.

Nach einer zehnteiligen Einleitung, die ausführlich über Intention, Aufbau und Komposition des Buches informiert, erläutert das 1. Kapitel (S. 19-46) unter der Überschrift »Von der Praxis der Ökonomie zur Ökonomie der Praxis« die Ursprünge von Bourdieus Soziologie während seiner Zeit in Algerien. Rehbein zeichnet nach, wie Bourdieu unter Rück-

griff auf eine eigentümliche »Kombination aus soziologischer Begrifflichkeit, Erkenntnistheorie, Instrumenten, quantitativer Empirie und Ethnologie« (S. 19) zum Augenzeugen des Aufeinanderprallens von vorkapitalistischer und kapitalistischer Ökonomie wurde. Diese Augenzeugenschaft führte Bourdieu u. a. zu der Erkenntnis, »dass soziale und kulturelle Merkmale keine festgeschriebene Bedeutung und keine konstanten Träger haben, sondern je nach sozialem Kontext, historischem Zeitpunkt und Lebensphase variieren können.« (S. 27)

Rehbein sieht in dieser durch beobachtende Teilnahme gewonnenen Einsicht einen der entscheidenden Ausgangspunkte für Bourdieus Erkenntnistheorie, die er unter dem Titel »Brüche« in den Mittelpunkt seines 2. Kapitels (S. 47-78) rückt. Gestützt auf das 1968 erschienene und erst 1991 ins Deutsche übertragene Buch »Soziologie als Beruf« arbeitet er heraus, wie sich Bourdieu während der 1960er Jahre schrittweise vom Strukturalismus entfernte und einen eigenen Ansatz entwickelte, den man kurz gefasst als »ethnologischen Blick des Fremden auf die eigene Gesellschaft« (S. 48) bezeichnen könnte.

Im dritten Kapitel (S. 79-124) werden einige der zentralen Begriffe Bourdieus, allen voran der des Habitus (S. 86-98), thematisiert. Dabei wird erneut die fundamentale Dynamik seiner Terminologie deutlich. Bourdieu lehnte eine griffige Definition seiner Begriffe ab, da damit eine »Klarheit und Abgeschlossenheit« (S. 80) suggeriert werde, die forschungshemmend wirke und die es in der Empirie ohnehin nicht gebe. Rehbein zeigt, dass Bourdieu in dialektischen und relational zu begreifenden Konfigurationen denkt, in denen einzelne Begriffe einer ständigen »Abarbeitung an der Empirie« unterliegen (S. 124).

Bourdieu's gesamtes Wirken scheint durch die Frage bestimmt, warum soziale Ungleichheit »gerade durch den Wandel reproduziert« (S. 80) werde und welche Mechanismen bei dieser Reproduktion wirken. In Kapitel 4, 5 und 6 geht Rehbein diesem Kontinuum in Bourdieus Schriften anhand der oftmals erstaunlich stabilen Reproduktionsbedingungen auf verschiedenen Feldern nach. Während sich das vierte Kapitel »Reproduktion« (S. 125-156) vor allem mit Bourdieus Bildungssozio-

logie auseinandersetzt, ist das fünfte Kapitel »Differenz und Distinktion« (S. 157-188) ein ausführlicher Kommentar zu den »Feinen Unterschieden«. Das sechste Kapitel wiederum liefert eine Einführung in Bourdieus Begriff der symbolischen Gewalt (S. 189-215). Neben der »wichtigsten Form des Symbolischen« (S. 194), der Sprache, wird darin dem Prozessieren von symbolischer Macht in Politik und Ökonomie sowie im Geschlechterverhältnis nachgegangen.

Unter der Überschrift »Eingriffe« führt Rehbein im letzten Kapitel in Bourdieus politische Soziologie ein, die er in Bourdieus letztem Lebensjahrzehnt verortet. Nachdem Bourdieu den Staat bereits am Ende der 1980er Jahre zum Analyseobjekt gemacht hatte, ging er in der Studie »Das Elend der Welt« den konkreten Auswirkungen neoliberaler Politik anhand von Interviews mit direkt Betroffenen nach. Nach Beendigung dieses Projekts zog Bourdieu das Fazit, dass »soziale Bewegungen gegenüber dem Neoliberalismus einen Rückstand von mehreren symbolischen Revolutionen« (S. 238) hätten. Rehbein zeichnet Bourdieus öffentliche Eingriffe gegen die »neoliberale Invasion« (S. 237) und seine Kritik am neoklassischen Diskurs am Ende des letzten Jahrtausends nach und weist darauf hin, dass Bourdieu darin erste Beiträge zur Wiedererlangung »von kulturellem und ökonomischem Kapital« (S. 238) sah. Am Ende des Buches informiert ein lesenswerter »Ausblick« (S. 239 ff.) in Form eines knappen Forschungsstandes über jüngste Arbeiten zu Bourdieu.

Abschließend ist festzuhalten, dass beide Bücher einen guten Zugang zu Bourdieu ermöglichen. Was Rehbeins Buch von Beginn an sympathisch macht, ist neben der durchweg flüssigen Lesbarkeit der durchaus erfüllte Anspruch, den Leser oder die Leserin für die angesprochenen Themen und Arbeitsweisen zu begeistern, außerdem für die Vielschichtigkeit Bourdieus zu sensibilisieren und darüber hinaus Perspektiven zum »aktiven Umgang mit Bourdieu« (S. 13) zu eröffnen. Entgegen der initialen Selbstbewertung wird der oder dem Lesenden eine vergleichsweise kurze, engagierte und auch deutlich positionierende Einführung geboten, die sich durchweg an der von Bourdieu auf hohem Niveau etablierten Selbstreflexivität messen lassen kann.

Die ebenfalls sehr gut zu lesende, übersichtlich gegliederte und gut erschließbare Einführung von Fuchs-Heinritz/König erinnert an ein Lehrbuch. Sie nähern sich Bourdieu kritischer und distanzierter, aber auch material- und zitatreicher als Rehbein, wobei sich der Zugang zu Bourdieus Denkwegen vor allem aus dem Wechselspiel von langen Zitaten und erörterndem Text ergibt. Dass dabei auch regelmäßig Kritiker Bourdieus zu Wort kommen, mag eingefleischte Fans stören, für die relationale Verortung Bourdieus in aktuellen Theoriediskussionen ist es jedoch überaus hilfreich.

Insgesamt ergibt sich ein geradezu skurriles Fazit. Während Fuchs-Heinritz/König deutlich mehr als eine Einführung bieten, führt Rehbeins Lehrbuch sehr gut in die Genese von Bourdieus Oeuvre ein, ohne auf weiterführende Anregungen für eine kritische Anwendung Bourdieus zu verzichten. Aus beiden Titeln geht zudem hervor, dass der oder dem näher Interessierten der zusätzliche Blick in die Originalarbeiten Bourdieus nicht erspart bleiben wird. Dass daraus, nicht zuletzt aufgrund der allgegenwärtigen sozialpolitischen und soziostrukturellen Veränderungen – Stichworte wären zunehmende Ungleichheit, Prekarisierung, Entsolidarisierung und Individualisierung – vielfältige Einsichten resultieren können, versteht sich beinahe von selbst.

NICO KOPPO

Achim Reichardt:
Nie vergessen. Solidarität üben!,
Kai Homilius Verlag Berlin 2006,
336 S. (18,00 €)

Es ist nicht immer problemlos, wenn ehemalige hochgestellte Akteure sich die Aufgabe stellen, Geschichte schreiben zu wollen, also die Absicht haben, mehr anbieten zu müssen, als einen rein subjektiven Bericht über ihr Leben oder ihr Wirken. Oftmals sind die Autoren mit der selbst gestellten Aufgabe überfordert, fehlt ihnen doch die Ausbildung eines Historikers. Aus rein autobiographischen Zeugnissen weiß der Fachmann in der Regel das Insiderwissen zu filtern und kann vor allem subjektive Sichten von gemeinhin bekannten (und

oftmals anders gesehenen!) historischen Deutungen unterscheiden. Schwierig wird die Beurteilung eines Sachverhaltes, wenn Autobiographisches mit vermeintlichen Forschungsergebnissen vermischt werden. So, wie im vorliegenden Fall.

In dem verlegerisch solide aufgemachten Buch versucht der ehemalige Generalsekretär des Solidaritätskomitees der DDR, Achim Reichardt, der diese Funktion etwa zehn Jahre lang ausübte, die Geschichte der Solidaritätsarbeit in der DDR zu erzählen unter Einbeziehung seiner »zeitnahe(n) Erinnerung« (S. 17). Recht hat der Autor, wenn er kritisch anmerkt, daß »leider nur wenige Publikationen die nachhaltige(n) Ereignisse in der Solidaritätsbewegung der DDR... in ihrer Breite und Tiefe behandeln« (S. 17). Ein bißchen mehr als die von Reichardt vermutete und im Literaturverzeichnis aufgeführte Literatur existiert derweil schon. Die hätte er, wenn man, wie der Autor, den Anspruch erhebt, ein historisches Ereignis bzw. eine geschichtliche Entwicklung darstellen zu wollen, zur Kenntnis nehmen müssen. Auch hätte das Buch an Nutzen und vor allem Glaubwürdigkeit gewonnen, wenn die dort angeführten oder behaupteten Fakten und Zahlen bzw. Aussagen und Schlußfolgerungen, wie es eigentlich üblich ist, im Fußnotenapparat belegt worden wären. In der Publizistik mit wissenschaftlichem Anspruch ist es nicht nur möglich, sondern wie in diesem Falle sogar unumgänglich, mit historiographischem Handwerkszeug zu arbeiten. Sonst fällt es schon einem geneigten Leser schwer, Meinungsäußerungen und subjektiven Wertungen eines ehemaligen Akteurs Glauben zu schenken, wenn jene nicht aus dritter Hand oder objektiven Quellen belegt werden.

Ein weniger gewaltiger und an Selbstherrlichkeit erinnernder Anspruch, etwa die legitime Absicht, das dramatische Geschehen zu Wendezeiten aus subjektiver Sicht schildern zu wollen, wie es Reichardt im zweiten und dritten Teil seines Buches getan hat, wäre effektiver und ehrlicher gewesen.

Dennoch bietet das Buch einiges an interessanten Informationen, etwa über die Breite und speziellen Formen der internationalen Solidaritätsarbeit in der DDR, über den Aufbau und Struktur des Solidaritätskomitees der DDR sowie über seine Geschichte, über die

Vielfalt der Solidaritätsleistungen und die Schwerpunkte der Solidarität, über die Rolle des Solidaritätskomitees im Gefüge der DDR-Parteien, -Organisationen und -Institutionen. Auf einige Solidaritätsaktionen, wie diejenigen, die Vietnam zugute kamen, wird ausführlicher eingegangen. Über die geschilderte erwähnte gute Zusammenarbeit mit kirchlichen Einrichtungen (S. 132 ff.) werden sicherlich einige Kirchgemeinden anderer Ansicht sein. Ja, es gab sie, die Zusammenarbeit von kirchlichen Institutionen und dem Solidaritätskomitee. Aber es gab auch von seiten des Komitees Bürokratie, Unverständnis, Geheimniskrämerei und manches andere, was christlich engagierte DDR-Bürger vor der staatlich gelenkten Solidarität zurückschrecken ließ.

Andererseits dürfte für so manchen Leser aufschlußreich sein, daß sich Funktionäre des Solidaritätskomitees Anfang der 80er Jahre, letztlich erfolgreich, wehrten, als ihre Institution dem ZK-Apparat einverleibt oder doch zumindest dort enger angebunden werden sollte (S. 139). Ob das Solidaritätskomitee der DDR in politischer Hinsicht wirklich so »unabhängig« war, wie der Autor zuweilen den Eindruck zu erwecken versucht, wird wohl nicht nur vom Rezensenten bezweifelt werden.

In den vier Komplexen des Buches, die jeweils in mehrere, zum Teil dann weiter unterteilte Kapitel geordnet sind, ist manches zu erfahren, was so einige Lücken in der wissenschaftlichen Bearbeitung dieser Thematik verringert oder verringern hilft. Andere Aussagen von Reichardt rufen, wie anfangs betont, Skepsis hervor. Manche Meinungen provozieren Widerspruch, etwa wenn vom Autor behauptet wird, das »Soli-Komitee« hätte über die »Zielländer in der Solidaritätsarbeit« und über die Zusammensetzung der Spenden (beispielsweise S. 128) seine Spender informiert. Gerade das war nicht der Fall oder wurde nur unzureichend der DDR-Bevölkerung vermittelt! Wenn es von den DDR-Spendern Kritik an der Solidaritätsarbeit gegeben hat, dann war es die, daß die wenigsten wußten, was konkret mit ihren monatlichen »Soli-Beiträgen« geschah, wozu die Gelder verwendet wurden.

Entsprechende Anfragen blieben oftmals unbeantwortet oder wurden lediglich pauschal

beantwortet. Einige Worte mehr zu dieser Problematik und auch über die »Spendeneinwerbung« hätte man erwarten können, waren diese doch nach der Wende mehr oder minder zu Recht kritisierte Rituale.

Andererseits gab es neben der uniformen Soli-Spenden-Entrichtung am Gehaltstage auch Aktionen, die vom Soli-Komitee gelenkt, indes nicht ins Leben gerufen oder gesteuert wurden. So organisierten Künstler Solidaritätsaktionen, Studenten arbeiteten in der Produktion und gaben den Verdienst der »Soli«, Orchester der DDR schickten Musikinstrumente für das vietnamesische Sinfonieorchester, Schriftsteller und Bibliotheken spendeten Bücher, Brillen wurden für Nicaragua gesammelt, um nur einige Beispiele zu erwähnen.

Hervorgehoben werden müssen auch diejenigen Aktionen, auf die Reichardt zu Recht immer wieder verweist, die nicht mit Heller und Pfennig zu bemessen sind. Das betrifft vor allem die Behandlung und Betreuung von Kranken und Verwundeten sowie die Möglichkeit des Studierens und Auszubildens in der DDR. Einige Tausend Menschen aus den Ländern der Dritten Welt haben im ostdeutschen Staat eine Ausbildung erhalten oder haben hier studiert. Daß gerade bei Auszubildenden eine »Kommerzialisierung« der Solidaritätsarbeit um die Mitte der 80er Jahre einsetzte, wird nicht deutlich genug herausgearbeitet. Sichtbar wird hingegen, daß die Solidarität in der DDR weit verzweigt war und Solidaritätsarbeit letztlich nicht, auch nicht von dem personell und infrastrukturell gut ausgestalteten Solidaritätskomitee der DDR, in all seiner Breite und Tiefe organisiert und gelenkt werden konnte.

Es fällt schwer, die Solidaritätsarbeit der DDR mit den Maßstäben der Entwicklungszusammenarbeit zu erfassen. Die Arbeit hätte enorm an Bedeutung gewinnen können, wenn sich der Autor explizit mit den Vorwürfen, die vor allem nach der Wende gegen die Solidaritätsarbeit in der DDR erhoben worden waren, auseinandergesetzt und sie vielleicht widerlegt hätte.

Fazit: Das vorliegende Buch beinhaltet die subjektive Sicht eines ehemals nicht unbedeutenden Akteurs der »solidarischen Entwicklungszusammenarbeit« in der DDR; nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Und noch eins wird beim Lesen des Buches deutlich: Für die erbrachten Solidaritätsleistungen, trotz aller Hemmnisse und Bürokratie, braucht sich kein ehemaliger DDR-Bürger zu schämen. Die Solidarität ist den sie benötigten Menschen in der Dritten Welt zugute gekommen. Und dort weiß man dies in der Regel noch immer zu schätzen.

ULRICH VAN DER HEYDEN

**Bernd Witte (Hrsg.):
Benjamin und das Exil.
Königshausen & Neumann
Würzburg 2006, 130 S. (22,80 €)**

Der Band vereint die Beiträge zu zwei Tagungen in den Jahren 2004 und 2005, die u. a. von der Internationalen Walter Benjamin Gesellschaft e.V. und der Heinrich Heine Universität Düsseldorf veranstaltet wurden. Sie waren der deutschen Exilliteratur und dem Exilwerk von Walter Benjamin (1892-1940) gewidmet. Von diesem ausgehend, wollen die Texte »die subtile Dialektik zwischen Heimat und Exil, zwischen imaginären Identitätskonzepten und deren räumlich geschichtlichem Verlust« untersuchen (Claas Morgenroth/Karl Solibakke in der »Einleitung«, S. 15). So finden sich hier Beiträge über Benjamins autobiographische Prosa »Berliner Kindheit um Neunzehnhundert« (Henriette Herwig, S. 44-73), seine Beziehungen zur Schweiz (Astrid Deuber Mankowsky, S. 74-87), seine Pariser Großstadterfahrung (Rolf Goebel, S. 36-43). Weitere Arbeiten erhellen, über Benjamin hinausgehend, Exildasein anhand von Heinrich Heine (B. Witte, S. 19-35), Jean Améry (Irene Heidelberger Leonard, S. 88-98) und W. G. Sebald (Claudia Öhlschläger, S. 99-110).

Für die Autorinnen und Autoren ist »Exil« eine »allgemeine Grundfigur der Moderne« (R. Goebel, S. 39) mit kultureller »Gedächtnisfunktion« (Peter Weibel, S. 124-129; S. 129), die u. a. Traditionsverlust, Beschleunigung sozialer Mobilität, Migrantentum, kulturelle Hybridität, Deterritorialisierung, multiple Subjekt Konstruktionen umgreift. Gegenwärtige Entwicklungen wie die ökonomisch sozial bedingte Massenmigration, die Verwandlung der

ganzen Welt gleichsam in einen einzigen großen Exilort und die Neigung, »Vertreibung und Exil nur noch als politisches und bürokratisches Problem zu begreifen« (B. Witte, S. 34), sind an diesen Arbeiten deshalb nicht spurlos vorbeigegangen. Ebenso nicht das in massenmedialer Erinnerungsindustrie, Museumswesen, Folkloregeschäft und Tourismus sich äußernde Begehren nach lokaler Identität, historischer Authentizität und kultureller Differenz, das der weit verbreiteten Angst vor globaler Homogenisierung, neokolonialistischer Hegemonialpolitik und »einer immer unbestimmter erscheinenden Zukunft« Ausdruck gibt (R. Goebel, S. 42). Darum suchen diese Arbeiten einen »wissenschaftlich nachvollziehbaren Mittelweg (...), der eine nur historisch philologische Rekonstruktion spezifischer Exilschicksale und ihrer Texte ebenso vermeidet wie deren willkürliche Aktualisierung« (Ders., S. 36).

Was das Zentrum des Bandes betrifft, das Werk des deutsch jüdischen Essayisten und Übersetzers, Philosophen und Kulturhistorikers W. Benjamin, so hätte manche Deutung allerdings zunächst eine sorgfältige, kontextbewusste Rekonstruktion benötigt. Zum Beispiel übergeht der Text zu Benjamins Schweiz Bezug dessen Arbeiten über Gottfried Keller und Robert Walser. Und die Einleitung weist Vereinfachungen gerade bezüglich solcher Exilschriften wie des in mehreren Versionen überlieferten und insbesondere durch die westdeutsche Benjamin-Rezeption der siebziger Jahre kanonisierten Aufsatzes »Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit« (1935-39) auf. Die Behauptungen, Benjamin wäre bestrebt gewesen, den »theologischen Urgrund der Kunst aufzudecken, um ihren säkular gewendeten Begriff der Praxis revolutionärer Politik zuzuordnen«, er hätte das »Ende der auratischen Kunst« verkündet, »die Kollektivierung der Literatur und die Aufhebung der Grenzen zwischen Autor und Publikum« (C. Morgenroth/K. Solibakke, S. 13), sind allzu simpel. Sie unterschlagen Entscheidendes: zum Beispiel den neuartigen Gegenstands- und Adressatenbezug von sowjetrussischer Literatur-, Film-, Kunst- und Theaterproduktion in den zwanziger Jahren, den Benjamin als Avantgardetheoretiker sieht und dessen Unterdrückung durch die sowjeti-

sche Kulturbürokratie in den dreißiger Jahren, die er übersieht. In seinem während des Exils mehrfach neu akzentuierten ästhetischen Konzept, das auch das »Auratische« der Kulturindustrie kritisch berücksichtigt, stehen überdies keineswegs nur die »Produktionsverhältnisse« von Kunst im Mittelpunkt (ebenda). Das machen gerade die Arbeiten von B. Witte und R. Goebel noch einmal deutlich, die strikt von Benjamins Exilkontext, der Pariser Großstadtmoderne, ihren zirkulierenden Massen und Symbolen ausgehen.

GERHARD WAGNER

Christoph Jünke:
Sozialistisches Strandgut.
Leo Kofler – Leben und Werk
(1907-1995). VSA-Verlag
Hamburg 2007, 701 S. (39,80 €)

»Die Kritik ist der Kopf der Leidenschaft«, lautete die, von Marx entlehnte, allerdings verkürzte, Devise des Denkers Leo Kofler, der sich in vielen Büchern, Artikeln und Vorträgen leidenschaftlich bemühte, die Kernaussagen des Marxschen Menschenbildes als Strandgut vor stalinistischen und reformistischen Partei- und Staatsfunktionären zu retten. Christoph Jünke hat nicht nur dieses Strandgut und die Entwicklung seines Sammlers Kofler in eindrucksvoller Weise zusammengetragen, sondern gleichzeitig ein sehr umfangreiches und lehrreiches Bild der europäischen Entwicklungsgeschichte seit dem 1. Weltkrieg gezeichnet, in dessen Wirren und Vertreibungen der jüdische Knabe Kofler im roten Wien seine ersten Erkenntnisse über die kapitalistischen Hintergründe vermittelt bekam, die zum Ausbruch dieses Krieges geführt hatten. Jünke vermittelt dem Leser zusätzlich einen ausgezeichneten Einblick in die verschiedensten Theorien bedeutender Denker, die das zwanzigste Jahrhundert mit geprägt haben. Ob Marcuse, Adler, Lefebvre oder Adorno, sie werden in ihren Ansichten vom menschlichen Sein und Werden in diesem Buch bestens skizziert.

Kofler floh vor den Faschisten aus Wien in die Schweiz. Nach dem Krieg siedelte er in jenen Teil Deutschlands über, in dem er, wie ne-

ben ihm auch Brecht, Bloch und Hans Mayer, das Prinzip Hoffnung auf eine menschliche, von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Gesellschaft glaubten entstehen zu sehen. Als Professor in Halle lernte Kofler jedoch bereits nach kurzer Zeit die Hindernisse kennen, die jene taktische und inhaltlich entleerte Handhabung des Marxismus, die in der DDR ganz im Geiste Stalins praktiziert wurde, ihm und dem Prinzip Hoffnung in den Weg legte. Kofler forderte die reale Rückkehr zu Marx, was einen radikalen Bruch mit den bürokratischen Traditionen des Stalinismus bedeuten würde, wie er nicht müde wurde in Vorträgen, Artikeln und Büchern zu betonen. Koflers kritischen Kopf der Leidenschaft zügelte die DDR-Bürokratie schließlich mit dem Berufsverbot und vertrieb Kofler damit in den Westen Deutschlands, wo er seine Vorstellungen von der Renaissance des Marxismus u. a. in dem Buch »Perspektiven des revolutionären Humanismus« formulierte. Kofler wollte die Rolle des Bewusstseins im gesellschaftlichen Sein wiederherstellen, das unter den stalinistischen Verformungen der Dialektik von Sein und Bewusstsein, ganz zugunsten des Seins, worunter lediglich die Entwicklung der Produktivkräfte und der Technik verstanden wurde, verstümmelt worden war. Dieses Sein, so behaupteten Bürokraten aller Richtungen, bestimme schließlich das Bewusstsein. Kofler setzte dagegen seine »marxistische Anthropologie«, die, so kann der Leser aus Jünkes Buch schlussfolgern, zwar gegen die Mechanisierung des menschlichen Bewusstseins steuerte, wonach das Bewusstsein die Kopie des Seins sein soll, die aber – was Jünke richtig als Schwäche des leidenschaftlichen Denkers ausgemacht, zu einer Vernachlässigung von Ökonomie und Politik führten. Koflers Anthropologie, die er als »formale« kennzeichnete, da ihre einzelnen Bedingungen stets historisch geprägt würden, nannte insgesamt acht »unveränderliche Voraussetzungen menschlicher Veränderbarkeit; die menschliche Vernunft, die menschliche Tätigkeit, die Geschichtlichkeit des Menschen und seine Entäußerung, seine physische und seine psychische Organisation, seine Vergesellschaftung sowie die Subjekt-Objekt Dialektik.« Koflers Theorie, so Jünke, sei eine »Metatheorie eine Art Hilfswissenschaft, die Kofler jedoch für absolut notwendig hält, da

sie der menschlichen Tätigkeit einen gleichsam ethischen Maßstab liefere, ohne den diese Tätigkeit maßlos, d.h. nihilistisch werde.« Die Sehnsucht nach einer »unentfremdeten Harmonie von Arbeit und Spiel« speise sich aus einer »rückwärtsgewandten Sphäre – dem erotisch Triebhaften und der Urerinnerung an das Goldene Zeitalter«. Demzufolge entsteht Ethik, nicht, wie Lukacs, den Kofler gern als seinen Lehrer bezeichnete, aus dem konkreten historischen Verhältnis von individuellem und Gattungsleben, zu dem die Handlung des Einzelnen sich in Beziehung und Beurteilung des konkreten Gattungsleben setzt, sondern aus der Retrospektive in jene Zeit, in der statt Klassengesellschaft das Matriarchat existierte. Jünke problematisiert Koflers Anthropologie nicht, wie sie es verdient hätte und er setzt sie nicht kontrastierend in Beziehung zur »Ontologie« des späten Lukacs, sondern stellt Koflers Anthropologie gleichrangig neben diese. Koflers Anthropologie entsprang der Leidenschaft seines Kopfes, die spätbürgerliche Welt, ihre Ideologie, ihre alltäglichen Verstümmelungen zu verändern, die Menschen in ihrer Entfaltung hindert und unterdrückt. Diese Leidenschaft richtete sich am Ende seines Lebens jedoch gegen ihn und wohl dem wichtigsten Teil seiner soziologischen Theorie von der »progressiven Elite.« Als die Sowjetunion und die DDR statt eines, von Kofler stets erhofften, Richtungswechsels einen Systemwechsel erlebte, suchte er dafür die Bedingungen nicht im gesellschaftlichen Sein und Bewusstsein dieser Länder selbst, sondern in den Manipulationen des Westens. Was Kofler als »progressive Elite« bereits 1957 erkannte und beschrieben hatte, war plötzlich nicht mehr wichtig für ihn. Dabei ist diese Theorie sicher wichtig, um einen heutigen »revolutionären Humanismus« zu erkennen und zu fördern. Zehn Jahre vor den Aktionen der 68er Bewegung, in der die »progressive Elite« Europas und Amerikas eine Seite ihrer Möglichkeiten und humanistischen Sehnsüchte zeigte, schrieb Kofler: »Es scheint, dass trotz aller Widersprüche und Schwächen die in sich amorphe, aber wesentlich progressive Elite ungeachtet ihrer Passivität allein schon durch ihr Dasein keinen unerheblichen Einfluss auf die Bewusstseinsbildung der Gesellschaft ausübt und dass sie berufen ist, eines Tages eine wichtige Rolle

zu spielen.« Diese »progressive« Elite schwanke allerdings zwischen Humanismus und Nihilismus. Es komme daher auf die Erziehung und Bildung dieser Elite an, damit sie sich mit der Arbeiterbewegung zu einer Einheit verbinden könne. Die Kritik ist aber, wie Marx schreibt, »keine Leidenschaft des Kopfes«. Sie ist keine Predigt oder didaktische Anweisung, sondern »sie ist der Kopf der Leidenschaft«, also die Antwort auf Leiden, die das gesellschaftliche Sein in die Köpfe treibt. Denn Kategorien sind Daseinsformen, Existenzbestimmungen, sie sind keine Produkte des Denkens über die Beschaffenheit des Seins, wie Koflers Anthropologie vermitteln möchte. Jede teleologische Setzung in der Arbeit setzt die Erkenntnis eines kategoriell bestimmten Seienden voraus. Hier erwächst also die Frage, ob diese Bestimmungen wirklich bloß Produkte unserer Erkenntnis sind, die auf das jeweilige Sein angewendet werden, oder aber im Sein selbst bereits objektiv vollständig vorliegen und vom Denkprozess nur möglichst entsprechend reproduziert werden. Das gesellschaftliche Sein konstituiert sich als eigenartige Form des Seins gerade dadurch, dass es aus teleologischen Setzungen entspringt. Aber jede dieser teleologischen Setzungen bringt lediglich Kausalreihen in Bewegung und ist nichts an sich teleologisches. Allerdings, hier sind Kofler und Lukacs einig, entsteht mit der Konstituierung des gesellschaftlichen Seins zum ersten Mal die Beziehung von Subjekt und Objekt. Diese Beziehung entsteht aber in der konkreten Arbeit des Subjekts mit dem Objekt. Liegt dieser Arbeit die Notwendigkeit zugrunde, arbeiten zu müssen um leben zu können, wird diese Arbeit also von Entfremdung geprägt, klingt es gar zynisch, wenn Kofler auf diese Entfremdung mit dem Hinweis auf die unentfremdete »Einheit von Arbeit und Spiel« hinweist und meint, die Urerinnerung könne ethisches Leben beflügeln. Kofler setzt, als verständliche Reaktion auf die stalinistischen Verformungen des Marxismus, auf das Bewusstsein, trennt es dadurch mechanisch vom gesellschaftlichen Sein, mit dem es aber eine widersprüchliche Einheit bildet. Es würde kein »menschliches Handeln ohne Bewusstsein geben«, sagt er. Es gibt aber menschliche Handlungen ohne Bewusstsein, die richtig sein können. Dies zu be-

streiten, würde den Zufall negieren und wäre irrational. Da die Kategorien eben nicht im Kopf entstehen, sondern außerhalb desselben, handeln wir häufig richtig, ohne uns darüber im Klaren zu sein. Wir haben richtig reagiert, pflegen wir dies zu kommentieren. Die prägende Kategorie des gesellschaftlichen Seins ist die Art und Weise, wie Menschen in ihrer Arbeit, der Ökonomie, miteinander in Beziehung treten. Dies ist keine ideologische, sondern praktische Frage, die allerdings im Spätkapitalismus ideologisch verschleiert wird. In der Analyse dieser, im Namen der Entideologisierung vollzogenen bürgerlichen Ideologie war Kofler ein Meister. Man müsse die Menschen nicht nur vom materiellen Elend befreien, sondern von ihrer »scheinbaren Zufriedenheit, ›freiwillig‹ in die gegebenen Verhältnisse integriert und so mitschuldig zu werden an dem alles Menschliche vernichtenden und noch weiter anschwellenden Strom kapitalistischer Entfremdung.« Christoph Jünke hat diesem leidenschaftlichen Denker des Humanismus nicht nur ein schönes Denkmal zum 100. Geburtstag geschenkt, er hat der »progressiven Elite« unserer Tage auch eine wichtige Orientierung gegeben.

JÜRGEN MEIER

Klaus Meier,
Evelin Wittich (Hrsg.):
Theoretische Grundlagen
nachhaltiger Entwicklung –
Beiträge und Diskussionen.
Seminar des Gesprächskreises
Nachhaltigkeit der Rosa-Luxem-
burg-Stiftung, Karl Dietz Verlag
Berlin 2007, 290 S. (9,90 €)

Lafontaines Ausspruch auf dem Fusionsparteitag, die neue Linke wolle die Partei der ökologischen Erneuerung sein, sorgte für Aufregung unter den politischen Konkurrenten – aber auch bei manchem Genossen in der frisch vereinigten Linken. Doch so neu ist die Erkenntnis zumindest bei einem Teil der Linken nicht, dass die Zerstörung unserer ökologischen Grundlagen ganz unmittelbar eine soli-

darische und soziale Lebensweise in Frage stellt.

Die vorliegende Publikation des Gesprächskreises Nachhaltigkeit der Rosa Luxemburg Stiftung widmet sich genau diesem Thema: Hervorgegangen aus einem zweitägigen Seminar zu theoretischen Grundlagen nachhaltiger Entwicklung im Frühjahr 2006 lotet sie verschiedene Ansätze eines linken, sozial-ökologischen Gesellschafts- und Politikverständnisses aus. Grundkonsens: Das soziale Gesellschaftsprojekt darf nicht gegen das Ökologische ausgespielt werden, wie es der Linken – nicht ganz zu Unrecht – oft nachgesagt wird.

Dazu haben sich Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen, Akteure aus Politik und Erwachsenenbildung ausgetauscht, ihr interdisziplinäres Wissen und ihre vielfältigen Erfahrungen zusammen getragen. Ökofeministische Ansätze kommen ebenso zu Wort wie marxistisch inspirierte Gesellschaftsanalysen, system-, wissenschafts- oder erkenntnistheoretische Überlegungen. Das ist vielleicht auch das Besondere am neuen Manuskripte-Band: Ohne Berührungsängste entwickeln Akteure mit recht unterschiedlichem beruflichen und biographischen Hintergrund ihre Positionen und nutzen die Diskussion auch im Hinblick auf eine theoretische Grundlagenarbeit für die Linkspartei. Nebenbei bemerkt: Auch die Diskussionsprozesse selbst können in der Publikation nachgelesen werden.

Wo die systembedingten Ursachen für die anhaltende Naturzerstörung liegen, wird in den Beiträgen mit durchaus unterschiedlichem Akzent verortet. Dieter Klein widmet sich einer Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus und charakterisiert ihn anhand von sechs Grundtendenzen: Deregulierung, steigende Bedeutung der Finanzmärkte, Ökonomie der Enteignung, Imperialismus, Entdemokratisierung, steigender Naturverbrauch. Klein umreißt die Umweltrisiken, die mit diesen Entwicklungen einhergehen; nicht aber, ohne in dialektischer Manier auch auf emanzipatorische Anknüpfungspunkte für eine gesellschaftliche Transformation hinzuweisen.

Aus feministischer Perspektive spüren Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister den systemischen Defekten der gegenwärtigen Wirtschaftsweise nach: Was sich im Denken

gemeinhin als die Sphäre der Reproduktion eingepreßt hat – weibliche Versorgungsarbeit und Ausbeutung natürlicher Ressourcen –, wollen die Wissenschaftlerinnen wieder aufgewertet wissen. So sei das Reproduktive nicht weniger produktiv als die klassische Form der Erwerbsarbeit; der Unterschied liege vielmehr in der ökonomischen Bewertung und Wertschätzung reproduktiver Tätigkeiten (menschliche Reproduktion) bzw. Prozesse (natürliche Reproduktion). In der so genannten New Economy ändere sich dies tendenziell. »Weibliche« soft skills und natürliche Ressourcen erlangten zunehmend wirtschaftliche Bedeutung. Es gelte aber, diese durchaus zwiespältigen Tendenzen im Sinne einer nachhaltigen Gesellschaft – oder wie es die beiden Autorinnen nennen: einer (re-)produktiven Ökonomie – zu gestalten.

Vor systemtheoretischem Hintergrund rollt Joachim Spangenberg die Nachhaltigkeitsdebatte auf. Wer hier zunächst Unkritisches vermutet, wird eines Besseren belehrt. Spangenberg nutzt die Systemtheorie nicht mit apologetischer Implikation, sondern um der Komplexität des Gegenstandes gerecht zu werden. Eine nachhaltige Gesellschaft – darunter versteht Spangenberg ein komplexes Gefüge ineinander greifender Subsysteme von Ökologie, Sozialem und Ökonomie, die sich gegenseitig Umwelt sind. D. h. aber auch, dass die Funktionalität des gesamten Systems – also unserer Zivilisation – nur dann gewährleistet ist, wenn die einzelnen Subsysteme sich nicht gegenseitig gefährden. So, wie es gegenwärtig geschieht – die Ökonomie bläht sich auf zu Lasten unserer sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen –, funktioniert es dauerhaft nicht; die Ökonomie untergräbt damit in letzter Konsequenz ihre eigenen Systemvoraussetzungen.

Spangenberg wendet sich damit entschieden gegen eine Verwässerung des Nachhaltigkeitsbegriffs und knüpft an seine ursprüngliche Intention an: Nur eine Abwägung ökologischer, sozialer *und* ökonomischer Kriterien – nicht das Ausspielen einzelner Faktoren gegenüber anderen, ist echt nachhaltig; Verteilungsgerechtigkeit und vernünftiges Haushalten mit natürlichen Ressourcen müssen integraler Bestandteil sein. Allerdings hält das Nachhaltigkeitskonzept nicht *den* Königsweg zur Lösung

sozial-ökologischer Probleme bereit, sondern offenbart ein variables Feld von Möglichkeiten. Der beschrittene Weg ist Ergebnis eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses.

Während sich die erwähnten Beiträge einer eher gesamtgesellschaftlichen Analyse widmen, greifen sich die anderen Autoren gezielt einzelne Aspekte des Nachhaltigkeitsdiskurses heraus.

So nimmt Ulrich Schachtschneider den Begriff der sozialen Nachhaltigkeit genauer unter die Lupe und analysiert ihn exemplarisch anhand der Kriterien Egalität (Verteilungsaspekt) und Kommunarität (gemeinschaftlicher Aspekt). Angesichts zunehmender Kapitalisierung lebensweltlicher Sphären geraten diese Qualitäten ebenso unter Druck wie die Natur. Unter Zurhilfenahme von Theorien moderner Gesellschaften sucht der Autor dennoch nach Anknüpfungspunkten und Chancen sozialer Nachhaltigkeit in der gegenwärtigen Gesellschaft.

Klaus Meier rekurriert auf die jüngste Diskussion über die Ökonomie der Enteignung. Der in die Akkumulationskrise geratene Kapitalismus hat seine Strategie gewechselt: Nicht mehr Produktivitätssteigerungen garantieren ausreichende Profite. Kapitalakkumulation findet verstärkt über Enteignung und Privatisierung statt – mit weit reichenden Folgen für Mensch und Natur. Dagegen stellt Meier als quasi unerschöpfliche Quelle menschlicher Produktivität soziale und wissenschaftliche Innovationen – und bricht eine Lanze für politische Bildung als ein wichtiges Instrument zur Formierung von Gegenkräften.

Schließlich nimmt Hubert Laitko das Nachhaltigkeitskonzept aus erkenntnistheoretischer Perspektive in den Blick. Genau wird analysiert, wo der Ansatz deskriptive, wo normative Elemente aufweist. Nachhaltigkeit entpuppt sich schließlich als heterogenes Konstrukt und Konglomerat beider Elemente. Dies ist ihre Stärke, zugleich aber auch ihre Schwäche. Laitko zeigt damit deutlich die Ursachen des Dilemmas auf, in dem die ganze Nachhaltigkeitsdiskussion steckt: Selbst wenn der Handlungsbedarf durch vielfältige wissenschaftliche Expertisen ausreichend belegt ist, fällt die Umsetzung schwer. Anspruch und Wirklichkeit liegen weit auseinander.

SANDRA THIEME

MATTHIAS IVEN
Berlin – Rostock – Vienna
In Memory of the Philosopher and Physicist
Moritz Schlick (1882-1936)

The merited acknowledgement, the author says, for the life's work of Moritz Schlick – a philosopher and physicist who substantially contributed to the development of philosophy in general and to the conveyance of natural sciences and humanities in particular – is long overdue. Albert Einstein, Max von Laue, Max Born, Max Planck among others highly appreciated his major opus »Allgemeine Erkenntnislehre« (General Theory Of Knowledge) as essential to their own theories. His students loved him for his personal integrity. Moritz Schlick was murdered at Vienna University, June 22, 1936.

LOTHAR BISKY, JÜRGEN SCHEELE
The Digital Divide of the Society

Broadband-internet accessible to all, is a democratic necessity, the authors say, but reality lags far behind. The reality is a digital divide, a division of the population into information-haves and information-have-nots. The authors (Bisky, incidentally, is co-chairman of the newly founded German party, DIE LINKE – The Left) argue that the reasons for this digital divide are social, adding therefore new dimensions to social questions. They also discuss the spatial dimension of the digital divide. In conclusion they offer proposals to overcome this situation.

HARALD PÄTZOLT
A Radical Programmatic About-Face
of the Left?

Analysing the new quality and dimension of poverty in Germany, and describing, what he calls »the end of equality«, the author calls for the newly founded DIE LINKE party – The Left – to make a radical programmatic about-face. He pleads for a novel, moralist imperative: for an unconditional dedication to the weakest in society, to the individual of here and now. This should form the opening paragraph of the party program. It should be linked to the understanding of the »major issues« confronting our times: the end of »petrified capitalism« and the necessity of developing alternative ways of life.

FRITZ KLEIN
The Year of Fate 1917: Wilson or Lenin?
Setting the Course of World History

The words of George Kennan are still relevant: World War I was the true catastrophe of the 20th century, and, in the aftermath of the crash of soviet socialism, it seems fruitful, the author maintains, to seek a new approach to the historical reversal, whose drama is personified by the alternative between Wilson or Lenin. Both originally sought – through completely divergent

policies – peace without victors. Wilson then decided to enter the war to become one of its victors – but the task of winning a lasting peace has remained unfulfilled.

PETER BRANDT

Exemplary Life Adhering to the »Principle Left« The Memoirs of Hermann and Gerda Weber

Reviewing the works, »Prinzip links« (Principle Left) by Hermann and Gerda Weber, Hermann Weber's memoirs »Damals, als ich Wunderlich hieß« (Back When I Was Called Wunderlich) along with »Das Prinzip Links. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland« (The Principle Left. Contributions to the Discussion of Democratic Socialism in Germany), the author acknowledges the life and political engagement of the Webers and describes the merits of the memories as an element of social history and as a collection of interesting and fair portraits of friends, comrades and political adversaries.

FRIEDRICH W. SIXEL

The Year 1968 in the Federal Republic of Germany. A Memoir

The author, a German, who, since the seventies, has been living in Canada, critically reviews his leftist political engagement and failure in West Germany in 1968. He discusses the isolation of the students' movement, despite its ability to mobilize mass demonstrations. He reflects upon the debates concerning socialism in the German Democratic Republic, recalls the shock wave that the Soviet intervention in Czechoslovakia sent through the West European Left. He describes his work in the study circle »Revolutionary Process in the Third World« and pleads for a better understanding of today's capitalist structures and their efficiency.

ANDREAS FISAHN

Social Rights: Standards in the German Basic Law vs. the EU Constitution Draft Treaty

Despite wide-ranging discussions and efforts, there is still no uniform and specifically European social model, the author says. To discern the potentially positive and negative effects of the social standardisation, as foreseen in the EU Draft Constitution Treaty, the author compares the draft treaty to the German Basic Law. He concludes that, in contrast to the Basic Law, the draft aims at an economic agenda that excludes social policies that contradict market economy. This practically prevents social political integration at the European level. Reasons for the »No« vote to the draft continue to exist.

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, GERD KURZE,

ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,

JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030– 44 310-127/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 170:	je	1 €
Heft 171 bis 182	je	2,50 €